



Politische Berichte

Nummer 7 / 13. Jahrgang

27. März 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

**PKK-Generalsekretär
Öcalan: Türkei muß sich auf
„eine Föderation mit den
Kurden“ einstellen.**

Mit deutschen Waffen: Massaker in Kurdistan!

Die türkische Armee und die türkische Regierung haben die kurdischen Widerstandsfeiern und Kundgebungen aus Anlaß des „Newroz“, des kurdischen Neujahrs- und Widerstandsfestes, zum Anlaß genommen, um ein seit Jahrzehnten nicht mehr erlebtes Blutbad unter der Bevölkerung anzurichten. Nach den letzten Berichten wurde die Stadt Sirnak (an der sogenannten türkisch-irakischen Grenze) bombardiert. Dabei wurden auch Brand- und Napalmbomben eingesetzt. Mindestens 25 Häuser sind dem Erdboden gleichgemacht, mehrere Dutzend Menschen bei den Bombenangriffen ums Leben gekommen, über einhundert allein in dieser Stadt verletzt.

In Sirnak hatten die türkischen Armee-Einheiten bereits zu Beginn der „Newroz-Feiern“ zahlreiche unbewaffnete Menschen erschossen. Daraufhin waren etwa 1000 Guerillas der kurdischen Volksbefreiungsarmee ARGK in die Stadt eingedrungen und hatten das Feuer auf die türkischen Militärs eröffnet.

Beunruhigend waren auch die letzten Nachrichten aus der Stadt Cizre, ebenfalls nahe der Grenze zwischen Türkei und Irak. Hier war schon vor Beginn des Newroz-Festes bekannt geworden, daß die türkischen Militärs Befehl erteilt hatten, alle Familienangehörigen von Militärs sollten aus der Region verschwinden. In Cizre hatten türkische Militärs ebenfalls bereits am 21. März in die Menge geschossen, Panzer waren direkt in die Kundgebungen hineingefahren und hatten auf alles geschossen, was sich bewegt. Eine Beobachterdelegation aus der Bundesrepublik wurde unter Androhung, sie werde andernfalls erschossen, in einem Hotel eingeschlossen. Inzwischen ist sie aus der Stadt entfernt, so daß keine ausländische Beobachter mehr am Ort sind.

Immer wieder berichten Vertreter der Menschenrechtsvereine nicht nur aus Cizre, daß die türkische Armee massenhaft deutsche Waffen einsetzt. Vor wenigen Monaten war bekannt geworden, daß das Bundesverteidigungsministerium tausende von Handfeuerwaffen, Maschinenpistolen und mehrere hundert Millionen Schuß Munition aus eigenen und NVA-Beständen an die türkische Armee geliefert hat. Diese Waffen, diese Munition kommen jetzt gegen die kurdische Bevölkerung zum Einsatz. Derweil gehen die türkischen Konsulate in der BRD, von denen bekannt ist, daß von ihnen aus türkische und vor allem

kurdische Oppositionelle bespitzelt werden und daß sie türkische und kurdische Jugendliche, die in der BRD leben, zum Wehrdienst in die türkische Armee rufen, ungehindert ihren Geschäften nach. Auf Anfrage hört man vom Auswärtigen Amt, man denke gar nicht daran, diese Konsulate in ihrer Arbeit einzuschränken.

Gegenüber den türkischen Behauptungen, die Armee schieße nur auf bewaffnete Aufständische, bleibt festzuhalten: Weder von der PKK, der Arbeiterpartei Kurdistans, noch von der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) oder der ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) sind bislang irgendwelche Aufrufe zum Aufstand an die kurdische Bevölkerung ergangen. Es gab lediglich Aufrufe, den Newroz zu begehen und sich bei Angriffen der türkischen Armee zur Wehr zu setzen. Zuerst schoß die türkische Armee auf unbewaffnete Demonstranten. Erst danach, als die ersten Massaker bekannt wurde, griffen auch Einheiten der ARGK in die Kämpfe ein.

Die jetzigen Auseinandersetzungen dürften erst der Beginn langer und heftiger Kämpfe in den kurdischen Gebieten sein. Nach Berichten der *Süddeutschen Zeitung* (25.3.) hat PKK-Generalsekretär Öcalan erneut die Bildung eines kurdischen Parlaments und die Durchführung eines Referendums in den kurdischen Gebieten angekündigt. Die Türkei

müsse sich auf notfalls auf „eine Föderation mit den Kurden“ einstellen, zielt ihn die Zeitung. Hauptsache sei: man müsse den Willen des kurdischen Volkes, wie immer er geäußert werde, respektieren. Die PKK tue das sowieso, die Türkei müsse dies endlich auch tun.

Wir dokumentieren auf dieser und der folgenden Seite Erklärungen der ERNK zu den jüngsten Massakern und mehrere Presseerklärungen des Kurdistan-Komitees in Köln zu den Entwicklungen in Kurdistan. — (rül)

... Eine Reihe von Städten, Kreisstädten und Dörfern sind umzingelt. Die Menschen dürfen nicht raus aus ihren Häusern. An manchen Orten werden sogar zehntausende Menschen dazu gezwungen, sich auf den Boden zu legen. Jeder, der sich bewegt, wird erschossen. Während all dies passiert, schweigt die Welt, gibt so der Türkischen Republik ihre Zustimmung.

Durch ihre vorherigen Reisen von Politikern nach Europa hat die Türkische Republik die juristische Unterstützung der Imperialisten erhalten. Das gegenwärtige Schweigen ist der offene Beweis dafür.

Wie der ganzen Öffentlichkeit bekannt ist, wurde ein „Newroz-Syndrom“ in die Welt gesetzt. Es wurden schmutzige Lügen verbreitet wie die: „Die PKK wird mit dem Frühlingsbe-

ginn in die Offensive gehen“. So haben sie die Massen psychologisch beeinflusst, um ihre Massaker zu legitimieren. Dabei hatte die höchste Instanz der PKK, das Generalsekretariat, mit den folgenden Worten verdeutlicht, daß dies nicht der Fall sein wird: „Wir möchten gleich klargestellt haben, daß die PKK nicht darum bemüht ist, im Jahr 1992 eine spezielle, unerwartete Offensive zu starten oder die Türkei zu zerstücken, wie gerne verbreitet wird.“ Diese Worte beweisen auch, was für eine betrügerische Politik die Türkische Republik verfolgt.

Warum wird als einzige Lösung solch ein Massaker in Betracht gezogen? Wie Sie wissen, führt das Militär des kolonialistischen türkischen Staates einen schmutzigen Krieg, ohne jegliche Regeln gegen unsere ARGK-Guerilleros, die bewaffneten Volkskräfte, ohne ein Ergebnis zu erzielen. Allein im Jahr 1992 hat der türkische Staat mit dutzenden Kriegsflugzeugen und zehntausenden Soldaten die Lager der Guerilla angegriffen.

Auch wenn die Demirel-Inönü-Koalition mit demagogischen Parolen wie „Die Anerkennung der kurdischen Realität, Zärtlichkeit dem Volk“ versucht hat, sich dem kurdischen Volk anzubiedern, hat sie mit ihren Angriffen auf seine Führung ihre wahre Politik gegen-

Fortsetzung Seite 2 oben

CDU-Schäuble für neues Staatsbürgerrecht

CDU/CSU-Fraktionschef Schäuble hat sich in der *Bild am Sonntag* für eine Überprüfung des Staatsbürgerrechts ausgesprochen: „Als Folge der Wiedervereinigung müssen wir das Staatsangehörigkeitsgesetz generell überprüfen. Diese zeitgemäße Anpassung reicht vom Kommunalwahlrecht für Bürger aus anderen EG-Staaten bis zur Beseitigung bürokratischer Hemmnisse beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Wer hier geboren ist oder über zehn Jahre in Deutschland lebt, soll leichter Deutscher werden können.“ Das Kommunalwahlrecht für EG-Ausländer war auf dem EG-Gipfel in Maastricht vereinbart worden, um die Ausländerbevölkerung in der EG weiter zu spalten. Schäubles Angebot, „nach zehn Jahren“ die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, ist in Wirklichkeit eine Verschärfung: Bislang kennt das Staatsbürgerschaftsrecht der BRD solche Fristen nicht! — (rül)

Bush-Kohl: Deal über Jugoslawien und GATT?

Die Beziehungen zwischen der BRD und den USA seien nach dem Besuch Kohls bei Bush „enger als je zuvor“, berichtete die *Welt* in ihrer Ausgabe vom 23. März. Die USA hätten zugesagt, ihren Widerstand gegen Bonns großdeutsche Jugoslawien-Politik aufzugeben. Angeblich wollten sie jetzt Kroatien und Slowenien anerkennen. Im Gegenzug sei die BRD zu Konzessionen in den GATT-Verhandlungen bereit. Die „Konzessionen“ dürften so aussehen, daß die BRD die Verringerung von EG-Exportsubventionen im Agrarbereich betreibt. Ein solcher Schwenk bedeutet die Rückkehr zur reichsdeutschen Ost-Agrarpolitik — zur Plünderung Osteuropas als billige Agrarlieferanten. — (rül)

SPD hetzt gegen „Stasi“: „Alle sofort entlassen!“

Als einen „Skandal“ hat der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Peter Struck, die Beschäftigung früher leitender Beamter der DDR in der „Treuhand“ bezeichnet. Mindestens 42 frühere Funktionäre — Mitglieder der Plankommission, Minister usw. — will Struck ausgemacht haben. Diese müßten sämtlich „sofort entlassen“ werden. Begründung: Es bestehe Gefahr, daß diese Leute „Geschäfte auf eigene Rechnung“ machen. Irgendwelche Beweise für seine wüsten Beschuldigungen legte der SPD-Sprecher nicht vor. Der SPD-Abgeordnete Schwanitz verlangte gar die sofortige Entlassung von 3738 ehemaligen Stasi-Mitarbeitern bei Treuhand, Bahn, Post und im Verkehrsministerium. Bei der Verfolgung im Osten steht die SPD damit der unmenschlichen Regierungspraxis kein bißchen nach. — (rül)

Kein neues Angebot im öffentlichen Dienst

Die ÖTV hat das Scheitern der Verhandlungen erklärt und zusammen mit der IG Metall vor 15000 Teilnehmern einen „Kampf wie noch nie“ angekündigt. Der bisherige Verlauf der Tarifrunde spricht allerdings nicht dafür. Trotz vielfachen Unmuts über die zögerliche Haltung der ÖTV-Führung ist es nach dem dritten Verhandlungstermin zu keinen Streiks mit Beteiligung der ÖTV gekommen, und die Aktionen der DAG waren zu kraftlos, um die Arbeitgeber zu veranlassen, ihr Angebot zu verbessern. Somit gehen die Gewerkschaften unter denkbar schlechten Voraussetzungen in die Schlichtung, die ihnen eine knapp siebenwöchige Friedenspflicht aufzwingt. Schlichter ist der von der ÖTV vorgeschlagene frühere baden-württembergische Innenminister Krause (SPD). Schon schwierig genug, wenn die ÖTV gegen den Spruch ihres Kandidaten streiken muß. Darüberhinaus ist die Gefahr groß, daß die ÖTV selbst für das Schlichtungsergebnis noch in den Streik muß, weil die Arbeitgeber den Schlichtungsspruch ablehnen. — (kar)

Gegen Sozialabbau

Etwa 10000 Teilnehmer kamen zur Kundgebung der IG Metall gegen Sozialabbau am 23.3. in Stuttgart — zwei Wochen vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg. Klaus Zwickel vom IGM-Vorstand kritisierte den „marktradikalen“ Angriff von Unternehmern und Regierung auf kollektive Schutzrechte. Willi Hanss von der ÖTV erklärte, im öffentlichen Dienst werde man auch bei einem Schlichter keinen Reallohnverlust hinnehmen. — (rok)



SPD zur Nachtarbeit

Vorschlag für ein Schutzgesetz mit Haken und Ösen

Aus der SPD-Bundestagsfraktion gibt es erste Reaktionen auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, mit dem das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen aufgehoben wurde. Das *Handelsblatt* (18.3.1992) berichtet, daß die SPD-Bundestagsabgeordnete Barbara Weiler nach einer Anhörung ihrer Fraktion zum Frauenarbeitsschutz eine schnelle gesetzliche Neuregelung des Nachtarbeitschutzes verlangt, um den rechtlosen Zustand zu beenden. „In einer Neuregelung, darin waren sich nach Angaben von Frau Weiler die Sachverständigen mit den SPD-Frauen einig, darf es keine unterschiedlichen Maßgaben mehr für Männer und Frauen geben. Nachtarbeit solle es künftig nur noch geben, wenn sie gesellschaftlich notwendig, kulturell erwünscht, arbeitsorganisatorisch oder ökonomisch-technisch unverzichtbar sei.“

Im einzelnen will Frau Weiler eine Begrenzung der Nachtarbeit auf sechs Stunden, ein Verbot von Überstunden bei Nachtarbeit, die Begrenzung der

Nachtarbeit auf höchstens 15 Jahre, zusätzliche Pausen, arbeitsmedizinische Untersuchungen, besondere Qualifizierungsangebote, erweiterte Angebote von Kindertagesstätten, Zuschüsse zur Schallsollierung der Wohnung u.ä. Für Eltern mit Kindern bis zu vier Jahren soll ein vollständiges Nachtarbeitsverbot angestrebt werden; ein zunächst gefordertes Verbot von Nachtarbeit für alle Eltern mit Kindern bis vierzehn Jahren wurde wegen „Arbeitsmarktproblemen für die Betroffenen“ fallengelassen.

Außerdem sollen, so die Abgeordnete Marliese Dobberthien, bisherige geschlechtsspezifische Beschäftigungsverbote für Frauen durch einen für Männer und Frauen gleichen Gesundheitsschutz bei schwerer Arbeit ersetzt werden. Dies gelte vor allem für die Arbeit am Bau und in der Krankenpflege.

Der Vorschlag aus der SPD-Fraktion hat mehrere Haken: „Noch umstritten sei, inwieweit wirtschaftlich motivierte Nachtarbeit zugelassen werden solle“, räumte Frau Weiler ein. Bekannt ist die

Position des SPD-Fraktionsvorsitzenden Klose, der für Arbeitszeitregelungen im Interesse der Wirtschaft plädiert. Gibt es aber keine enge Anzahl von Gründen, mit denen Betriebe Nachtarbeit einführen dürfen, hat der einzelne Beschäftigte nur schwache Möglichkeiten, sich gegen Nachtarbeit zu wehren.

Die aufgeführten Schutzregelungen erhalten unter diesen Umständen dann auch einen eher zwiespältigen Charakter und können durchaus Unterstützung auch bei Kapitalisten finden. Gezielte Auswahl von Beschäftigten, die Nachtarbeit gesundheitlich „aushalten“, und von solchen, die in „schichtarbeitergerechten“ Familienumständen leben, sowie die Begrenzung der täglichen und der lebenszeitlichen Dauer für Nachtarbeit erlauben wahrscheinlich eine beträchtliche Erhöhung der vergleichsweise niedrigen Arbeitsintensität bei Nachtarbeit. Das könnte dann am Ende bei den Kapitalisten sogar zu neuen Gründen für die Ausweitung der Nachtarbeit führen. — (alk)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

„KSZE-Sicherheitsrat“

Sprecher von CDU/CSU und FDP bemühen sich weiter, Auslandseinsätze der Bundeswehr den Weg zu bahnen. Am 22.3. verstieg sich CDU-MdB Lamers in der FAZ zu der Behauptung, schon mit dem UNO-Beitritt habe die BRD ihre Bereitschaft erklärt, an UN-Einsätzen teilzunehmen — schließlich habe man keinen Vorbehalt formuliert. Die Behauptung, für UN-Einsätze der Bundeswehr sei eine Zustimmung von zwei Dritteln des Bundestags erforderlich, müsse korrigiert werden. Außenminister Genscher propagierte, die KSZE zu einer „UN-Unterorganisation“ zu machen — samt „Europäischem Sicherheitsrat“. Letzterer solle über UN-Militäreinsätze entscheiden. Beiden Vorschlägen gemeinsam ist die Ausschaltung des Bundestags bei Entscheidungen über Krieg und Frieden.

Rußlanddeutsche

1000 Delegierte, die nach eigenen Angaben zwei Millionen Rußland- und Wolgadeutsche repräsentieren, nahmen am dem „Zweiten Außerordentlichen Kongreß der Rußlanddeutschen“ in Moskau teil. Der Bonner Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, versprach auf dem Treffen „weitere umfassende Hilfe“. Er unterstrich, was den Flüchtlingen gegenüber nicht gilt: „Das Tor zur Auswanderung nach Deutschland ist weiter offen.“ Gleichzeitig forderte er jedoch dazu auf, die gebotenen Möglichkeiten zur Ansiedlung in Rußland und in der Ukraine wahrzunehmen. Die große Mehrheit des Kongresses lag auf der ultimativen Position: Entweder Wiedererrichtung der deutschen Wolgarepublik (auf Gebieten, wo seit einem halben Jahrhundert andere Menschen leben) oder Aussiedlung nach Deutschland.

§ 218 — gar kein Gesetz?

In der Diskussion um die Strafverfolgung gegen Abtreibungen veröffentlichte die FAZ am 23. März einen Bericht über die Verhandlungen zwischen FDP und SPD, dem man entnehmen kann, daß die Union dazu neigt, gar kein Gesetz zu verabschieden. Wenn weder die SPD/FDP-Entwürfe noch die der CDU/CSU — die sich auch nicht einigen kann — die absolute Mehrheit im Bundestag fänden, gelte erst einmal das — unterschiedliche — Recht in Ost und West weiter. Dann käme eine Verfassungsklage gegen die Ost-Regelung. Diese werde so durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben. Ergebnis: Die im Westen geltende Strafverfolgung bei Abtreibungen gilt dann auch im Anschlußgebiet.

Richttempo = heimliches Limit?

Wer schneller als mit „Richtgeschwindigkeit“ 130 km/h über die Autobahn fährt, kann auch dann für Schäden haftbar gemacht werden, wenn er „fehler-

frei“ fährt. So ein neues Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH). Noch 1991 hatte Bonn eine Empfehlung der EG-Kommission nach einem EG-Tempolimit vom Tisch gefegt; es gebe keine sachlichen Argumente für ein Limit. Der BGH: Bei Tempofreiheit sind Unfallgefahren und Emissionen höher. Ein Hintergrund dürften vermehrte Massenkarambolagen und steigende Versicherungsschäden sein.

Krankenkosten-Diskussion

Schroffe Kritik des Hartmannbundes an den „Kostendämpfungsprogrammen“ der Bundesregierung und die Ankündigung der Krankenkassen, sie müßten die Versicherungsbeiträge noch in diesem Jahr wieder erhöhen, haben die Diskussion um Kostendämpfungen im Gesundheitsbereich weiter angefeuert. Der Hartmannbund hatte die Gängelung der Ärzte kritisiert und darauf hingewiesen, daß der Anteil der Krankenkosten am Brutto sozialprodukt nicht gestiegen sei. Der Geschäftsführer der Ersatzkassen, Fiedler, forderte gleichzeitig die Regierung auf, Ärzte und Krankenhäuser als Kostentreiber anzugreifen. Gemeinsam ist beiden Stellungnahmen, daß die Kapitalisten, die die Gesundheit der Lohnabhängigen ruinieren, nicht dafür zahlen.

Lehrer Ost

In Ostdeutschland sollen noch tausende Lehrerinnen und Lehrer wegen „politischer Belastung“ (u.a. SED-Mitgliedschaft) aus dem Schuldienst entfernt werden. Der Einigungsvertrag wird auch hier als über Verfassungsgrundsätzen stehend behandelt, so daß Kollektiv-Berufsverbote möglich werden. Das Bundesinnenministerium geht einen Schritt weiter: 10 Prozent von 4000 untersuchten Personalratsmitgliedern seien ebenfalls zu entlassen, da derart „vorbelastet“. Der besondere Kündigungsschutz für Personalräte gelte „im Beitrittsgebiet nicht“.

Asylgesetz verfassungsfeindlich

Auf scharfe Kritik ist der Entwurf von Regierungsparteien und SPD zur „Beschleunigung“ von Asylverfahren bei einer Anhörung im Innenausschuß des Bundestags gestoßen. Der Vertreter des UN-Flüchtlingskommissars kritisierte, der Entwurf mißachte die Furcht der Flüchtlinge vor Verfolgung. Es sei nicht hinzunehmen, daß die BRD als Unterzeichnerstaat der Flüchtlingskonvention die darin enthaltenen Rechte Flüchtlingen vorenthalte. Selbst der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts meinte, der Entwurf bewege sich „am Rande des verfassungsrechtlich Hinnehmbaren“.

Was kommt demnächst?

Am 30.3. besucht der polnische Staatspräsident Walesa die BRD. Am 2.4. will das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf gegen „Geldwäscher“ verabschieden. Am 5.4. sind Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Bis 15.4. will die Bundesregierung einen Erfolg bei den GATT-Verhandlungen erreichen. Am 30.4. berät der Bundestag über Asylpolitik.

Fortsetzung von Seite 1: Massaker in Kurdistan ...

über dem kurdischen Volk zum Ausdruck gebracht. Denn die PKK ist das Volk, und das Volk die PKK. Ist es möglich den Kopf vom Körper zu trennen? Natürlich nicht!

Nachdem die türkische Regierung trotz jeglicher Unterdrückung und Versuche, es passiv zu machen, unser Volk keinen Schritt von seiner Führung entfernen konnte, entschied sie sich für den letzten und für sie einzigen Lösungsweg: Massaker in großem Ausmaß. Dies jagt uns keine Angst ein. Dies ist der jahrhundertalte Charakter der Kolonialherren, der uns wohl bekannt ist. Wenn wir genau hinsehen, sehen wir, daß die Demirel-Inönü-Regierung nur eine zivile Maske darstellt. Es zeigt sich deutlich, daß die eigentlichen Machthaber das Amt für spezielle Kriegsführung und das Militär sind. Es gibt nichts natürlicheres, als daß das kurdische Volk sich mit allen Mitteln gegenüber derartig blinder Gewalt verteidigt. „Auf der einen Seite behauptest du, die kurdische Realität anzuerkennen, auf der anderen Seite gehst du mit Panzern und Kanonen auf sie los und begeht Massaker.“

Wir meinen, dies sollte für die Menschheit Anlaß sein, ein wenig nachzudenken. Warum wird der Kampf des kurdischen Volkes um ein menschenwürdiges Leben in seinem Land nicht respektiert, während der Kampf vieler anderer Völker um ihre Rechte verstanden wird? Als die neue Regierung an die Macht kam, hat sie sowohl der eigenen als auch der Weltöffentlichkeit gegenüber folgende Propaganda zum Tagesordnungspunkt Nummer 1 gemacht: „Gebt uns eine Chance, und wir werden alle Probleme lösen. Nur, es wird Schritt für Schritt geschehen.“ Ja, heute werden die Probleme gelöst! Aber wie? Früher hat man bombardiert, ohne die Existenz des kurdischen Volkes anzuerkennen. Heute, nach der neuen Formel, besser gesagt: Entdeckung, wird die kurdische Realität anerkannt und so bombardiert. Nun müßten diejenigen, die bis vor kurzem die Realität der Türkischen Republik nicht durchschauen konnten, ihr Vertrauen geschenkt haben, aus Unwissenheit ihr Werkzeug wurden, ab heute nicht mehr Teilhaber dieser menschenverachtenden Vergehen an unserem Volk werden.

Die Antwort des türkischen Staates auf all die Aufrufe unserer Front, uns auf einer demokratischen und freien Friedensplattform zu treffen und die Probleme gemeinsam zu lösen, war immer Gewalt und nochmal Gewalt. Alle Tore wurden geschlossen. Nun hat das kurdische Volk keine andere Möglichkeit mehr. Im Endeffekt haben wir keine andere Wahl mehr, als zu kämpfen. Unser Ziel ist, unsere Guerillakräfte überall im Land zu vermehren und zu verankern, unser Volk unter dem Dach der ERNK zu organisieren und zu einer Kraft zu formieren, unter der Führung der Partei und der ARGK in den Dörfern, in den Städten, in jedem Lebensbereich und im ganzen Land große Volksaufstände zu organisieren und zu entwickeln. Während in manchen Gebieten direkt die Machterringung zum Ziel gesetzt wird, wird in anderen Gebieten die Intensivierung des Guerillakrieges und der Aufstände zum Ziel gesetzt, um Volkskongresse, mit der Zeit einen Nationalkongress und eine Kriegsregierung und ein Referendum zu verwirklichen. So wird die unabhängige und freie Willenskraft des Volkes konkretisiert werden. ... ERNK-Europasprecher, 23.3.1992

Mit deutschen Waffen: Massaker in Kurdistan!

... Soeben hat uns die Nachricht erreicht, daß das türkische Militär mit dem angekündigten Massaker in den Städten Cizre, Sirnak, Van u.a. begonnen hat. Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins von Diyarbakir, Fevzi Veznedaroglu, der sich zur Zeit in Cizre aufhält, schilderte uns am Telefon die Lage in Cizre: „Es ist Kriegszustand. Die türkische Armee hat der Bevölkerung den Krieg erklärt. Heute morgen haben sich 25000 Menschen an fünf verschiedenen Orten der Stadt versammelt, um dann an den Grabstätten der gefallenen Guerillakämpfer zusammenzukommen. Doch die Armee hatte mit Panzern und ihren Einheiten alle Ein- und Ausfahrten zu Cizre verbarrikadiert. Und als wir in ihre Nähe kamen, haben sie plötzlich auf uns das Feuer eröffnet. Es gibt viele Tote und Verletzte. Sie führen mit den Panzern auf uns los. Ich selbst habe vor einigen Minuten mit einigen Vertretern der türkischen Armee gesprochen. Sie sa-

gen, daß es von ihnen nicht abhängt. Sie hätten von Ankara den Befehl erhalten, bei einem Aufstand diesen niederzuschlagen. Auch haben wir den Funkverkehr zwischen dem leitenden Kommandanten von Cizre und einem General mitgehört. Der General befahl, alles niederzuschießen, das sich bewegt. Es ist Krieg. Als wir noch auf der Straße waren, stand Uwe Helmke, Vorstandsmitglied der Grünen in Bremen, neben mir. Ein Spezialkommando ging auf ihn los. Er ist verletzt, aber jetzt in Sicherheit. ... Ich möchte über euch alle politischen Parteien, Menschenrechtsorganisationen und die Presse aufrufen, nicht noch einmal einen Massaker am kurdischen Volk zuzusehen. Besonders sollte die deutsche Öffentlichkeit über die Waffengeschäfte ihrer Regierung mit der Türkei informiert werden. Denn alle Schützenpanzer, Maschinengewehre, die das türkische Militär für die Massaker in Cizre und anderen kurdischen Städten einsetzt, kommen aus Deutschland ...“

Aus Cizre erreichte uns um 16 Uhr (MEZ) die Nachricht, daß es bisher 6 Tote und 45 Verletzte gibt.

Alleine in Sirnak gibt es über 12 Tote und viele Verletzte. Im Zentrum von Sirnak werden über 10000 Menschen gezwungen, auf dem Boden zu liegen, die Waffen sind auf sie gerichtet, und auf jeden, der sich hoch bewegt, wird geschossen ... (Kurdistan-Komitee, 21.3.92)

Resume des 21. März, des Neujahrstags der Kurden

... sind die Newroz-Feierlichkeiten und die Volksaufstände eindeutig geprägt durch den Nationalen Befreiungskampf Kurdistans unter der Führung der PKK. Newroz-Feuer, Volkstänze und -Lieder, Fahnen der PKK, der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) und Losungen wie „Es lebe die PKK“, „Es lebe Apo“, „Es lebe Kurdistan“ bestimmten den Inhalt der Feierlichkeiten am 21. März ...

Teilnehmerzahlen und Orte der Feierlichkeiten

Adana: 25000; Nusaybin: über 30000; Cizre, Van: über 25000; Sirnak: über 15000; Bismil, Antalya und Gercis: über 10000; Midyat, Idil: über 5000; Kiziltepe, Suruc, Viransehir: über 4000; Derik, Ceyhan, Hakkari: 3000; Cinar: 7000; je über 1500 in Savur, Bozova, Birecik, Ceylanpinar, je 1000 in Mazidagi, Mardin, Malatya, Antep, Lice, 2000 in Hani 2000, Ergani, Tunceli, 9000 in Siverek, Tausende in Diyarbakir, Tatvan, Kurtalan, Istanbul-Kurtalan, Ankara, Batman, Siirt, Korbora, Istanbul-Eseryurt ... Kurdistan-Komitee, 22.3.92

Das Massaker geht weiter, und die Welt schweigt!

... Nusaybin: Am frühen Morgen gingen etwa 5000 Bewohner der Stadt aus Protest gegen die Massaker an vorigen Tag auf die Straße und erklärten ihre Solidarität. Die Demonstration sollte erst noch anfangen, da fuhren die Militäreinheiten mit Panzerwagen auf die Zivilbevölkerung los und eröffneten das Feuer auf die unbewaffneten Menschen. Der Menschenrechtsverein von Diyarbakir und Zend Press Service in Istanbul melden, daß bisher 20 Tote und 100 Verletzte ins Krankenhaus von Nusaybin geliefert wurden. Die Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und der türkischen Armee gehen weiter. Die Armee schießt immer noch mit Schützenpanzer und Schnellfeuerwaffen in die Bevölkerung.

Auch in Hakkari und Yüsekova hat die türkische Armee auf die protestierende Zivilbevölkerung das Feuer eröffnet. Es gibt einige Tote und viele Verletzte ... Kurdistan-Komitee, 22.3.1992

Weiter Zusammenstöße zwischen Armee und Bevölkerung

... heißt es, daß in Sirnak über 30000 Menschen im Fußballstadion zusammengepfercht sind. Man macht sich große Sorgen um ihr Leben.

Ein türkischer Soldat schilderte die aktuelle Situation in einem Telefongespräch mit der „Star TV“ folgendermaßen: „Wir haben keine Munition mehr, die Soldaten können keinen Widerstand mehr leisten, wir haben große Verluste. Die Militäreinheiten wurden gruppenweise auseinander geschlagen, und wenn wir keine Hilfe bekommen, werden wir eine vernichtende Niederlage erleiden. Über 1000 Guerilleros haben aus allen

Richtungen mit Raketen angegriffen und haben alle staatlichen Institutionen dem Erdboden gleichgemacht. Wir mußten uns im Keller der Polizeistation verstecken.“

Auch in Cizre, der Kreisstadt von Sirnak, dauert der Krieg an. In einem Interview mit einer bekannten Persönlichkeit heute um 16.30 Uhr heißt es u.a.:

... Der erbarmungslose Krieg dauert weiter an. Auch in Sirnak geht er weiter. In Cizre hat sich die Situation zuspitzt. Die Zusammenstöße finden mehr zwischen der Bevölkerung und den staatlichen Kräften statt. Natürlich ist auch die Guerilla da, sie ist in der Stadt und lenkt den Krieg. Die Soldaten haben einen Journalisten, der mit einer Gruppe aus Deutschland zusammen war, erschossen. Er heißt Izzet Özkeser (Journalist der türkischen Tageszeitung Sabah).

Unter den Deutschen gibt es keine Verwundeten. Die Zahl unserer Gefallenen ist hoch. Wir haben auch viele Verletzte. Es ist immer noch nicht möglich, eine genauere Zahl anzugeben. Auch heute gab es viele Verletzte, wir haben sie ins Krankenhaus gebracht. Zur Zeit können wir nicht auf die Straße. Es ist verboten. Da wir nicht raus können haben wir große Schwierigkeiten. Wir haben kein Brot, kein Wasser. Von Zeit zu Zeit fällt der Strom aus. Die Auseinandersetzungen mit Kanonen und Schnellfeuerwaffen dauern an. Kampfflugzeuge fliegen über Cizre. Hubschrauber fliegen. Jetzt fliegt ein Hubschrauber über mein Haus. Bis jetzt wurde das Stadtzentrum von Cizre nicht bombardiert, aber die Umgebung wird bombardiert. Sowohl hier als auch in Sirnak gibt es heftige Zusammenstöße. Es werden schwere Waffen eingesetzt. Aus Cizre wurde und wird weiterhin militärische Verstärkung nach Sirnak verlegt. Als wir unsere Opfer beerdigen wollten, wurden unsere Wagen von den Sicherheitskräften beschossen. Mein Haus wird von Zeit zu Zeit angegriffen. ...

Die Auseinandersetzungen haben nach dem Treffen des Ministerrats weiter andauert. Das Schießbefehl wurde durch den Ministerpräsidenten und den Generalstab selbst erteilt ... Kurdistan-Komitee, 23.3.1992

Dringender Aufruf: GENOZID IN SIRNAK!

Seit gestern nacht sind alle Kontakte in die Stadt Sirnak abgebrochen. Nach örtlichen Informationen gibt es seit gestern weder Telefon- noch andere Verbindungen in die Stadt. Auch der Strom ist abgestellt.

Aus den umliegenden Städten — Cizre und Nusaybin — wird mitgeteilt, daß der türkische Staat und seine Armee in Sirnak seit gestern nacht einen Genozid begehen. Die Armee hält die Häuser sowohl mit Panzern, Schützenpanzern und Handfeuerwaffen vom Boden aus als auch mit Kampfflugzeugen und Kriegsfahrzeugen, die seit heute morgen aus Diyarbakir angefliegen sind, die Stadt bombardiert.

Der Chefredakteur der „Nusaybin-Zeitung“ in Nusaybin teilte uns telefonisch mit, daß die artillerie-bewaffnete Truppen, die von Diyarbakir und Umgebung nach Sirnak verlegt worden sind, beobachten konnten. Auch sie befürchten, daß die türkischen Militärs die Zivilbevölkerung von Sirnak massakrierten. ...

Kurdistan-Komitee, 23.3.1992

Nach letzten Nachrichten sind alle ausländischen Beobachter aus Cizre mit Gewalt vertrieben. In der Stadt gehen die Schießereien und Massaker der Armee weiter. Sirnak wird bombardiert, mehr als 25 Häuser sind bereits dem Erdboden gleichgemacht. Es gibt 25 Tote und über 80 Schwerverletzte. Sondereinheiten sind in die Stadt einmarschiert und zerstören alles. In Richtung Cizre sind größere Truppeneinheiten in Marsch gesetzt.

Wir fordern: Schluß mit den Massakern! Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk! Sofortige Einstellung aller BRD-Hilfen für die Türkei, insbesondere der Militärhilfe! Sofortige Einstellung der Kurdenverfolgung in der BRD! Entsendung von Beobachtern nach Kurdistan, um den Massakern Einhalt zu gebieten!

— Kurdistan-Komitee, 24.3.1992

Letzte Nachricht: Die PDS/LL hat am 25.3. im Bundestag die sofortige Einstellung der wirtschaftlichen, militärischen und polizeilichen Hilfen für die Türkei und einen Abschiebestopp für Kurden und Kurden gefordert.

RENTEN UND LÖHNE BLEIBEN ZUSAMMEN.

Seit der Rentenreform 1957 gehören Renten und Löhne zusammen. Steigen die Löhne, steigen die Renten. So nehmen Arbeitnehmer und Rentner gleichberechtigt am wirtschaftlichen Fortschritt teil. In der Vergangenheit sind die Renten sogar stärker gestiegen als die Löhne — netto. Aber die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und der Rentner müssen sich im Gleichklang miteinander entwickeln, damit die Renten die Löhne nicht überholen. Deshalb gilt jetzt die Netto-Renten-anpassung, wie sie mit der Rentenreform in einer breiten politischen und gesellschaftlichen Übereinstimmung beschlossen wurde. Belastungsveränderungen bei den Arbeitnehmern und bei den Rentnern werden danach auch bei der Renten Anpassung berücksichtigt. 1991 stiegen z.B. die Beiträge und Steuerabgaben der Arbeitnehmer. Dies wird auch auf die Renten Anpassung zum 1.7.1992 übertragen. Das gilt auch umgekehrt: Fallen die Belastungen der Arbeitnehmer, ist auch die Renten Anpassung höher. Und daß die Renten in West und in Ost noch unterschiedlich steigen, liegt an den schneller wachsenden Löhnen im Osten. Es bleibt dabei: Keine Lohnsenkung geht an den Rentnern vorbei. Rentner und Arbeitnehmer bleiben in einem Boot.



Mit dieser demagogischen Anzeige verteidigt derzeit Bundesarbeitsminister Blum die „Anhebung“ der Renten um 2,7 Prozent — real bei der derzeitigen Teuerung eine Rentensenkung. Die Rentensenkung ist Folge der „Nettoanpassung“ der Renten, von Regierung und SPD vor einiger Zeit in Kraft gesetzt. Seitdem gilt: Erhöht die Regierung die Lohnsteuern, sinken Nettolöhne und Renten. Steigen die Arbeitslosenbeiträge, weil die Kapitalisten entlassen — sinken Nettolöhne und Renten. Steigen die Krankenkassenbeiträge, weil die Kapitalisten immer mehr Krankheiten verursachen, aber nicht bezahlen — sinken Nettolöhne und Renten. Jede Niederlage gegen die Kapitalisten zahlen so die Rentner mit. Blums Demagogie verhöhnt Rentner und Gewerkschaften gleichermaßen.

Keiner der Bewerber spricht über die Armen oder Minoritäten. Mehr als die Hälfte der Vorwahlen für die Präsidentschaftswahlen im November sind vorüber. Knapp die Hälfte der Delegierten für die Parteikongresse zur Nominierung ihres Kandidaten sind gewählt. Von den fünf „wesentlichen“ Bewerbern der Demokratischen Partei sind noch zwei im Rennen: Bill Clinton, Gouverneur von Arkansas, und Jerry Brown, ex-Gouverneur von Kalifornien. Auf Seiten der Republikanischen Partei sind es Präsident Bush und Pat Buchanan, TV-Kommentator. (Über die Kandidaten anderer, kleinerer und kleinster Parteien, über Unabhängige und über weitere Bewerber innerhalb der beiden großen Parteien wird in den Massenmedien fast überhaupt nicht berichtet.)

Der Wahlkampf geht bis jetzt um Innen- und Wirtschaftspolitik. Noch in seiner „State of the Union“-Ansprache im Januar hatte sich Präsident Bush als der große und erfolgreiche Weltpolitiker dargestellt, als der Sieger über Irak. Seine Berater haben ihn auf den Boden der Realität zurückgebracht. Von den 90 % Zustimmung zu seiner Politik vor einem Jahr sind noch 39 % übriggeblieben. Der am meisten wiederholte Vorwurf war, daß er sich zuviel um Weltpolitik und zu wenig um die stagnierende Wirtschaft kümmere.

Es hat bis November 1991 gebraucht, bis Bush anerkannt hat, daß sich die USA in einer Rezession befindet. Bush's Rezept zur Ankurbelung der Wirtschaft ist seit Jahren das gleiche: Senkung der Kapitalertragssteuer für die Reichen, Senkung der Ausgaben für Sozialprogramme für die Armen, Deregulierung, Aufhebung von Bestimmungen, die das Kapital einschränken.

Nicht die erwartete Rolle hat bisher die Krise in der Krankenversicherung gespielt. Bush's Vorschlag dazu ist echte „supply-side“ (angebotsorientierte) Ökonomie: mehr private Krankenversicherung.

Buchanans Wahlkampf ist reine faschistische Ideologie. Einige Zitate: „Wenn wir sagen, daß wir Amerika an erste Stelle setzen, dann meinen wir damit auch, daß unsere jüdisch-christlichen Werte bewahrt werden und daß unsere westliche Erbschaft an zukünftige Generationen weitergegeben wird und

US-Präsidentschaftswahlkampf 1992: Kampf um die Mittelklasse

nicht auf einer Müllhalde genannt Multikultur abgeladen wird.“ Er verlangt „Auslandshilfe auslaufen lassen“. Liquidierung der „räuberischen Händler Europas oder Asiens“. Werft die „registrierten Agenten fremder Mächte“ aus Washington heraus. Reinigt „unsere Populärkultur an Büchern, Filmen, ...“. „Heilung ... einer Gesellschaft, die an einer chronischen Moralkrankheit leidet.“ „Gewinn unsere Straßen zurück von den Kriminellen.“ „Gewinn unsere Partei zurück.“ „Gewinn unser Land zurück.“

Buchanan kann die Nominierung von Bush nicht ernsthaft gefährden. Sein Gewinn von 20 bis 41 der Stimmen in den republikanischen Vorwahlen zeigt jedoch, wie weit die Unzufriedenheit mit Bush und die Tendenz zu faschistischen „Lösungen“ in den Reihen der Wähler der Republikanischen Partei verbreitet ist.

Bei der Demokratischen Partei steht Bill Clinton an vorderster Stelle. Er hat 962 Delegierte; 2145 sind zur Nominierung notwendig. Sein stärkster Rivale war Paul Tsongas, ex-Senator von Massachusetts, mit 430 Delegierten. Tsongas hat seine Kandidatur am 19.3. aufgegeben. Jerry Brown hat 129 Delegierte. Die beiden anderen der fünf „Haupt“-bewerber, Senator Kerry von Nebraska und Senator Harkin von Iowa, haben sich schon früher zurückgezogen.

Clinton wendet sich an die sogenannte Mittelklasse. Er unterstützt den Plan der Demokratischen Kongreßführung für eine Steuerermäßigung für die Mittelklasse — ca. 300 Dollar im Jahr — und eine höhere Besteuerung der Reichen. Sein Vorschlag, die Ausbildungsdarlehen für Studenten auszuweiten und die Schulden durch einen sozialen Arbeitsdienst tilgen zu können, hat großen Anklang gefunden. Die enormen Kosten einer qualifizierten Berufsausbildung sind für diese Schichten eine drückende Last. Clinton hat beste Verbindungen in die diversen Schichten der Demokratischen Parteiemaschine. Er hat ebenfalls beste Verbindungen zum Kapital. Einer seiner Busenfreunde ist Generalsyndi-

kus des Hühnchen-Milliardärs Tyson, dessen Verarbeitungsanlagen die Hälfte der Flüsse im Nordwesten von Gouverneur Clinton's Staat Arkansas so verseuchen, daß sie fürs Baden gesperrt sind. Arkansas gehört auch zu den Südstaaten mit gewerkschaftsfeindlicher Gesetzgebung.

Jerry Brown appelliert an das obere Ende der Mittelklasse, die gut verdienende Intelligenz. Sein „Steuergerechtigkeitsplan“, 13 % Steuer auf das Bruttoeinkommen, greift den Ärger der höherverdienenden Lohnabhängigen gegen die Steuerprogression und gegen die Kapitalisten auf, die die Steuergesetze nutzen können, um keine Steuern zu zahlen. Brown gibt sich ökologisch — er will alle Kernkraftwerke abschaffen. Seit seiner Zeit als Gouverneur von Kalifornien hat er sich meditativer Reinigung unterzogen und firmiert nun als selbsternannter Anti-Establishment Kandidat.

Tsongas hatte es auf einen anderen Teil der wiederentdeckten Mittelklasse abgesehen: die sogenannten Reagan Demokraten; traditionelle Wähler der Demokratischen Partei, die 1980, 1984 und 1988 Reagan und dann Bush gewählt haben, aber nicht republikanische Abgeordnete und Senatoren. Sein Wirtschaftsprogramm ist von Bush's kaum unterscheidbar — deshalb, so Tsongas, sei er der einzige, der Bush besiegen könne.

Senator Harkin gilt als Liberaler. Er hat gute Verbindungen zur AFL-CIO-Gewerkschaftsführung, und seine Stimmabgabe im Senat war für die Gewerkschaften. Offensichtlich reichen seine Verbindungen nicht über das Gewerkschaftsestablishment hinaus zu den Aktivisten auf lokaler Ebene, die allein seiner Kandidatur eine Basis hätten verleihen können.

Das Bemerkenswerteste an diesem Wahlkampf ist, daß die Demokratische Partei nicht einmal mehr den Anspruch erhebt, für die nicht-privilegierten Lohnabhängigen, die Armen, die Minoritäten, die Frauen zu sprechen. Ist sich die Bourgeoisie nach dem Zusammen-

bruch der Sowjetunion so sicher, daß sie keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht, daß jede Hoffnung auf etwas anderes als Kapitalismus verfliegen ist?

Einzig das Recht auf Schwangerschaftsabbruch wird von allen Kandidaten der Demokratischen Partei unterstützt. Diese Frage ist aber bisher im Wahlkampf noch nicht aufgebracht worden, entgegen allen Erwartungen. Keiner jedoch erwähnt den seit langem vorliegenden Verfassungszusatz, der volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frauen garantieren soll.

Der Guardian, eine der wenigen überregionalen linken Zeitschriften, schreibt dazu (18.3.92): „Für die meisten Progressiven ist der Kontrast zwischen 1988 und 1992 zugleich hervorstechend und enttäuschend. ... Keiner der drei wesentlichen überlebenden (demokratischen Kandidaten) produziert irgend etwas, das den aufschwellenden Hoffnungen und dem Enthusiasmus gleicht, den (Jesse) Jackson hervorgebracht hat.“ „Warum ist der gegenwärtige Wahlkampf so leer an Möglichkeiten für bedeutsame politische Neuerung? Warum ... ist keiner der Kandidaten vor-

getreten, um die 7 Millionen Stimmen, die (Jackson) 1988 in den Vorwahlen erhielt, für sich zu beanspruchen?“ Die Antwort: alle fünf „wesentlichen Kandidaten“ sind weiß und keiner befaßt sich viel mit Fragen, die für die Schwarzen wichtig sind.“ Nicht überraschend ist, daß „Umfragen zeigen, daß die Stimmabgabe der Schwarzen dieses Jahr bis jetzt 20 bis 30 % unter dem Niveau von 1988 liegt.“

Auf der Rechten hingegen vertritt Buchanan nach Ansicht von The Nation, einer anderen überregionalen linken Zeitschrift, mehr als nur „Protestwähler“. „Buchanan hat eine reale Basis in der Wählerschaft. Seine Leute mögen nicht jedem seiner markigen Sprüche folgen ... aber sie sind ein gutes Stück rechts vom Zentrum angesiedelt, das die einstmalige Reagan-Regierung und ihre Nachfolger aufgebaut haben. ... die Vorhut des Buchananismus sind die „neuen Überflüssigen“, diejenigen, die keinen Platz mehr haben in der zurückgeschraubten Wirtschaft von heute, und diejenigen, die das Gefühl haben, daß die Zukunft für sie nichts bringt.“ — (Her, ger)



Verhaftung schwarzer Jugendlicher in Boston (USA)

Zur Konjunktur: „Skeptische Prognosen für 1992“

„Das Bruttoinlandsprodukt der USA ... ist im vierten Quartal 1991 stärker gestiegen als zunächst erwartet. Das Washingtoner Handelsministerium korrigierte seine erste Schätzung von einem Wachstum um 0,3 % auf 0,8 %. Obwohl damit seit dem zweiten Quartal wieder positive Wachstumsraten registriert werden, sank die volkswirtschaftliche Leistung 1991 insgesamt um 0,7 %.“

Das etwas günstigere Ergebnis für das vierte Quartal resultiert vornehmlich aus einem Aufbau von Lagerbeständen. Das hat zugleich die Prognosen über die weiteren Wachstumsmöglichkeiten in diesem Jahr negativ beeinflusst. Die amerikanischen Verbraucher reduzierten ihre Ausgaben 1991 um 0,2 %, die Investitionen der Wirtschaft sanken um 4,5 %, und die Ausgaben der Regierung gingen real um 5,4 % zurück, was auch auf die Kürzungen des amerikanischen Verteidigungshaushalts zurückzuführen ist. ... (Handelsblatt, 2. 3. 92)

„... der Arbeitsmarkt lahmte immer noch, zumal er unter dem Einfluß der schon vollzogenen und noch bevorstehenden Massenentlassungen steht. Die Arbeitslosenrate liegt mit 7,1 % auf einem für amerikanische Verhältnisse fast unakzeptabel hohen Niveau ...“ (Handelsblatt, 4. 3. 92)

„Das Handelsbilanzdefizit ist deutlich gesunken“

„Die Vereinigten Staaten haben 1991 mit einem Importüberschuß von nur 66,2 Mrd. \$ das niedrigste Außenhandelsdefizit seit 1983 erzielt. Seit 1987, als das Defizit ein Rekordvolumen von 152 Mrd. \$ erreichte, konnten die Importüberschüsse kontinuierlich abgebaut werden. Die Verbesserung der Handelsbilanz resultiert vornehmlich aus einem Anstieg der Exporte von 393,6 Mrd. \$ auf ein Rekordvolumen von 421,9 Mrd. \$. Die Importe gingen dagegen von 495,3 auf 488,1 Mrd. \$ zurück ... resultieren etwa zwei Drittel

Dokumente zur Wirtschaftslage und zur Konkurrenz BRD - USA

des amerikanischen Importüberschusses aus dem defizitären Warenaustausch mit Japan. Allerdings gingen die amerikanischen Einfuhren von Kraftfahrzeugen, die im wesentlichen von japanischen und deutschen Produkten bestimmt werden, 1991 von 87,3 Mrd. \$ auf 84,8 Mrd. \$ zurück. Zum Teil ist diese Entwicklung auf die seit Jahresbeginn 1991 erhobene Luxussteuer auf Autos im Wert von über 30000 \$ zurückzuführen. ... (Handelsblatt, 21. 2. 92)

„... Die größten Defizite hatten die Vereinigten Staaten 1991 ... gegenüber Japan ... und der Volksrepublik China ... „Dramatisch gestiegen“, wie es die Tageszeitung USA Today nennt, sind 1991 die Exportüberschüsse im Warenaustausch mit der Europäischen Gemeinschaft von 6,3 auf 16,7 Mrd. \$... Ein einziges westeuropäisches Land trübt — aus amerikanischer Sicht — die glänzende Bilanz im Warenaustausch mit der EG: die Bundesrepublik Deutschland. Zwar konnten die USA im Handel mit den vereinten Deutschland ihr Defizit praktisch halbieren; aber es betrug nach 9,4 Mrd. \$ im Jahre 1990 immer noch 4,9 Mrd. \$...“ (Handelsblatt, 25. 2. 92)

„Die Konkurrenzfähigkeit wird langsam vernichtet ...“

„... Die Vereinigten Staaten, dies sind die Kernthesen des im vergangenen Jahr geschaffenen „Rates für Wettbewerbspolitik“, haben sich ihren wirtschaftlichen Niedergang selbst zuzuschreiben und werden noch weiter im internationalen Wettbewerb zurückfallen, wenn sich die Wirtschaftsstruktur nicht baldigt ändert und die Steuerpolitik weiterhin nur Konsum und Schuldenmachen belohnt ... Zu den Ursachen für die Ero-

sion der Wettbewerbsfähigkeit zählt das Gremium „das kaum erkennbare Produktivitätswachstum in den vergangenen zwanzig Jahren“, die „beispiellose Abhängigkeit des jüngsten Wirtschaftswachstums von Kreditaufnahmen“, die Kumulierung der Handelsdefizite auf über eine Billion Dollar während des letzten Jahrzehnts und die „Wandlung Amerikas vom größten Gläubiger der Welt zum größten Schuldner“. ... Besondere Aufmerksamkeit müßte ... einer grundlegenden Reform der Steuer-gesetzgebung gewidmet werden, die das Sparen und nicht den Konsum belohnen sollte. ...“ (Handelsblatt, 5. 3. 92)

„Jahr der krassen Widersprüche“

„... Viele Firmen wählten den Weg der ebenso notwendigen wie schmerzhaften Anpassung. Großkonzerne wie IBM, General Motors, AT&T, Du Pont, um nur einige zu nennen, legten mehr oder weniger energisch administrative Wasserköpfe trocken, restrukturierten ihre Betriebe und schlossen veraltete Anlagen. Zehntausende von Angestellten verloren ihre Jobs und damit meist auch ihre Krankenversicherung.“

Soziale Not kroch in die Mittelschicht, die in den 80er Jahren glaubte, die goldenen Zeiten auf Pump würden nie zu Ende gehen, und häuften politischen Sprengstoff an. Der Personalabbau erreichte im Laufe des Jahres die Ausmaße einer Epidemie. Quer durch alle Branchen, von IBM über General Motors, TWR, United Technologies und Du Pont zu Woolworth, Sears und den Banken zog sich der Abbau von tausenden und nicht selten zehntausenden von Arbeitsplätzen ...

Eine Änderung der Bilanzierungsrichtlinien, die Rückstellungen von

Krankenversorgungs- und Betriebsrenten forderte, drückte die Ergebnisse zusätzlich in den Keller. IBM etwa schrieb im letzten Jahr 3,4 Mrd. \$ für Umstrukturierung ab und stellte weitere 2,26 Mrd. \$ in die Reserven für künftige Krankenkosten ein. Das Resultat war ein Rekordverlust von 2,8 Mrd. \$...

Was 1991 geschah, läßt sich leicht in Worten ausdrücken, die indessen kein um seine Wiederwahl besorgter Politiker je in den Mund nehmen würde. Nach Jahren der Exzesse, in denen die Konjunktur auf Pump florierete, sorgte die Rezession 1991 für einen massiven Zwang zur Anpassung. Die Unternehmen schnallten die Gürtel enger, und die Mehrheit der US-Bürger zahlte hart und unfreiwillig auf die eine oder andere Weise mit einer Senkung ihres Lebensstandards ... Die Beseitigung der Strukturprobleme in einem Land, das seit mehr als zehn Jahren ohne wirtschafts-, sozial- und bildungspolitische Konzepte auskommt, deren Regierung auf Kredit und von der Hand in den Mund lebt und die gesamte Konjunkturpolitik der Notenbank in den Schoß gekippt hat, erfordert politischen Mut, und der ist in diesem Wahljahr weder bei den Republikanern noch bei den Demokraten auszumachen. Den vollen Preis in Form einer weiteren Senkung des allgemeinen Lebensstandards, der für die Verschuldungsexzesse Washingtons unweigerlich fällig wird, wagte bisher niemand zu nennen.“ (Handelsblatt, 26. 2. 92)

„Deutschlands neue Lage“

„... Von ihrem Umfang her gesehen, stellte die Berichterstattung über Japan die über Deutschland in diesen Tagen in den Schatten. Zu ihren Wortführern hat sich die New York Times gemacht. Das sollte man nicht unterschätzen ... Folgt

man der New York Times, so ist Mitte Dezember des Jahres 1991 eine Ära zu Ende gegangen, das Zeitalter deutscher Selbstbescheidung. Zwei Maßnahmen haben zu dieser Erkenntnis geführt: die Erhöhung der Lombard- und Diskontsätze durch die Deutsche Bundesbank, vor allem aber das Vorgehen der Bundesregierung bei der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens. Beide Maßnahmen erfolgten innerhalb einer Woche und wurden im Ausland sogleich in einen sachlichen Zusammenhang gebracht. ... Insbesondere der Bonner Vorstoß in der Jugoslawien-Frage führte zu recht großzügigen Vergleichen mit der deutschen Südosteuropa-Politik im Vorfeld und Verlauf der beiden Weltkriege. Dabei berief man sich auch auf andere: niederländische und englische Zeitungen seien voller Hinweise auf die deutsche Besatzungspolitik auf dem Balkan während des zweiten Weltkriegs. Mancher Europäer, so erfuhr der Leser der New York Times am 27. Dezember, hegte gar den Verdacht, daß Deutschland lediglich neue Taktiken anwende, um sein altes Ziel zu erreichen, die Hegemonie auf dem Kontinent ... In einem ausführlichen Bericht, dessen eigentlicher Gegenstand die wachsende Besorgnis im Weißen Haus und im State Department über die zunehmende „Annäherung“ beziehungsweise das wachsende Selbstbewußtsein der deutschen Politik war, wies die New York Times am 7. Januar ihre Leser darauf hin, daß der Bundeskanzler den deutschen Erfolg bei der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens als „Sieg“ bezeichnet habe ... „Sieg“, aber, so der Bericht weiter, sei ein Begriff, der wegen seiner Verwendung in der Propaganda des „Dritten Reiches“ seit dieser Zeit eigentlich nicht mehr zum politischen Sprachrepertoire der Deutschen gehöre. Ein Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums wurde in diesem Zusammenhang mit dem Kommentar zitiert, Kohl könne den „ersten deutschen Sieg seit 1945 verkünden“ haben ... (Europa-Archiv 5/1992, Aufsatz des Erlanger Geschichtsprofessors Prof. Dr. Gregor Schöllgen) — (rül)

Eine Delegation der azanischen Befreiungsbewegung Pan Africanist Congress (PAC) berichtet derzeit in der Bundesrepublik über die Entwicklung des Befreiungskampfes in Azania (Südafrika). Bei Redaktions-schluss dieser Zeitung hatten vier Veranstaltungen stattgefunden: in München (80 Besucher), Schweinfurt (50 Besucher), Stuttgart (70 Besucher) und Karlsruhe (25 Besucher), 1 600 DM wurden für die weitere Unterstützung des Befreiungskampfes gespendet. Weitere Veranstaltungen finden in den nächsten Tagen in Gelsenkirchen (25.3.), Braunschweig (26.3.), Göttingen (27.3.), Hamburg (29.3.) und Köln (30.3.) statt. Das folgende Interview mit Dr. Skosana, Verantwortlicher für Umwelt, und Dr. Saman, Verantwortlicher für Gesundheit im Exekutivkomitee des PAC, fand am Vorabend des weißen Referendums statt. — (uld, rül)

Das Referendum der weißen Minderheit findet morgen statt. Wir wissen, daß es sehr schwierig ist, eine Stellungnahme vor dem Ausgang abzugeben, aber was würdet ihr über die Folgen dieses Referendums sagen?

Saman: Das Referendum ist ein Versuch, die Unterstützung für die Rechte zahlenmäßig festzustellen. Die rechte Bewegung ist eine faschistische Bewegung, und sie wird die Demokratie nicht respektieren. Wenn die Klerk verliert, wird die Rechte weiterhin die Gewalt fördern und versuchen, ihren Weg mit faschistischen Mittel zu gehen. Wenn die Klerk gewinnt, wird er mit CODESA fortfahren. Aber CODESA wird weiterhin von den Rechten angegriffen werden, und CODESA wird weiterhin keine Legitimation haben. Die internationale Gemeinschaft, die Regierung und die Widerstandsbewegung stimmen alle überein, daß zumindest allgemeine Wahlen stattfinden müssen.

Ihr habt von rechten Gruppen gesprochen. Was ist Euer Eindruck von der Stärke der offen faschistischen Gruppen und wer unterstützt diese Gruppen?

Saman: Die rechten Gruppen sind traditionell ein dominierender Faktor in der Nationalen Partei und in der Regierung. Sie kontrollieren fast die ganze Verwaltung der Regierung. Sie kontrollieren die Sicherheits-Abteilungen im Dreikammer-Parlament. Die Rechte ist in hohem Grad in alle Strukturen der Nationalen Partei integriert. Es gibt keine scharfe Trennungslinie zwischen beiden Flügeln. Die Rechte besitzt außerdem in hohem Maße Kontrolle über die Wirtschaft, sie hat große wirtschaftliche Macht. Wir glauben, daß sie Kollaborateure in anderen Ländern hat.

Skosana: Außerdem müssen wir hervorheben, daß die Rechte in der Armee, in den Geheimdiensten und in der Polizei sehr stark ist. Es gibt Schätzungen, daß sie mehr als 60 Prozent dort haben. Dies ist ganz sicher wichtig für die Feststellung, daß weder ein Ja- noch ein Nein-Ergebnis die gewaltsame Bedrohung, die von diesen Rechten ausgeht, beseitigen wird.

Als wir das letzte Mal mit einer Delegation des PAC zusammentrafen, war der PAC noch bekannt. Wie hat sich der PAC in den letzten zwei Jahren entwickelt und was ist die Aufgabe des kommenden dritten Kongresses, der Anfang April stattfinden soll?

Saman: Der Bann gegen die politischen Widerstandsaktivitäten wurde im Februar 1990 aufgehoben. Das erste Ziel des PAC war, ein Mandat seiner Mitgliedschaft zu erhalten. So wurde im Dezember 1990 ein Kongreß durchgeführt, dieser Kongreß gab uns ein klares Mandat. Außerdem wurden Büros bestimmt, der Nationale Exekutivrat wurde eingerichtet und erhielt ein Mandat. Das Statut wurde beschlossen.

Der wichtigste Beschluß war, daß eine Verfassungsgebende Versammlung angestrebt werden soll. Alle Anstrengungen sollen darauf gerichtet werden, diese Versammlung zu erreichen. Der zweite Beschluß ist eng mit dem ersten verbunden. Der PAC soll die Initiative ergreifen für den Zusammenschluß aller Organisationen der Unterdrückten in einer Einheitsfront. Der PAC hat sich seit dem Kongreß hauptsächlich darauf konzentriert, eine Patriotische Front zu schaffen und die Verfassungsgebende Versammlung auf die Tagesordnung der Nation zu setzen.

Für die Patriotische Front gab es ein erstes Treffen mit dem ANC im April 1991, es gab Treffen mit AZAPO und den meisten Gewerkschaften und mit örtlichen Organisationen und Gruppen. Sie alle wurden zum letzten Treffen der

„Die Gewalt kann nur gestoppt werden, wenn das Land befreit ist“

Patriotischen Front im Oktober in Durban eingeladen. Und — das ist wichtig festzustellen — die Parteien und Regierungen der Homelands wurden ebenfalls zu diesem Treffen der Patriotischen Front eingeladen. Die Position von Azapo war, daß diese Organisationen nicht teilnehmen dürften, deshalb beteiligte sich AZAPO an dem Treffen nicht.

In der Zwischenzeit hat der PAC seine nationalen Strukturen gebildet, es wurden Abteilungen für verschiedene Aufgaben eingerichtet, z.B. für Erziehung, Gesundheit, Umwelt, Frauen, Lebensbedingungen. Nach der Aufhebung des Banns mußten außerdem die regionalen Strukturen und die örtlichen Gruppen konsolidiert werden sowie eine Verwaltung der Partei aufgebaut werden. Bis heute ist vieles unvollständig.

Ihr habt vorhin von der Einheitsfront gesprochen. Noch im letzten Sommer schien es, als ob Ihr große Fortschritte in der Errichtung dieser Einheitsfront machen und den ANC einbeziehen konntet. Aber mit CODESA erlitt diese Politik einen Rückschlag. Welche Organisationen sind nun Teil der Einheitsfront und wie ist die Zusammenarbeit zwischen dem PAC und dem ANC?

Saman: Um dies zu erläutern, muß man zurück zur Zeit der Freilassung von Mandela und dem Kampf um die Freilassung der politischen Gefangenen gehen: Hauptinhalt der Verhandlungen zwischen dem ANC und der Regierung war die Freilassung der politischen Gefangenen. Dazu gab es eine große Massenmobilisierung, eine demokratische Massenbewegung. Als Mandela freigelassen wurde, verlor der ANC an Kraft im Befreiungskampf. Wir glauben, daß der ANC aus diesem Grund zustimmte, uns in Harare zu treffen. Und es schien so, als hätten wir dort Ergebnisse erzielt. Als PAC und ANC sich trafen, gab es großartige Zeichen der Unterstützung für die Position der Einheitsfront. Der PAC konnte den ANC von der Einheitsfront-Taktik überzeugen. AZAPO begrüßte sie, Gewerkschaften nahmen teil, alle Organisationen, auch Kirchenorganisationen. Und selbst die Homelands kamen und baten darum, Teil dieses Prozesses zu werden. Wir konnten sie nicht ausschließen. Inkatha beteiligte sich nicht, weil sie zur selben Zeit ihren eigenen Kongreß hatten und außerdem der Skandal über ihre Finanzierung durch die Regierung bekannt wurde. Wir baten die OAU, an dieser Konferenz teilzunehmen, und sie finanzierte sie. Auf diese Weise setzten wir die Einheitsfront in Afrika auf die Tagesordnung. Zur selben Zeit forderte das Regime eine Vielparteien-Konferenz, und der ANC forderte eine Allparteien-Konferenz. Wir sahen, daß das Regime die weiße Vorherrschaft zur Vorbedingung machte. Der ANC hatte ebenfalls einen solchen Verdacht. All dies geschah zur selben Zeit. Das hat die Klerk unter Druck gesetzt, dem ANC mehr nachzugeben. Der ANC ging zurück zu der Klerk, so daß im Augenblick die politische Initiative beim Regime und seinem Prozeß der Umformung liegt statt bei den Massen. Der ANC kommt nun in Schwierigkeiten, das Regime kommt in Schwierigkeiten. Unser Programm ist klar. Wir führen alle Formen des Kampfes fort und wir kämpfen für eine demokratische Ordnung. Ich glaube nicht, daß die Einheitsfront tatsächlich an Kraft verloren hat, aber es ist nicht der richtige Zeitpunkt, die Einheitsfront als Hauptziel in die Debatte zu bringen. Es gibt sie im Hintergrund. Der PAC hält sich die Möglichkeit, mit dem ANC zu sprechen, offen, weil der ANC eine Befreiungsorganisation, eine Organisation des Widerstands ist. Wir haben noch einige Kämpfe gemeinsam auszufechten.

Skosana: Der Pan Africanist Congress tritt weiterhin für die Idee einer Einheitsfront ein. Wir stellen fest, daß ein Teil der Befreiungsbewegung und der Homeland-Gruppierungen, die am ursprünglichen Treffen teilnahmen, sich entschieden haben, der Front keine Ehre zu erweisen und sich außerdem entschieden haben, mit der Klerk in CODESA zusammenzuarbeiten. Das ist ein vorübergehender Schlag für die Front, und einige Leute wurden ärgerlich. Aber wir im PAC meinen, daß die OAU und Afrika und alle jene, die den Befreiungskampf in der ganzen Welt unterstützt haben,

eine Erklärung erhalten müssen, warum sich nicht alle Kräfte, die im Widerspruch zum rassistischen Minderheitenregime stehen, zusammenschließen können, um es zu überwinden.

Deshalb haben wir allen Organisationen, einschließlich ANC, geschrieben, daß ein Treffen stattfinden soll mit unseren wirklichen Unterstützern, der OAU und allen anderen. Daß sie dorthin kommen sollen und erklären sollen, was falsch lief mit der Front. Wir glauben nicht, daß alles verloren ist, es wird einen Wechsel in der Meinung geben und wir werden das Regime durch eine gemeinsame Anstrengung im Kampf überwinden.

Gibt es bereits eine Antwort von der OAU oder erwartet ihr ein solches Treffen?

Skosana: Die Front-Staaten haben ein Treffen einberufen, aber wie das häufig ist, können wir die Ergebnisse jetzt nicht bekanntgeben. Aber wir hoffen, daß wir Euch schnell über die Ergebnisse unterrichten können. Walter Sisulu war dort, und Präsident Makwetso des PAC nahm an dem Treffen teil.

Die imperialistischen Mächte hier versuchen, den Eindruck zu erwecken, daß die Ergebnisse von CODESA über die Zukunft Azanias entscheiden werden. Was verfolgen nach Eurer Meinung das Regime und die imperialistischen Mächte mit dieser Konferenz?



Dr. Skosana (links) und Dr. Saman (Bild: af/mz)

Saman: Eindeutig ist, daß die Zusammenarbeit der imperialistischen Mächte mit der CODESA-Formation den Zweck hat, die wirtschaftliche und politische Macht in den Händen der gleichen Minderheit zu bewahren wie bisher. Es gibt keinerlei Reformen, die den Befreiungsorganisationen oder der Masse der Leute nützen, wie es behauptet wird. Wir haben einen dreihundert Jahre dauernden Kampf hinter uns, wir haben klare, hochpolitische Massen. Und wir glauben nicht, daß die Bestrebungen der außerparlamentarischen Kraft gestoppt werden können, bevor wir volle Demokratie haben. Dies ist unsere Position.

Skosana: Ich glaube, CODESA soll die weiße Macht und die wirtschaftliche Ausbeutung sichern und aufrechterhalten. Wir haben gesehen, daß sie auf der Grundlage des sogenannten hinreichenden Konsenses arbeitet. Das bedeutet, daß auch die Parteien in CODESA, die nur einen Vertreter stellen, ein Veto-recht haben. Wenn sie Nein sagen, kann nichts beschlossen werden. Augenblicklich müssen Entscheidungen, die CODESA getroffen hat, vom Dreikammer-Parlament ratifiziert werden. Wir meinen, daß die imperialistischen Mächte einen sehr heimtückischen Prozeß in Gang gesetzt haben, um die beraubten Massen in Azania niederzuhalten. Und deshalb will der PAC daran nicht teilnehmen. Wir werden fortfahren, für eine wirklich demokratische Struktur in unserem Land zu kämpfen.

Hier gibt es oft Berichte über die andauernden Massenmorde und Schlächtereien in Azania. Was muß getan werden, um diese andauernden Morde und Schlächtereien zu stoppen? Was ist eure Antwort auf den Terror?

Saman: Unsere sofortige Antwort ist: Friede zwischen den Afrikanern und Krieg gegen den Feind! Im Augenblick ist die Hauptkraft der Gewalt die Rechte.

Das kann man an den Attentaten sehen. Sie haben eine sehr typische Verlaufsform. Die Täter gehen in einen Zug, schießen um sich und verschwinden. Das sind professionelle, gut vorbereitete, hochmilitärische Aktionen. Sie gehen an die Bahnhöfe oder in die Vorstädte und schießen um sich. Das ist typische rechte Gewalt, die versucht, den politischen Prozeß umzukehren. Aber in unserer ganzen Geschichte haben wir auch die Gewalt des Regimes. Die Bildung und Unterstützung von Gruppen wie Renamo beweist, zu welcher Gewalt das Regime fähig ist. Wieder soll ein solches Konstrukt Furcht bei den Leuten erwecken und sie davon abhalten, an Massenaktionen teilzunehmen. Außerdem ist der Staat tätig durch seine bezahlten Agenten in den Homelands. Buthelezi ist ein Beispiel. Die gesamte Verwaltung von Kwazulu wird von rechten Leuten der Regierung erledigt — alles, die Militärberater, die Polizeioffiziere, alles. So haben sie in Inkatha eine Kriegsmaschinerie geschaffen. Das funktioniert ähnlich in anderen Fällen. Außerdem fördert die zunehmende Verarmung eine solche Entwicklung. Ohne Zweifel existiert ein dichtes Netzwerk der Gewalt, das verschiedene Gestalten annimmt — manchmal sind es direkt Rechte, manchmal ist es die Rechte, die über Inkatha operiert, manchmal agiert die Rechte über die Polizei und die

daß wir ein bestimmtes Muster im Auftreten der Gewalt erkannt haben: Wann immer Präsident De Klerk wegen Unterstützung nach Europa kommt, hört das Morden zuhause auf, weil dann die Zeit ist, um internationale Investitionen im besetzten Azania zu bitten. Sobald De Klerk zu Hause ist, sterben die Leute in großer Zahl. Wir müssen auch feststellen, daß die Durchführung des Referendums die Gewalt in unserem Land in einem nie gekannten Maße ausgebreitet hat. Deshalb verurteilen wir die Durchführung des Referendums und das System, dem es dient.

Der PAC fordert, daß die internationale Gemeinschaft eine Rolle im Prozeß der Befreiung übernehmen muß. Welche Rolle sollte die OAU oder die Vereinten Nationen bei der Befreiung Azanias übernehmen?

Saman: Es ist objektiv klar, daß die Verfassung in keiner Weise geändert werden darf ohne die Beteiligung der Massen. Wir wollen eine neue Verfassung, und diese neue Verfassung muß von den Massen durch die Verfassungsgebende Versammlung geschaffen werden. Um diesen Prozeß des Übergangs zu erreichen, muß man eine Art von Autorität und Macht im Land haben. Dieser Prozeß kann nicht unter der Kontrolle der Regierung durchgeführt werden. Es darf nicht jemand, der die Macht verliert, zur selben Zeit die Wahlen überwachen. Wir sind — nach den Erfahrungen in anderen Ländern — in diesem Punkt sehr mißtrauisch und werden einem solchen Verfahren nicht zustimmen. Als einen Hauptfaktor fordern wir Neutralität und wir brauchen Kontrollen für diese Autorität. Wir brauchen die Kontrolle der Medien, des Haushalts und des Militärs. Wir wünschen sehr, daß die OAU und die internationale Gemeinschaft die neutralen Bedingungen schaffen sollten. Wir können in dieser Hinsicht nur der OAU und der internationalen Gemeinschaft vertrauen. Wir waren nie zuvor an irgendeiner Art von Demokratie beteiligt und wir können nicht voraussagen, welche Partei die stärkste politische Kraft werden wird. Wir glauben, daß alle Umstände der Wahlen und die Vorbereitungen dafür außerhalb des Landes geklärt werden sollten.

Skosana: Wir wollen außerdem festhalten, daß der PAC CODESA verließ, weil klar war, daß hier keine Neutralität zu finden war. Die Klerk war beides: Spieler und Bauer im selben Spiel. Und die internationale Gemeinschaft ist nicht eingeladen zur Überwachung, sie ist nur da zur Beobachtung. Wenn Fehler im ganzen Prozeß stattfinden, kann sie diese absagen oder kritisieren. Wir halten dies für äußerst ungerecht. Es bringt keinen Frieden für unser Land. Es verlängert die Schlächtereien. Und deshalb fordern wir, daß das ganze System, das mit CODESA verbunden ist, objektiv gesehen werden muß. Ohne die Durchführung einer verfassungsgebenden Versammlung, ohne die Wahl der Menschen, die die Verfassung ausarbeiten sollen, wird es keinen Frieden im besetzten Azania geben.

Presseerklärung des PAC zum Referendum

Der Pan Africanist Congress of Azania verurteilt das vollständig weiße Referendum als eine Obszönität und eine Beleidigung der enteigneten Massen unseres Landes. Es ist absurd, daß drei Millionen weiße Wähler über die Zukunft von 30 Millionen Afrikanern entscheiden können.

Wenn die Konservative Partei gewonnen hätte, wären die Weißen auf einen Weg der Konfrontation mit der afrikanischen Mehrheit gedrängt worden. Auf der anderen Seite ruft die Mehrheit für Herrn De Klerks NP weniger als Begeisterung bei uns hervor, aber dennoch die Hoffnung, daß Weiße in diesem Land wünschen, mit Schwarzen in Frieden zu leben. Nichtsdestotrotz wissen wir, daß die NP ein Geschäft der Machtteilung mit dem ANC in CODESA vereinbart hat. Das Ergebnis ist der Aufschub der Mehrheitsregierung für den Rest der 90er Jahre. Dies ist mit Sicherheit kein

Rezept für Stabilität oder für Frieden — es ist ein schlechtes Omen für die Demokratie.

Die einzige Wahl, die die unterdrückten Afrikaner in diesem unakzeptablen rassistischen Referendum hatten, war eine Kombination von zwei Übeln: der Rückkehr zur Herrenstiefel-Apartheid oder der Aufnahme von Schwarzen in eine weiße Regierung. Die Verfassungsgebende Versammlung, die wir fordern, ist durch die indirekten Vereinbarungen zwischen der NP und dem ANC festgebunden worden wie der Riese in Lilliput: schließlich wird festgehalten, daß eine demokratisch gewählte Mehrheit nicht handeln darf ohne die Zustimmung der NP. Der Pan Africanist Congress verfolgt weiter das Ziel grundlegender Verhandlungen für die Einrichtung einer demokratisch gewählten Verfassungsgebenden Versammlung. Der PAC ist dabei, diese Forderung auf allen Wegen durchzusetzen.

— (B. Desay, Sekretär für Öffentlichkeit und Information, 18.3.92)

FPÖ: Haider räumt mit unbequemen Leuten auf

Der Deutschnationaler Jörg Haider baut seine Machtpositionen in der FPÖ Zug um Zug aus. Nach Ende des Parteitage Anfang März gab Fraktionschef Gugerbauer überraschend seinen Rücktritt von allen Parteiämtern bekannt. Damit ist der Weg ins Parlament für den Parteivorsitzenden Haider frei. Der FPÖ-Fraktionschef nannte für seine Entscheidung keine Gründe. Die NZZ vermutet, „daß es dabei wohl nicht ganz ohne Druck zugeht und der Zustimmung des Betroffenen etwas nachgeholfen wurde“. Gugerbauer, der die FPÖ seit 1983 im Nationalrat vertritt, wurde offensichtlich abserviert, um Haider den Weg nach Wien zu ebnen. Der rechtsradikale FPÖ-Vorsitzende hatte schon letztes Jahr darauf gedrängt, diesen Posten zu übernehmen. Der Abgang des als gemäßigt geltenden Gugerbauers ist gleichzeitig ein weiterer schwerer Schlag der Deutschnationalen in der Partei gegen den klassisch liberalen Flügel, der so wie nur noch eine Randexistenz führt.

Gleichzeitig mit Gugerbauer kehrte ein weiterer Exponent des liberalen FPÖ-Restbestands der Partei den Rücken. Der Unternehmer Mautner Markhof, der noch kurz vor dem Parteitag von einer „Parteidiktatur durch Jörg Haider“ sprach, resignierte angesichts

des Vormarschs der Haider-Getreuen offensichtlich, und erklärte, er scheide aus der Politik aus. Politiker müßten sich früher oder später zwischen ihrem Gewissen und der Partei entscheiden. Er habe sich für das eigene Gewissen entschieden, begründete Mautner Markhof seinen Schritt mit einem deutlichen Seitenhieb gegen Haider.

Den kann das jedoch kalt lassen, hat er doch auf dem jüngsten Parteitag eine satte Mehrheit auf seine völkisch-nationalistische Linie einschwören können. „Die Reihen hinter Jörg Haider sind heute ... geschlossener denn je“, urteilt die NZZ über die Lage in der FPÖ. Von den bekannteren Figuren in der Partei ist jetzt nur noch Heide Schmidt übrig geblieben, die für das Bundespräsidentenamt kandidiert. Und auch an deren Ast wird schon eifrig gesägt. Schmidt hatte sich der heftigen öffentlichen Kritik an dem Haider-Zögling Mölzer angeschlossen, der in Bezug auf die Ausländerpolitik von einer „Umvolkungs“-Gefahr gesprochen hatte. Mölzer, der zuerst auf sein Bundesrats-Mandat verzichtet wollte, ist von seiner Landespartei demonstrierend gebeten worden, es wieder auszuüben, eine schallende Ohrfeige für Schmidt.

Quelle: NZZ, 7.3.92 — (jüg)

Krise des Zionismus: Armut nimmt rasant zu

Die zionistische Siedlungstätigkeit erreicht mit 300 000 sowjetischen Juden seit Ende 1989 neue Höhen. Dies wird vor allem durch die imperialistischen Staaten ermöglicht, die einreisewillige Juden mit verschiedensten Mitteln nach Israel umleiten. Die Menge des in Westbank und Gaza-Streifen konfiszierten Landes stieg 1991 gegenüber 1990 um 300 %. Aber die neuerliche Einwanderungswelle, von allen zionistischen Kräften befürwortet, weil nur so dauerhaft Israels Position in der Region verbessert werden könne, bringt zunehmende Obdachlosigkeit und Armut, auch in den 1948 besetzten Gebieten, den heutigen Israel, mit sich. Die Mieten sind hier seit Oktober 1983 um das Fünffache gestiegen, die Arbeitslosenquote hat die 10 %-Marke überschritten, rund 17 % der Bevölkerung Israels leben mittlerweile unter der offiziellen Armutsgrenze, und der regierende Likud-Block kommt selbst in der Vorphase der im Sommer stattfindenden Wahlen nicht umhin, neuerliche Maßnahmen anzukündigen, jüngst etwa die Verschlechterung des Gesundheitssystems und die Erhebung einer neuen Getränkesteuer zur Finanzierung neuer Siedlungsbauten. In der Folge will nach Umfragen

rund ein Drittel der neuen Siedler gerne nach Westeuropa, in die USA oder zurück in die GUS. Ob daher die zionistische Histadrut-Gewerkschaft, die in den letzten Jahren jeweils Reallohnsenkungen von 2-3 % zustimmte, bei dieser Haltung bleiben kann, ist zweifelhaft. Diese tiefe Krise des zionistischen Entwicklungsmodells liefert den Hintergrund des harten Tauschens um die US-Kreditbürgschaften in Höhe von 10 Mrd. \$. Israel besteht darauf, daß die neuen Siedler sich in Westbank und Gaza-Streifen ansiedeln und dort auf Kosten der Palästinenser bereichern. Der Teufelskreis demonstriert die Abhängigkeit der zionistischen Wirtschaft vom Imperialismus einerseits und dem brutalen Siedlungskurs andererseits. So gewinnt die Äußerung Hanan Ashrawis (Mitglied der palästinensischen Nahost-Verhandlungsdelegation), daß „jeder Schritt in Richtung Frieden seine gegensätzliche Entsprechung in den besetzten Gebieten“ finde, die Bedeutung, daß nach wie vor nur der palästinensische Befreiungskampf Elend und Terror eine wirksame Grenze ziehen kann.

Quellen: Middle East International, 6.3.92; palästina info Okt. 1992; div. Jerusalem Post, Aug. 1991-Febr. 1992. — (uga)

Großbritannien: Labour jetzt angebotsorientiert

Wahlumfragen vor den britischen Parlamentswahlen am 9. April sprechen von etwa gleich guten Chancen für die regierenden Konservativen wie für die oppositionelle Labour-Partei. Interessant ist das Wirtschaftsprogramm der Opposition, ein sogenanntes Gegenbudget. Als Ziele einer eventuellen Regierung Kinnoch gibt Labour an: rasche Erholung der Konjunktur, um eine Basis für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft zu legen, dann könne auch die herrschende Armut bekämpft werden. In dieser Allgemeinheit wäre das noch in der Bandbreite klassisch sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Neu für ein Labour-Programm sind aber die Maßnahmen, mit denen die Wirtschaft gefördert werden soll.

Es ginge um eine effizientere Angebotspolitik, als sie die konservative Regierung betreibt. Das Wachstumspotential der britischen Wirtschaft sei nicht voll freigesetzt worden, vor allem aus zwei Gründen: die Schwächen im britischen Erziehungssystem und in der Berufsausbildung seien weder erkannt noch behoben worden; und zweitens habe sich die Regierung geweigert, In-

vestitionen und Produktivkraftschübe in der Industrie direkt zu fördern.

Die Finanzpolitik der Konservativen sei ebenfalls völlig verkehrt gewesen: Die Ausdehnung der Kredite und die Steuersenkungen hätten nur den Konsum angetrieben, statt die Wirtschaft zum Blühen gebracht. Mit begrenzter Staatsverschuldung für Industrieinvestitionen und Abschreibungsvereinfachungen trägt das Programm von Labour viele Züge konservativer Wirtschaftspolitik. Auch das Versprechen besserer Sozialleistungen für Arme und Steuersenkungen für die Geringverdienenden widerspricht dem nicht, sondern soll vor allem Wähler fangen.

Die Konservativen haben auf das Labour-Programm reagiert und versuchen, die Eigentum besitzenden Klassen für sich zu mobilisieren. Die Erbschaftsteuer wird reduziert, ein neuer Niedrigsteuersatz für Rentner und Kleinunternehmer wurde vom Schatzkanzler vorgeschlagen, und die Konservativen versprechen, noch weitere Steuern zu senken, selbst wenn dadurch die Staatsverschuldung weiter wächst.

Neue Zürcher Zeitung, 13.3. und 18.3. — (alk)

Internationale Umschau



Um die Einwanderung armer Mexikaner in die USA zu bremsen, hat die US-Regierung neue Maßnahmen zur Verschärfung der Grenzkontrollen zwischen den USA und Mexiko bekanntgegeben. Die „Grenzschutztrupps“ sollen um weitere 200 Mann verstärkt werden, die „illegale Einwanderer“ aufspüren sollen. Für 5 Mio. Dollar sollen neue Grenzschutzanlagen (Zäune, Lichtanlagen, u.a. soll ein 12 Meilen langer „Metallsicherheitszaun“ im Gebiet von San Diego errichtet werden) angeschafft werden. Marineschiffe, die derzeit noch im persischen Golf patrouillieren, sollen zur Sicherung der US-Seegrenze zu Mexiko zurückgeholt werden. Bild: US-Grenzbeamte jagen einen Mexikaner mit Kind wieder in den Fluß zurück, über den er (illegal) in die USA einreisen wollte, um dort Arbeit zu suchen. — (rül)

Tschechoslowakei: Nationalisten stärker

7 000 Personen beteiligten sich am 11.3. in Bratislava an einer Kundgebung zum Jahrestag des sogenannten selbständigen, von Hitler-Deutschland ins Leben gerufenen slowakischen Staates im Jahre 1939. Sie forderten vom slowakischen Parlament die Erklärung der Unabhängigkeit. Auch außenpolitische Verwicklungen werden provoziert: an der Kundgebung nahmen Vertreter der slowakischen Minderheit in Ungarn teil. Die Gefahr, daß nach den Wahlen nationalistische Kräfte die Mehrheit erhalten, nimmt zu: Aus der slowakischen Regierungspartei hat sich der Flügel, der für eine Trennung von der CSFR eintritt, abgespalten. Er will mit eigenen Kandidaten antreten. NZZ, 11.-14.3. — (alk)

Finnland reicht Beitrittsgebet zur EG ein

Zwei Gründe mögen die finnische Regierung, im übrigen nicht einstimmig, dazu getrieben haben, jetzt den Beitritt zur EG zu betreiben: Einmal die Wirtschaftskrise, die durch den Zusammenbruch von vielen Wirtschaftsprozessen mit der benachbarten UdSSR entstand; zum zweiten die Tatsache, daß die Aussichten, mit der EFTA ein von der EG unabhängiges Wirtschaftsbandnis aufrechtzuerhalten, durch die Beitrittsgebet zweier wichtiger EFTA-Mitglieder, Schweden und Österreich, zunehmend entschwinden. Für den tatsächlichen Beitritt müßte sich im Parlament eine Zweidrittelmehrheit finden, die es derzeit jedoch nicht gibt. NZZ, 20.3. — (alk)

China: verstärkter Kampf um die Wirtschaftspolitik

Obwohl gegenüber der bürgerlichen Presse, die sich in der Ausinterpretierung von Sitzordnungen und Wortwahl übt, sicher Vorsicht geboten ist, scheint die gegenwärtige Tagung des Nationalen Volkskongresses im Zeichen verstärkter Auseinandersetzungen über den weiteren Kurs der VR China zu stehen.

Von den für den Weltmarkt weit geöffneten Wirtschaftszonen an der Küste, die im letzten Jahrzehnt eine Sonderstellung innerhalb der chinesischen Wirtschaft errungen haben, geht ein enormer Druck aus. Hier entstehen Tausende neuer Fabriken, werden Arbeitskräfte aus dem ganzen Land angezogen, ballen sich neue Millionenstädte zusammen, konzentrieren sich in immer stärkerem Maße die Ressourcen der chinesischen Wirtschaft — auf Kosten der Staatsbetriebe in den traditionellen Industriegebieten und vor allem auf Kosten der ländlichen Regionen. Eine Folge des unkontrollierten Wirtschaftswachstums, das an der Küste 14 bis 15 % beträgt, ist das neuerliche Emporschnellen der Inflationsrate, die in den Städten bereits wieder zweistellig ist. Die Gruppe um Li Peng machte auf dem Kongreß die Vorgabe, das Wirtschaftswachstum auf 6 % zu beschränken, und plädierte damit für eine gleichmäßigere Entwicklung. Dagegen opponieren die Küstenregionen, denen Deng Xiaoping Rückendeckung gibt. — (scc)

Der Fund des Muradan Iwan Gwidonowitsch

Muradan Iwan Gwidonowitsch, ein einfacher Arbeiter des Geologieunternehmens „JUGOSAPTISIS“, verhalf der Region um die Stadt Kursk unfreiwillig zu einem großen Erfolg: Der Mangel an Benzin und Diesel kann nun aus einem „See“ gespeist werden, den er beim Bohren nach Grundwasser fand. Versenken mit dem Auftrag, Kontrollbohrungen zur Kontrolle des Grundwassers anzulegen, stießen Muradan und seine Kollegen in der Nähe des Erdöllagers von Kursk auf blankes — Benzin. Zuerst glaubten sie ihren Augen und Nasen nicht. Später jedoch, als sie den „Fund“ einem echten Lkw zur „Erprobung“ einflößten, arbeitete dessen Motor ohne jegliche Probleme. Es war klar: Die Hydrologen hatten Benzin gefunden.

Bei einer näheren Untersuchung stellte sich heraus, daß in einer Tiefe von etwa 7 m ein wahrer „Benzinsee“ existiert. Eine Reihe weiterer Bohrungen führte zu einem genaueren Ergebnis: Der unterirdische „Benzinsee“ nimmt eine Fläche von ca. 4 ha ein. Die Mächtigkeit des „Benzinsees“ schwankt zwischen 1,5 und 7 m. Sie stellten weiter fest, daß etwa ein Drittel des „Sees“ aus Diesel besteht. Es wurde beschlossen, die „Bodenschätze“ zu heben und den geeigneten Verbrauchern zuzuführen. Richtige Freude soll bei dieser Entscheidung nicht aufgekommen sein. Höchstens der schwarze Humor — bedingt durch die Farbe des Erdöls — sei aufgeblitzt: ein Beispiel mehr für die existierende Mißwirtschaft und den leichtsinnigen Umgang mit Natur und Umwelt.

Die Suche nach den Ursachen der Entstehung des „Sees“ bzw. nach dem Versacher ist nun offenbar schwerer als die „Entdeckung“ des Sees. Die Anlagen des Erdöllagers scheinen in Ordnung zu sein. Und was noch wesentlich ist: Die Buchhalter haben über all die Jahre keinen Verlust an flüssigen Brennstoffen festgestellt: Das Rechnungssystem ist so „dicht“, daß über Jahre beliebige Mengen Benzin und Diesel im Erdboden verschwinden konnten. Nähere Untersuchungen haben nun die Wahrscheinlichkeit ergeben, daß die Erdölleitung Orjol-Kursk die „Schuldige“ ist. Sie ist undicht. Das Tropfen der Leitung hat über die gesamte Zeit seit ihrer Inbetriebnahme in den 80er Jahren dazu geführt, den Grundwasserhorizont mit Benzin und Diesel anzufüllen.

Quelle: Iswestja vom 26.2.1992 — (alk)

Türkische Politiker fordern: Militär nach Aserbeidschan

Politiker der verschiedensten Richtungen rufen nach einer militärischen Intervention der Türkei auf Seiten Aserbeidschans gegen Armenien. Der Rechts-extreme Türke, der Vorsitzende der Partei der demokratischen Linken, Ecevit, und Mesut Yilmaz, Vorsitzender der größten Oppositionspartei ANAP, wollen alle eine Militärintervention. Präsident Özal erklärte, die Armenier müßten „ein wenig eingeschüchtert“ werden. Nach „Hilferufen“ aus Aserbeidschan hat, laut Milliye, auch der türkische Generalstabschef Güres eine Militäraktion befürwortet. Die Grenzstädte zu Armenien, Ardahan und Iğdir, wurden zu Provinzhauptstädten erklärt, was eine Verstärkung der dort stationierten Soldaten erlaubt. NZZ, 15./16.3. — (alk)



Jeweils mehrere zehntausend Menschen haben am vergangenen Wochenende im niederländischen Amsterdam und in der belgischen Hauptstadt Brüssel gegen das Anwachsen neofaschistischer Aktivitäten, gegen Ausländerfeindlichkeit und gegen sich häufende Anschläge von Neofaschisten auf Flüchtlings- und Ausländerheime protestiert. In Amsterdam, wo etwa 50 000 bis 60 000 Menschen protestierten, wurden Sprecher der regierenden Christdemokraten ausgepöfeln, als sie sich vor der Demonstration rechtfertigen wollten. In Brüssel nahmen mehrere zehntausend Menschen an der Demonstration teil. Mehrere Gruppen, darunter die revolutionäre „Partei der Arbeit“ Belgiens, forderten ein Verbot aller faschistischen Gruppierungen und Parteien (Bild). — (rül, Bild: Solidair)

Passau: 3 000 gegen die DVU

Passau. Am 14. März fand wieder die alljährliche „Großveranstaltung“ der faschistischen „Deutschen Volksunion“ (DVU) in der Passauer Nibelungenhalle statt. Rund 3 000 Alt- und Jungnazis aus der Bundesrepublik, Österreich, Italien und der Tschechoslowakei waren zu der Veranstaltung, die unter dem Motto „Deutschland, Deutschland über alles“ stand, gekommen. Hauptredner waren der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey, Ehrengast war der britische „Historiker“ David Irving, der trotz Einreiseverbot für die BRD ungestört reden konnte. In der Nibelungenhalle erhoben sich dabei, wie die Passauer Presse meldete, zahlreiche Hände zum Hitlergruß.

Der Versuch, den Einmarsch der Nazis in die Nibelungenhalle bereits am Vormittag zu stören, schlug fehl. Die Polizei griff die AntifaschistInnen aggressiv an und jagte sie in die Fußgängerzone. Dabei gingen einige Schaufensterscheiben zu Bruch. Die Antifas wurden danach immer wieder von der Polizei eingekesselt und angegriffen. Kurzzeitig konnten Strassenkreuzungen in der Nähe der Halle blockiert werden.

Um 13 Uhr begann die Gegendemonstration, zu der ein Bündnis aufgerufen hatte. Hauptrednerin der Auftaktkundgebung war Beate Klarsfeld, die 1968

dadurch bekannt wurde, daß sie den damaligen Bundeskanzler Kiesinger ohrfeigte. Sie engagierte sich heute in Paris gegen den Rechtsradikalismus. Sie rief zur „Konfrontation“ mit der DVU auf, und forderte „statt großer Reden und kleiner Taten, kleine Reden und große Taten“. Dabei dürfe man die „Arbeit“ nicht nur den autonomen Gruppierungen überlassen. Die anschließende Demonstration der ca. 3 000 AntifaschistInnen zur Nibelungenhalle verlief ungestört. Bei der Abschlußkundgebung, konnten sich es die Nazis leisten, die Fenster der Halle aufzureissen, die Reichskriegsfahne zu schwenken und mit erhobenem Arm nach draußen zu „grüßen“.

83 Personen wurden während des Tages festgenommen. Die Polizei rechnete „ein Drittel der Festgenommenen der rechten, zwei Drittel der linken Szene“ zu. Darunter waren fünf Nazis, die Pistolen bei sich trugen. Wie die tschechoslowakische Nachrichtenagentur CSTK meldete, verweigerte die bayerische Grenzpolizei drei Journalisten und fünf weiteren Leuten, die zur Gegendemo wollten, die Einreise. Nach einer Leibesvisitation die von den deutschen Beamten in „erniedrigender Weise“ vorgenommen wurde, sind die acht mit dem Paßvermerk „unerwünscht“ in die CSFR zurückgeschickt worden. — (ror)

Haushalt von großer Koalition beschlossen

Tübingen. Die Rechten frohlocken: Erstmals seit Jahren gibt es trotz rechnerischer Mehrheit der rot-grünen Fraktionen im Rathaus eine schwarz-orangerot-gelblaue Koalition. Die Tübinger Sozialdemokraten wußten mitten im Landtagswahlkampf nichts besseres, als nach rechts zu schießen und sich der CDU in die Arme zu werfen. Der völlige Verzicht auf sozialen Wohnungsbau, Kürzungen bei Kultur- und Sozialinitiativen sowie beim öffentlichen Nahverkehr, dafür aber Gebührenerhöhungen für Kinderbetreuung — das ist die neue Kommunalpolitik der SPD. Neu ist sie natürlich nicht, nur: früher hieß das CDU-Politik und wurde von der SPD als Sozialabbau kritisiert. Grün-alternative Liste, Freie Liste und DKP lehnten den zwischen CDU, SPD und FDP unter aktiver Beteiligung von Stadtkämmerer Schmid (SPD) ausgemauerten Haushalt ab. Die grundsätzliche Kritik der DKP formulierte Stadträtin Gisela Kehler-Bleicher in ihrer Haushaltsrede:

Bei den Haushaltsberatungen ist es zwar gelungen, einige Nachbesserungen aufzunehmen. Auch für uns sind das Schulzentrum Weststadt, die Turnhalle für die Grundschule in WHO und das Kinderhaus Weststadt zentrale Anliegen. Allerdings wurden aber fast alle anderen Anträge von uns abgelehnt (...). Damit wird die bisherige Politik von Verwaltung und Gemeinderatsmehrheit fortgesetzt, die Schaffung von dringend notwendigen Kinderbetreuungseinrichtungen zu verschleppen. Der Nachholbedarf wird dadurch immer größer ...

Alle beklagen zwar die Wohnungsnot, doch die Mehrheit im Gemeinderat setzt weiterhin auf privaten Wohnungsbau, der bisher nicht in der Lage war, das Problem zu lösen. Im städtischen Haushalt wurden keine Mittel für städtische Sozialwohnungen eingesetzt. Alle Anträge dazu wurden abgelehnt, und selbst noch am Unterhalt für städtische Gebäude wurden 500 000 Mark gekürzt. Wir können dem Haushalt nicht zustimmen, weil mit ihm ein grundsätzlich falscher Weg begonnen wird. Der Haushalt soll durch Leistungskürzungen, Leistungsverzicht und Gebührenerhöhungen saniert werden. Dies trifft Leute mit kleinem Einkommen härter, da diese stärker als die Reichen auf öffentliche Einrichtungen angewiesen sind.

Es ist nicht nur uns sozial, sondern auch illusionär, wenn die Mehrheit der Fraktionen meint, sie könnte mit der Kürzung von Zuschüssen im Kulturbereich, mit der Weigerung, ausreichend Mittel für Frauenprojekte zur Verfügung zu stellen und mit Stellenstreichungen zu Lasten der Beschäftigten die Finanzkrise der Stadt lösen.

Mit dem Haushalt beteiligt sich auch die Stadt Tübingen an der forcierten Umverteilungspolitik zu Lasten der Menschen mit geringem oder durchschnittlichem Einkommen. In der reichen Bundesrepublik werden die Finanzen immer ungleicher verteilt: Die Gewinne werden privatisiert, die Lasten sozialisiert; der Anteil der Beschäftigten am Volkseinkommen sinkt seit Jahren. Kommunalpolitik soll zum Mittel dieser Umverteilung gemacht werden. Von oben nach unten wird der Druck über Bund, Land und Kommunen an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben (...).

In der reichen Bundesrepublik werden die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher — und die, die dazwischen liegen, zahlen dafür. Die Mehrbelastungen durch Inflation, Mietpreiserhöhung, Steuer- und Abgabenerhöhungen betrug schon im letzten Jahr für eine durchschnittliche Arbeiterfamilie über 100 Mark monatlich. Und genau diese Bevölkerungsgruppen werden durch die Gebührenerhöhungen im Haushalt wieder belastet: Erhöhung der Bestattungsgebühren (+ 10 %); Erhöhung der Elternbeiträge für Kindergärten, Tagheime und Schülerhorte (+ 20 bis 30 %); Kürzung der ÖPNV-Zuschüsse und damit Erhöhung der Fahrpreise, Erhöhung der Abwassergebühren (um mehr als 100 %). Deshalb wollen wir wenigstens von denjenigen, die an der derzeitigen Hochkonjunktur verdienen, den Unternehmern, ebenfalls einen Solidaritätsbeitrag einfordern. Unser Antrag auf Erhöhung der Gewerbesteuer wurde aber von derselben großen Koalition, die die Kindergartenbeiträge erhöhte, abgelehnt.

Wir können es nicht verantworten, einen Haushalt mit zu beschließen, bei dem die Finanzlücken nur auf der kommunalen Ebene hin und her geschoben und die Lasten dabei uns sozial verteilt werden. Die Ursachen für die Finanznot werden dabei nur verdeckt. Wir beteiligen uns nicht an gegenseitigen Schuldzuweisungen und Vorwürfen, wer mit dem Geld nicht umgehen kann. Die Finanzen der Kommunen sind ruiniert. Tübingen ist da kein Einzelfall. Die Finanznot können wir hier am Ort nicht lösen, solange die privaten Gewinne Priorität haben und die Kosten dafür der öffentlichen Hand aufgebürdet werden.

Wir können uns nicht daran beteiligen, die Folgen dieser verfehlten Politik den kleinen Leuten aufzubürden. Einem Haushalt, der eine Gebühren- und Abgabenschraube in Gang setzt und vorgibt, auf diese Weise die zerrütteten kommunalen Finanzen sanieren zu können, stimmen wir nicht zu. aus: Das Gläserne Rathaus Zeitung der DKP Tübingen (gekürzt)

Gegen Asylrecht-Abbau — Asyl ist Menschenrecht

München. Rund 1 000 Menschen demonstrierten unter diesem Motto am 21. März, dem UNO-Tag gegen Rassismus, in München gegen die Asyl-Politik der Bundesregierung und die Unterbringungspraxis des Münchner Stadtrates. In München wurde in letzter Zeit immer wieder die Konzentration Asylsuchender debattiert. Auf dem nun frei werdenden alten Flugplatz Riem soll jetzt eine „Asylanten-Stadt“ mit mehreren tausend Einwohnern im Containerbau entstehen, mit eigener Infra-Struktur (Lebensmittelmarkt, Arztpraxis, Postamt u.s.w.). Dagegen, wie auch gegen alle anderen Sammellager, wendet sich eine Unterschriftenaktion des „Münchner Bündnis gegen Rassismus“. „Wir Münchner Bürger sind nicht so, wie die CSU ... aber auch OB Kronawitter uns gerne hätten.“ — (ecg)

Schluß mit der Türkeihilfe!

Karlsruhe. Am kurdischen Newroztag, dem 21. 3., demonstrierten in Karlsruhe über 400 Menschen ihre Solidarität mit dem Widerstand und Aufstand des kurdischen Volkes. Erfreulich war die Beteiligung von über 200 deutschen Personen. Auf Kundgebungen (Innenstadt, Bundesanwaltschaft, türkisches Konsulat) wurden Beiträge über den Befreiungskampf in Nordwest-Kurdistan, die deutsch-türkische Zusammenarbeit, die PKK-Prozesse, die deutschen Waffentransporte, die türkischen Massaker usw. gehalten. Die Landtagsabgeordnete der Grünen, Rose Glaser, griff in einem Beitrag das deutsche Ausländer- und Asylrecht an. Vor dem Konsulat wurde eine türkische Fahne verbrannt.

Aufgerufen hatten ERNK, mehrere Kurdistan-Solidaritätsgruppen aus Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Waldkirch und aus Karlsruhe AKI, DKP, Grüne, Freie Jungenschaft, Infobüro, Sozialistische Linke und das besetzte Haus Stefaniestraße. — (rub)

Polizeidirektion Tübingen informiert Arbeitgeber

Tübingen. Die Stuttgarter Handwerkskammer hat der Angestellten Brigitta Maegraith mit der Begründung gekündigt, die Polizeidirektion habe mitgeteilt, daß „polizeiliche Ermittlungsmaßnahmen“ gegen die Beschäftigte eingeleitet worden seien; sie stünde „extremen Organisationen“ nahe. B. Maegraith arbeitet in einer Initiative, die sich für die Verbesserung der Haftbedingungen politischer Gefangener einsetzt, besucht regelmäßig A. Sievering und dolmetschte 1990 im Rahmen einer Austauschreise mit Vertretern des ANC. Sie hat gegen die Entlassung geklagt, ihr Vater hat sich wegen der eklatanten Verletzung des Datenschutzes an die Datenschutzbeauftragte gewandt. — (evc)

Unterstützung der Aktion zum Todestag Ph. Müllers

Essen. Am 14.3. fand das dritte bundesweite Treffen zur Vorbereitung der Demonstration zum Todestag Philipp Müllers statt. 780 Personen und 36 Organisationsgliederungen haben den Aufruf unterschrieben, darunter DKP, SDAJ, Arbeiterbund, mehrere Landesverbände der PDS, antifaschistische Zusammenschlüsse sowie BWK und Volksfront. Die Unterschriftensammlung soll fortgeführt werden. Als Losung für die weitere Mobilisierung wurde beschlossen: „Vor 40 Jahren: Philipp

Müller erschossen. Wieder auf nach Essen zum Kampf gegen Nationalismus, für Frieden und Völkerverständigung“. Die Demonstration am Samstag, 9.5., soll um 11.00 Uhr vor der Grugahalle beginnen, die Abschlußkundgebung ist um 12.30 Uhr auf dem Kopstadtplatz; anschließend soll Möglichkeit zur Teilnahme an einem Treffen bestehen. Dabei soll eine Ausstellung über die Ereignisse am 11.5.1952 gezeigt, dem Tag der „Friedenskarawane“, bei der Philipp Müller von der Polizei erschossen wurde. Über die Kundgebungsredner fand noch keine Verständigung statt, dies soll beim nächsten Treffen am 4.4. geschehen. Gesprochen wurde auch über Probleme des Bündnisses am On. Weil u.a. die Essener Grünen Kritik an der Endfassung des Aufrufs äußerten, an der Aktion aber durchaus Interesse haben, soll auf Aufruf-Flugblättern eine Rubrik „Unterstützer der Aktion“ eingeführt werden. Außerdem soll für Essen und umliegende Orte eine gesonderte Beratung stattfinden. — (wof)

Afrikanischer Gefangener bei Auslieferung bedroht

Hamburg. Im April wird Demba Diop, ein afrikanischer Gefangener im Rheinbacher Gefängnis, aus der Haft entlassen. Er soll sofort in sein Heimatland Mauretanien abgeschoben werden. In den 70er Jahren war Diop in den FLAM (Forces de Liberation Africaine de Mauritanie) aktiv; seine Abschiebung würde deshalb sofortige Verhaftung, eventuell Folter und Repression bedeuten, als Mitglied der FLAM könnte ihm sogar der Tod drohen. Die FLAM organisierten den Widerstand gegen die Versklavung und Unterdrückung der schwarzafrikanischen Minderheit durch die Mehrheit der afrikanischen Berber. — (jeh)



Vom „Sicherheitsbedürfnis“ eines Großkonzerns

Mannheim. Die Staatsanwaltschaft Frankenthal ermittelt wegen des Verdachts der Weiterleitung polizeilicher Daten an die BASF gegen Beamte des Polizeipräsidiums Ludwigshafen. Zur Sicherung von Beweisen hat sie inzwischen zwei Durchsuchungen in der Konzernzentrale durchgeführt: So stellte sie am 28.2. einen Datenträger sicher mit Daten über 60 000 Personen, die sich seit dem 1.3.1987 bei der BASF beworben hatten und abgelehnt wurden sowie über 10 000 BASF-Beschäftigte. Die BASF legte gegen diese Beschlagnahme Beschwerde ein; die Daten können vorerst nicht gesichtet werden. Gegen die Beschlagnahme von 50 000 Datensätzen aller seit dem 1.2.1986 eingestellten BASF-Bediensteten und tätig gewordenen Fremdfirmenmitarbeitern hatte der BASF-Vorstand zuvor ebenso erfolgreich Einspruch eingelegt wie gegen die Einsichtnahme in die Personalakten von 150 Werkschutzangehörigen. Der rheinland-pfälzische Justizminister Caesar (FDP) und die Generalstaatsanwältin Reichling (Zweibrücken) decken die Ermittlungsmaßnahmen.

An Tatsachen, die in der Presse veröffentlicht und seither nicht bestritten wurden, kann man zusammenfassen: Die BASF ließ jahrelang Karteikarten mit den Daten von Fremdfirmenleuten (bis zu 300 monatlich) von der Kripo Ludwigshafen mit Hilfe des Polizeicomputersystems POLIS überprüfen auf dort

festgehaltene „Verdachtsmomente“, Haftbefehle oder Vorstrafen. Ob es hier einen Datenrückfluß gegeben hat — darauf beziehen sich primär die Ermittlungen. Vom (seit knapp einem Jahr SPDgeführten) rheinland-pfälzischen Innenministerium bestätigt ist auch die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit der BASF bis 1988. Es liegt ferner die Aussage eines Mannes vor, der 1977 seinen Arbeitsvertrag mit der BASF schon so gut wie in der Tasche hatte und zwei Tage vor dem Eintrittstermin eine Absage bekam mit dem Hinweis, er solle sich an seine Vergangenheit erinnern. Der Mann war nach eigenen Aussagen einmal in seinen Jugendjahren wegen Fahrens ohne Führerschein verurteilt worden. In den 80er Jahren wurde zweimal eine Wiederbewerbung mit Hinweis auf 1977 abgelehnt. 1988 vernahmten Vorgesetzte zwei Azubi wegen der Teilnahme an einer Demonstration in Mannheim, in deren Anschluß die Polizei die Personalien der Jugendlichen feststellte hatte.

Wenn man diese Fakten als Spitze eines Eisberges betrachtet, wird die Aussage eines ehemaligen Kripo-Beamten glaubhaft, der sich mittlerweile als Detektiv selbständig gemacht hat: Es habe einen ständigen Datenrückfluß von der Polizei an die BASF gegeben. Passend dazu ist nun bekannt geworden, daß zwischen 1959 und 1979 die BASF eine ganze Polizeiwache finanziert und aus-

gestattet habe bis hin zur Stellung von BASF-gezeichneten Handtüchern.

Die Ermittlungen sind weiter im Gang. Die BASF beklagt mittlerweile die „Rechtsunsicherheit“ in diesen Fragen.

Der Betriebsrat der BASF ließ sich von der Staatsanwaltschaft über die Hintergründe der Ermittlungen unterrichten. Er fordert wie die Verwaltungsstelle Ludwigshafen der IG Chemie die Offenlegung des gesamten personenbezogenen Datentransfers zwischen staatlichen Stellen und der BASF ihm gegenüber.

Die Grünen sowohl in Ludwigshafen wie in den Landtagen von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben Anfragen eingereicht über den beanstandeten Datenaustausch. Die Alternativen BASF-Aktionäre haben eine Anfrage an den BASF-Vorstand gerichtet, warum Leute aus ihren Reihen beim Flugblattverteilen vor den Werkstoren vom Werkschutz fotografiert würden und ob Dossiers über die betreffenden Personen angelegt worden seien. Der Landesparteitag der Grünen Rheinland-Pfalz forderte inzwischen eine Verschärfung des personenbezogenen Datenschutzes im Landesdatenschutz-, Polizeiverwaltungs- und Landesverfassungsschutzgesetz. Grundsätzlich solle keine Weitergabe öffentlich erhobener Daten an nichtöffentliche Stellen erfolgen.

Quellen: Mannheimer Morgen und Rheinischer Anzeiger — (tht)

GEW-Demonstration gegen Mittel-Kürzungen

Düsseldorf. Über 20 000 Lehrer demonstrierten am 19. März vor dem nordrhein-westfälischen Landtag gegen die Bildungspolitik der Landesregierung. Die GEW hatte unter dem Motto „Wir lassen uns nicht kaputtsparen“ aufgerufen. Die Demonstration richtete sich zum einen gegen die Landeshaushalt vorgesehenen Kürzungen bei den Schuletats, gegen den von der Landesregierung verhängten Einstellungsstopp und gegen die Pläne der Landesregierung, die Schulen nach der Studie einer Unternehmensberatung zu „rationalisieren“ und Arbeitszeiten der Lehrer zu verlängern. — (uid)



Stuttgart. Am 21. März demonstrierten 25 000 Leute, darunter ca. 15 000 Lehrkräfte, für bessere Arbeitsbedingungen, d. h. vor allem Arbeitszeitverkürzung, Neueinstellungen und damit kleinere Klassen. Der GEW-Landesvorsitzende R. Dahlem erhielt besonders viel Beifall, als er unter Hinweis auf den kommenden Warnstreik der Berliner Lehrerschaft meinte, es sei auch im Lande Zeit, den Bettel hinzuwerfen. — (zem)

Zweiter antifaschistischer Ratschlag

Stuttgart. 50 Leute nahmen am zweiten landesweiten antifaschistischen Ratschlag am 22. März teil. Alfred Hauser, Ehrenvorsitzender der VVN Baden-Württemberg, regte in seiner Begrüßung u. a. die Schaffung einer Anlaufstelle zur Beobachtung faschistischer Aktivitäten im Land an. Anzustreben sei ein gemeinsames Informationsorgan. Die Tagung fand zum größten Teil in den sechs Arbeitsgruppen (Neuformierung der Rechten, AusländerInnen- und Asylpolitik, Politische Unterdrückung und Innere Sicherheit in der BRD, Militärpolitik/Großmachtpolitik der BRD in Osteuropa, Antifaschismustheorien, Faschistische Überfälle und Gegenwehr) statt. Im Abschlußplenum wurde unter anderem festgehalten: der nächste Ratschlag findet Ende September/Anfang Oktober im Raum Nordbaden statt. Themen sind: 30. Januar 1993, Gemeinsames Informationsorgan zur Beobachtung der Faschisten, Diskussion um die Behandlung politischer Gefangener. Die Ergebnisse und Diskussionsbeiträge des Ratschlags werden in einem Reader veröffentlicht — (heb)

Grüne klagt gegen AKW Krümmel

Lüneburg. Lüneburgs stellvertretende Landrätin R. Backhaus hat gegen die atomrechtliche Genehmigung für das AKW Krümmel geklagt. Sie geht davon aus, daß das AKW Krümmel bei der Häufung der Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch eine wesentliche Rolle spielt. Die Klage richtet sich gegen die Nachtragsgenehmigung für das Atom-

kraftwerk. In Krümmel sollen neuartige, kurze Brennstäbe eingesetzt werden, die einen „wesentlich höheren Abbrand bewirken“. Die spezifische Aktivität pro Kilogramm Uranoxid sei entsprechend höher, bei Brennelementeschäden oder Störfällen können „erheblich größere Mengen radioaktiver Schadstoffe in die Umwelt gelangen.“ — (rec)

Tarifforderung Einzelhandel NRW

Köln. Vom 9. bis 11. März tagte die Tarifkommission der Gewerkschaft HBV für den Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen, um die Lohn- und Gehaltsforderung für die kommende Tarifrunde 1992 zu beschließen. Folgendes Forderungspaket wird HBV den Arbeitgebern in NRW vorlegen:

- Das Endgehalt der VerkäuferInnen der Gehaltsgruppe I soll von derzeit 2 660 DM auf 3 000 DM angehoben werden.
- Die übrigen Gehälter und Löhne sollen um 250 DM, mindestens 9,5 %, erhöht werden.
- Die Lohngruppe LIIa (2 101 DM) soll gestrichen werden.
- Für die Auszubildenden fordert HBV eine Vergütung von 1 100 DM im 1. Ausbildungsjahr (derzeit 820 DM), 1 200 DM im 2. Jahr (derzeit 900 DM), 1 300 DM im 3. Jahr (derzeit 1 050 DM). Nach Abschluß der dreijährigen Ausbildung sollen sie in das 4. Berufsjahr mit 2 400 DM eingruppiert werden.
- Die Abschläge für ungelernte Angestellte unter 26 Jahren sollen abgeschafft werden. Die ersten Verhandlungstermine mit den Arbeitgebern stehen bereits fest. Am 13. April 1992 werden sich die Verhandlungskommission der HBV und die Arbeitgeber zum ersten Gespräch zusammensetzen. — (big/anl)

Kindergartenplätze: Die Versorgung ist nach wie vor nicht ausreichend

Essen. Am 1. Januar 1992 ist in Nordrhein-Westfalen das neue Landesgesetz über „Tageseinrichtungen für Kinder“ (GTKO) in Kraft getreten. Die Ablösung des vorherigen Kindergartengesetzes war erforderlich geworden, nachdem auf Bundesebene ein neues Kinder- und Jugendhilfegesetz beschlossen worden war. Für den Kindergartenbereich (Kinder im Alter von 3 Jahren bis zur Einschulung) sah es zunächst so aus, als ob ein Rechtsanspruch auf einen Platz in das Gesetz aufgenommen werde. Der Widerstand der Städte — u. a. wegen der Finanzklemme, in der sie stecken — hat das verhindert. Der folgende, etwas gekürzte Artikel ist der Essener Zeitung *Grüne Zeiten* entnommen. — (wof)

... Umso größer war da die Hoffnung, daß die Städte über das Landesausführungsgesetz (GTK NRW) noch gezwungen werden könnten, die Versorgung wesentlich zu verbessern. Im NRW-Vorläufergesetz war eine Mindestversorgung von 75 % für den Kindergartenbereich vorgeschrieben. Die Grünen hatten in einem eigenen Gesetzentwurf 100 % gefordert. Gleichzeitig wurde auf eine Mindestversorgung für die bis dato nicht geregelten Bereiche für Kinder unter 3 Jahren gehofft. Im verabschiedeten Gesetz sorgte die SPD lediglich für die minimale Vorschrift, daß „ein dem Bedarf entsprechendes Angebot an Kindertageseinrichtungen für Kinder ...“ bereit zu stellen sei.

Immerhin kündigte die SPD-Landesregierung parallel zum neuen Gesetz ein Sonder-Ausbauprogramm an. Danach sollte bis 1995 eine 90 %ige Versorgung mit Kindergartenplätzen erreicht werden. Insgesamt 125 000 Plätze sollen geschaffen werden. Von den Plätzen für Kinder unter 3 und über 6 Jahren — im neuen Bundesgesetz mit dem Kindergartenbereich gleichgestellt — ist im Sonderprogramm der SPD-Landesregierung jedoch nur noch am Rande die Rede. Ob die 125 000 Kindergartenplätze Realität werden, steht in den Sternen. Es deutet alles darauf hin, daß die Landesregierung beispielsweise ihre Investitionskostenzuschüsse derart reduziert, daß anstelle der vorgesehenen 50 % Zuschuß real nur 30 % herauskommen.

In Essen fehlen nach Aussage des Jugendamtes allein 2 828 Plätze, um im Kindergartenbereich eine 90 %ige Versorgung zu erreichen. Für den Bereich der Kinder unter 3 Jahren fehlen 440 Plätze an der noch sehr dürftigen Zielvorgabe des Rates von 4 %. Bei der außerschulischen Betreuung von schul-

pflichtigen Kindern (Hort) fehlen an der 7 %-Versorgungsquote des Rates sogar 1 162 Plätze. Alles in allem müssen also in Essen dringendst 4 430 zusätzliche Plätze in Kindertageseinrichtungen geschaffen werden.

Zumindest auf der Ebene der Planung ist beim Jugendum der Stadt wohl einiges getan worden. Die derzeit geplanten Maßnahmen würden insgesamt 1 794 Kindergartenplätze, 280 Kleinkindplätze und 671 Hortplätze schaffen und damit die Versorgung erträglicher werden lassen — wenn sie realisiert werden.

Hier mehren sich die Zweifel. Aus den Ratsausschüssen war wiederholt zu hören, daß das Programm finanziell auf wackligen Beinen steht. Ferner wird zunehmend die Notwendigkeit angezweifelt, die Versorgung mit Plätzen im Kleinkind- und Hortbereich zu verbessern. Im Hortbereich sollen Lösungen an der Schule (in der Regel ohne Mittagversorgung) den Vorrang bekommen. Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß die Schulen in nächster Zeit in nennenswertem Umfang zusätzliche Ganztagsbetreuungsplätze einrichten

werden. Für den Kleinkinderbereich deutet sich langsam wieder der alte Mief von der Rolle der Frau bei der Betreuung der Kinder an. Was jetzt noch zur Demontage fehlt, ist eine finanzielle Begründung. Die liefert die Landesregierung für die beiden Bereiche außerhalb des Kindergartens gerade, indem sie nur minimale Platzkontingente in den kommenden Jahren mitfinanziert.

Die Stadt Essen — soviel ist sicher — wird die fehlende Landesfinanzierung für den Kleinkind- und Hortbereich nicht übernehmen. Wie realistisch eine Verbesserung der Versorgung im ideologisch unbelasteten Kindergartenbereich ist, wird sich wohl erst nach Vorlage der tatsächlichen Fördersätze durch die SPD-Landesregierung zeigen. Dann wissen wir genau, wieviel von den Wahlversprechen der SPD aus der Landtagswahl übrig bleibt. Derzeit tobt jedenfalls in den Essener Stadtteilen der Verteilungskampf um die Mangelware Kindergartenplatz weiter. In Essen-Rüttenscheid kommen z. B. an der Isenbergstraße auf 20 freie Plätze 100 wartende Kinder. — (J.W.)



Manteltarif: Flexi-Angriff der Chemiekapitalisten

Hannover. Die Verhandlungen über den Manteltarifvertrag (MTV) für die chemische Industrie (West) sind von der IG Chemie im November mit der Vorlage eines 10-Punkte-Forderungskatalogs eröffnet worden. Dieser Katalog beinhaltet neben der Arbeitszeitverkürzung in Stufen auf 35 Wochenstunden (gegenwärtig 39, als nächste Stufe 37) etliche Verbesserungen für Schichtarbeiter (bei gleichzeitiger prinzipieller Tolerierung der Schichtarbeit) wie 33,6 Stundenwoche für Kontinuitätsarbeiter ab dem 50. Lebensjahr; Erhöhung der Nachtzuschläge von 20 auf 25 % und Zahlung ab 20 statt 22 Uhr; Einführung einer Zulage bei zweischichtiger Arbeitsweise. Sodann wird eine Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes, die Vereinheitlichung der Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte u. a. m. gefordert.

Nachdem der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) erklärt hatte, daß „eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit kein Tabu“ sei (eine Verkürzung von 39 auf 37 allerdings mit 5,4 % bei kommenden Lohnverhandlungen „angerechnet“ werden müsse), legten die Chemiekapitalisten in der dritten Verhandlungsrunde Mitte März ihre Flexibilisierungsvorstellungen auf den Tisch. Während die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit bisher innerhalb von 6 Monaten Verteilungszeitraum sichergestellt sein muß, wollen sie 12 Monate im Tarif und über 12 Monate hinaus per

Betriebsvereinbarung geregelt haben. Der MTV soll eine Öffnungsklausel enthalten, die per Einzelarbeitsvertrag unter Ausschaltung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats eine individuelle Arbeitszeit von bis zu 40 Stunden vorsieht — die Kapitalisten denken da an Beschäftigte in Forschung, Technik, Reparatur, Ausbilder und Auszubildende. Die Einführung einer Zweischicht-Zulage halten sie für „unvertretbar“. Die Übernahme der Einkommensteuergesetz geltenden Zeiträume für steuerfreie Sonntags-, Feiertags- (bis 4 Uhr des Folgetags) und Nachtzuschläge (ab 20 Uhr) lehnen sie ebenso wie die Erhöhung der Nachtzuschläge auf 25 % ab.

Die IG Chemie-Verhandlungskommission weicht demgegenüber erschreckend zurück. Sie hat sich bereits vor Jahren auf einen 12monatigen Verteilungszeitraum der Arbeitszeit bei Kontinuitätsarbeit eingelassen und hält jetzt als Obergrenze für alle 12 Monate für möglich. Die Differenzierung der Arbeitszeit würde sie mittragen, wenn für einzelne Beschäftigtengruppen Regelungen nach oben (39) und auch nach unten (35) möglich sind und die Mitbestimmung des BR gewahrt bleibt. Dagegen ist ihr Festhalten an einer manteltariflichen Auffangregelung — sozusagen ein Mindeststandard für die Durchführung der AZV, wenn sich BR und Kapitalist nicht einigen (gegenwärtig alle 8 Wochen 1 freier Tag) — aber auf jeden Fall richtig. — (mio)

„Japaner kommen!“ Jungheinrich und Linde/Still wollen kooperieren

Norderstedt. „Die Japaner kommen!“ mit diesem Alarmruf wird in diesen Wochen allenthalben versucht, bei dem Gabelstapler-Konzern Jungheinrich mobil zu machen: Die Belegschaft soll in eine neue Konkurrenzschlacht geführt werden. Nachdem es den japanischen Gabelstapler-Konzernen, z. B. Toyota, gelungen ist, den US-amerikanischen Markt mit ihren Produkten zu beherrschen, ist der Schrecken des deutschen Kapitals groß, auch hier könnte eine ähnliche Entwicklung eintreten.

Deshalb wird scheinbar der Belegschaft gegenüber das bisher gültige Firmen-Feindbild verschoben, um die Zusammenarbeit mit dem stärksten Gegner — der Linde AG — plausibel zu machen.

Der aktuelle Fall: Die Jungheinrich AG will zusammen mit dem Linde-Konzern auf der grünen Wiese ein gemeinsames Elektromotorenwerk für Gabelstapler errichten. Durch Zusammenlegen der Elektromotorenfertigung der beiden Konzerne, so hofft das Management, werden Losgrößen erreicht, die die Fertigungskosten um 25 % bis 30 % senken. Damit wäre ein mit Toyota vergleichbares Kostenniveau erreicht und gemeinsam wären Jungheinrich und Linde in der Lage, die japanische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen.

Natürlich umschleichen sich die beiden Erzrivalen auf dem europäischen Gabelstaplermarkt — Jungheinrich und Linde — weiterhin mit hungrigen Blicken.

So wittert Jungheinrich, obwohl nur halb so groß wie Linde, für sich einen günstigen Moment, Linde zur Kooperation zu zwingen und den Profit in der neuen Motorenfirma zu 50 % kassieren zu können. Linde/Still muß nämlich seit August in der Fertigung kurzarbeiten lassen.

Was bedeutet das für die Belegschaften? Vertrauenskörper der IG Metall und Betriebsräte bei Jungheinrich haben diese Situation beraten und ihre Forderung „Die Motorenfertigung muß in Norderstedt bleiben!“ auf einer Betriebsversammlung und in Aushängen dargelegt.

* Bei Fremdverlagerung der Motorenfertigung und -entwicklung würden ca. 100 Arbeitsplätze in Fertigung, Entwicklung, Arbeitsvorbereitung und Steuerung vernichtet. Niemand garantiert heute, ob es nicht beim nächsten Schritt zusätzlich die Arbeitsplätze für Leitungsteile, Schützstände, den Apparatbau, die Kabelfertigung, die Steuerungen oder für die Ladegeräte treffen wird.

* Rationalisierung und Fremdverlagerung bedrohen die Arbeitsplätze ohnehin. Seit 1988 wurden sowohl die Produktpalette als auch die Fertigungstiefe ständig verringert. Jungheinrich macht sich dadurch zum Arbeitgeber für andere Belegschaften durch Auslagerungen nach Dambach, Thyssen, Ahlmann und Yale.

* Jungheinrich hat für Norderstedt ho-

he Subventionen durch die Zonenrandförderung kassiert. Daher trägt die AG doppelte Verantwortung für die Erhaltung der Arbeitsplätze hier.

* Die Produktion in Norderstedt war bisher immer das Rückgrat des Wachstums der Jungheinrich-Gruppe. So wuchs der Umsatz der Gruppe von 1981 mit 628 Mio. DM auf 1 600 Mio. DM in 1991. Die Produktion stieg im gleichen Zeitraum von 8 800 Fahrzeugen auf 18 300 Gabelstapler.

* Die Elektromotorenfertigung läßt sich auch in Norderstedt modernisieren. Jungheinrich könnte zusammen mit der eigenen Gabelstaplerfirma MIC in Frankreich Motoren bauen.

* Für den Vertrieb waren bisher die guten Jungheinrichmotoren das Verkaufsargument Nummer eins gegenüber anderen Produkten. Wenn im Konkurrenzprodukt von Linde der gleiche Motor läuft, fällt dies Argument weg.

* Die Aussicht auf einen Sozialplan darf und kann niemanden trösten. Eine Abfindung ist schnell aufgezehrt und sichert niemals die soziale Existenz der Kollegen und ihrer Familien.

Der Betriebsrat fordert, sollte der Vorstand zu der Entscheidung der Verlagerung der Motorenfertigung kommen, einen Interessenausgleich mit verbindlichen Zusagen über Beschäftigungssicherung mit sinnvollen Arbeitsinhalten für jetzige Personalstärke.

— (hel)

Die Auslieferung des früheren DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker an die Strafverfolgungsbehörden der BRD stehe unmittelbar bevor, melden Presseorgane. Der „Fall Honecker“ hat auch eine völkerrechtliche Dimension. Wie schon bei der Annexion der DDR sind die Staatsorgane der BRD auch bei dieser Verfolgung dabei, das von der Anti-Hitler-Koalition nach dem zweiten Weltkrieg dem deutschen Imperialismus aufgezwungene Völkerrecht in wesentlichen Punkten wieder zu ändern — hin zu einem völkischen Völkerrecht, das die Einmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten wieder in extremem Ausmaß erlaubt, hin zu einem Siegerrecht der großen, imperialistischen Weltmächte. Wir dokumentieren im folgenden die Position, die die chilenische Regierung gegenüber den Auslieferungsforderungen der BRD vertritt, und schildern Grundsätze des bisher geltenden Völkerrechts hinsichtlich der Nachfolge von — untergegangenen, annektierten — Staaten. — (chc, ulb)

Die Regierung der BRD verkündet seit Monaten vor der Weltöffentlichkeit, es sei doch wohl selbstverständlich, daß die Auslieferung des ehemaligen Staatsratsvorsitzenden der DDR, Honecker, ein ganz normales Verlangen im Sinne des (inter)nationalen Rechts sei. Doch die Normen des internationalen Rechts besagen da etwas völlig anderes.

Die DDR ist als Staat im Sinne des internationalen Rechts untergegangen. Ein Staat geht im rechtlichen Sinn unter, wenn eines der drei konstitutiven Merkmale — Territorium, „Staats“bevölke-

Der „Fall Honecker“ — Ein Fall völkerrechtswidrigen Verhaltens der BRD

rung, Staatsorgane — auf längere Zeit hin nicht mehr existiert. Im Fall der DDR existieren weder eine Staatsgewalt, noch eine „Staats“bevölkerung, noch ein Staatsterritorium. Unerheblich dabei ist, wie dieser Staat untergegangen ist: ob durch vertragliche Vereinbarung mit dem Nachfolgestaat, ob durch Annexion oder sonstige. Diese Feststellung ist wichtig für die Frage der (auch strafrechtlichen) Haftung von völkerrechtlichem Unrecht. Denn im Gegensatz zu innerstaatlichen Rechtsverhältnissen sind es im Verhältnis der Staaten zueinander die souveränen Staaten, die als Subjekte des internationalen Rechts handeln und für diese Handlungen haftbar sind: „Infolge der weitgehenden Medialisierung des Menschen im Völkerrecht wird ein völkerrechtliches Unrecht in der Regel von Staaten und gegen Staaten begangen. Nur im Falle der Begehung eines Kriegsverbrechens wird das Unrecht dem Menschen zugerechnet, der die verbotene Tat gesetzt hat und der hierfür nun persönlich haften muß. Auch jedes andere völkerrechtliche Unrecht wird aber letzten Endes von Menschen begangen. In allen Fällen, mit der Ausnahme der Kriegsverbrechen, wird ein solches Unrecht dennoch dem Völkerrechtssubjekt ... zugerechnet, als dessen Organ der Täter eine Handlung setzte oder unterließ. Die Unrechtsfolgen ... werden von diesem Völker-

rechtssubjekt getragen ... Bei Unter-
gang eines Staates ... erlischt die Haf-
tung. Sie geht also nicht etwa auf den
oder die Gebietsnachfolger über ...“
(Seidl-Hohenveldern, Völkerrecht, 5.
Aufl. 1984, S. 357 f., 362).

Die Handlungen, wegen derer die Staatsorgane der BRD eine Auslieferung Honeckers von Chile bzw. der GUS verlangen, hat dieser — unabhängig von der Frage, ob in diesen Handlungen Unrecht im Sinne internationalen Rechts zu sehen ist — als Vertreter eines Staates, der DDR, begangen (behaupteter „Schießbefehl“ an „der Mauer“ und der Staatsgrenze der DDR zur BRD). Selbst im Fall völkerrechtlichen Unrechts, was hierdurch begangen worden sein soll, haftete hierfür der Staat DDR und nicht die Person Honeckers. Da die DDR zweifellos als Staat untergegangen ist, besteht kein Subjekt des internationalen Rechts mehr, das für diese Handlungen haftbar gemacht werden könnte. Schon aus diesen Gesichtspunkten heraus ist das Verlangen der Staatsorgane der BRD, Honecker auszuliefern, rechtswidrig.

Daran ändert auch das sog. „Weltrechtsprinzip“, das die Geltung des deutschen Strafrechts für bestimmte Straftaten vorsieht, auch wenn sie im Ausland oder von einem Ausländer begangen wurden, nichts. Denn die Honecker vorgeworfenen Handlungen fal-

len zum einen nicht unter die §§ 5 bis 7 StGB, zum anderen gelten die o.g. Regelungen des internationalen Rechts.

Nach § 5 StGB können Straftaten nach dem Strafrecht der BRD auch dann bestraft werden, „wenn die Tat im Ausland oder in der DDR begangen wird, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Täter Inländer oder Ausländer ... und ob die Tat nach dem Recht des Tatorts strafbar ist“ (Dreher/Tröndle, StGB-Kommentar, § 5, Rz. 1). § 5 nennt hier u.a.: Vorbereitung eines Angriffskrieges, Hochverrat, Landesverrat, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Die Anwendung dieser Vorschrift scheidet im Fall Honecker aus. Auch die Geltung deutschen Strafrechts für Vergehen wie Völkermord, Angriff auf den Luftverkehr, Verbreitung pornographischer Schriften nach § 6 StGB, nach dem das deutsche Strafrecht unabhängig vom Recht des Tatorts (DDR) auch im Ausland gilt, ist hier nicht anwendbar. Schließlich greift auch die — in Fällen von Vorwürfen gegen ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR jetzt oft (rechtswidrig) angewandte — Bestimmung des § 7 StGB im Fall Honecker nicht. Nach § 7 StGB gilt das deutsche Strafrecht auch für Taten, die im Ausland gegen einen Deutschen begangen werden, „wenn die Tat am Tatort mit Strafe bedroht ist oder der Tatort keiner Strafgewalt unterliegt“, sowie

für andere als in §§ 5 und 6 StGB genannte Taten, wenn der Täter entweder zur Zeit der Tat Deutscher oder Ausländer war, soweit letzterer sich feststellbar dort aufgehalten hat. Eine Straftat nach dieser Bestimmung gegen Deutsche im Sinne des Art. 116 GG kann aber nur dann durch deutsches Strafrecht verfolgt werden, wenn sie in den Geltungsbereich des StGB gelangen. Solange dies nicht geschehen ist, „kann das Strafrecht der Bundesrepublik Bewohner der DDR vor dort oder im Ausland gegen sie begangene Taten nicht schützen ... In diesem Sinne gilt § 7 nur für Deutsche, die ihre Lebensgrundlage im räumlichen Geltungsbereich des Gesetzes haben“ (Dreher/Tröndle, aaO, § 7, Rz. 3). All dies trifft weder auf Honecker, noch auf andere im Auftrag der Staatsorgane der ehemaligen DDR handelnde Personen zu.

Die einzige Ausnahme, die im internationalen Recht von der Haftung durch Staaten für völkerrechtliches Unrecht seiner Organe gemacht wird, sind Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen den Frieden, wie sie vom Internationalen Militärgerichtshof im Fall der Hauptkriegsverbrecher des deutschen Faschismus kodifiziert worden sind. Nur in diesen Fällen haften auch diejenigen persönlich, die diese Taten begangen oder zu verantworten haben. — (ulb)

Erklärung des chilenischen Außenministers vom 10. März 1992

Angesichts verschiedener Kommentare aus unterschiedlichen Quellen über die Situation, die mit der Aufnahme von Herrn Honecker in unsere Botschaft in Moskau entstanden ist, habe ich Anweisungen des Präsidenten der Republik erhalten, die folgende Erklärung abzugeben. Sie beinhaltet einen genauen und objektiven Bericht über die vorgefallenen Tatsachen.

1. Im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres erhielt die chilenische Regierung verschiedene Anfragen, die Einreise von Herrn Honecker zu genehmigen.

Zu diesem Zeitpunkt befand sich Herr Honecker in Moskau unter dem Schutz des Präsidenten der Sowjetunion Herrn Michail Gorbatschow. Gleichzeitig wurden gegen ihn Ansprüche durch die Justiz der Bundesrepublik Deutschland erhoben, die einen Haftbefehl gegen ihn erlassen hatte. Er sollte vor Gericht erscheinen und sich in einem Verfahren verantworten, das gegen ihn wegen des Schießbefehls gegen diejenigen, die die Grenze überschreiten wollten, — wofür er die Verantwortung zu tragen hätte — eröffnet worden war. Über die Forderung an die staatlichen Stellen der UdSSR nach Auslieferung von Herrn Honecker hinaus forderte Deutschland über INTERPOL die Verhaftung von Herrn Honecker, um darüber den geschäftsmäßigen Gang seiner Auslieferung einzuleiten. Diese Forderung betraf auch unser Land.

Unter diesen Umständen bestand die chilenische Regierung darauf, daß keine Einreise von Herrn Honecker nach Chile unter dem Schutz des Asyls vorgesehen war, da ja in seiner Situation die Bedingungen nicht gegeben waren, die das internationale Recht dafür vorsieht. Für eine Einreise nach Chile forderte unsere Regierung die normalen Voraussetzungen, die von jedem Ausländer gefordert werden — daß er einen gültigen Paß besitzt.

2. Am 11. Dezember 1991 erschien Herr Honecker im Amtssitz des Botschafters von Chile in der UdSSR, den er in Fahrzeugen und mit einer Escorte betrat, die die sowjetischen Behörden ihm zur Verfügung gestellt hatten. Der diensthabende Geschäftsträger der Botschaft — Botschafter Amleyda befand sich in Chile — informierte unsere Staatskanzlei, daß Herr Honecker ihn über folgendes in Kenntnis gesetzt habe: am Vortag hätten die Ministerien des Inneren, der Justiz und das Außenministerium der Russischen Föderation ihm mitgeteilt, daß er das Territorium des besagten Landes innerhalb von drei Tagen zu verlassen hätte, anderenfalls er

mit Gewalt an die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert würde. Weiterhin habe Herr Honecker ihn darüber informiert, daß die russischen Behörden ihm keine Dokumente ausgefertigt hätten, um die UdSSR zu verlassen und er habe hinzugefügt, daß er am selben Tag schriftlich beim Präsident der Sowjetunion, Herrn Gorbatschow, und dem Präsidenten der Russischen Föderation, Herrn Jelzin, eine Revision der Aufforderung zum Verlassen des russischen Territoriums beantragt habe.

Angesichts der beschriebenen Situation wurde Herr Honecker — in Erwartung weiterer Anweisungen der Regierung — als Gast in unserer Botschaft empfangen. Das Außenministerium stellte hierzu in einer Presseerklärung am 12. Dezember 1991 folgendes fest:

„a) Es existiert kein Vertrag, der das diplomatische Asyl zwischen Chile und der UdSSR regelt, weswegen diese Einrichtung auch nicht anwendbar sein kann auf die gegenwärtige Situation, in der sich Herr Honecker in unserer Botschaft befindet.“

b) Was die Bewilligung eines politischen Asyls betrifft — das Herr Honecker nach seiner Erklärung nicht beansprucht — muß man darauf hinweisen, daß dies auch deshalb nicht anwendbar erscheint, da es nur im Falle politischer Verfolgung zuerkannt werden kann, nicht aber im Falle juristischer Schritte, deren Ursache gewöhnliche Vergehen in einem Land sind, in dem ein Rechtsstaat herrscht.

c) In dem uns beschäftigenden Fall weiß die öffentliche nationale Meinung, daß die deutsche Justiz gegen Herrn Honecker einen Haftbefehl erlassen hat, damit er sich in verschiedenen Verfahren, die gegen ihn eröffnet worden sind, für Vergehen und Anklagen verantwortet, deren Beurteilung der chilenischen Regierung nicht zusteht. Die Regierung von Deutschland hat deretwegen seine Festnahme auf internationaler Ebene — durch INTERPOL — gefordert und sie hat hinzugefügt, daß sie seine Auslieferung beantragen würde, wenn er nach Chile kommt. Dies deutet darauf hin daß — in Übereinstimmung mit der geltenden Rechtsprechung — Herr Honecker festgenommen und im Falle eines entsprechenden Beschlusses des obersten Gerichtshofes nach Deutschland ausgeliefert werden müßte.

d) Da sich die Situation von Herrn Honecker nicht in der Sowjetunion klärt und da seine Forderungen an die höchsten sowjetischen und russischen Regierungsstellen unterwegs sind, kann er in der chilenischen Botschaft in der oben

beschriebenen Eigenschaft bleiben.“

Die Staatskanzlei gab dem Geschäftsträger Chiles in Moskau hierzu die entsprechenden Anweisungen.

3. Wie diese Erklärung hervorhebt, wurde der Status des Gastes Herrn Honecker zuerkannt ohne die geringsten Präjudizien betreffend seiner juristischen Situation. Der besagte Status — seiner Eigenschaft nach vorübergehend — wurde zu diesem Zeitpunkt ausschließlich aus humanitären Gründen gewährt in der Hoffnung, eine für alle Beteiligten geeignete Lösung über hochrangige Kontakte zu erreichen, die eine ihrer Qualität entsprechende Zurückhaltung erfordern.

4. Von diesem Zeitpunkt an betrieb die Regierung mit einiger Sorgfalt die Suche nach einer Lösung, die sowohl den beschriebenen humanitären Überlegungen wie den Anforderungen des internationalen Rechts genügt. Der Präsident der Republik richtete — mit Datum vom 14. Dezember des Vorjahres — ein Schreiben an den Präsidenten der Russischen Föderation, Herrn Jelzin, in dem er wiederholte, daß Herr Honecker kein politisches Asyl erhielt und zum Ausdruck brachte, daß unter Berücksichtigung seines fortgeschrittenen Alters und seines prekären Gesundheitszustandes eine Lösung gesucht werden müßte, die es ihm erlaube, eine adäquate medizinische Behandlung zu erhalten, schließlich sei dies auch der Grund für seinen Aufenthalt in diesem Land.

Gleichzeitig richtete sich der Präsident am 16. Dezember an Kanzler Kohl. Er führte aus: ohne daß vorgesehen sei, Herrn Honecker politisches Asyl zu gewähren, könne er doch angesichts seines prekären Gesundheitszustandes nicht dazu veranlaßt werden, den Ort zu verlassen, an dem er sich derzeit befindet, zumindest solange eine Lösung für seinen Fall gesucht wird. In seinem Schreiben schlug er darüber hinaus die Möglichkeit vor, daß die betroffenen Regierungen gemeinsam die Angelegenheit im Rahmen des Rechts und der Gleichheit untersuchen, um einen Weg zu finden, der der Situation angemessen ist.

5. Am 12. Februar dieses Jahres übermittelte uns unsere Botschaft in Rußland eine medizinische Information des Chefs der speziellen Poliklinik des „UPDK“ (Allgemeine Direktion der Einrichtungen für den diplomatischen Dienst), Frau Doktor S.A. Scharkowa, in der sie hervorhob, daß Herr Honecker an einer schweren Krankheit leidet. ... (Es folgt die Übersetzung der Mitteilung über den Gesundheitszustand durch das Außenministerium, d. Übers.)

Entsprechend diesen Ausführungen beurteilte die Regierung die Situation, berücksichtigte die Tragweite des in der oben genannten Mitteilung beschriebenen Gesundheitszustandes und kam zu der Erwägung, daß Herr Honecker in ein Krankenhaus eingeliefert werden sollte, um diese Diagnose weiter zu untersuchen und zu vertiefen und um — falls sich dies als notwendig herausstellt — eine angemessene medizinische Versorgung zu erhalten.

6. Unter Sicherheitsgarantien der russischen Behörden und mit Kenntnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland wurde Herr Honecker sodann in ein Krankenhaus eingeliefert, wo er sich besonderen Untersuchungen unterzog, deren Ergebnisse am 3. März bekannt gegeben wurden. Der Text der Mitteilung, herausgegeben von einem aus Experten zusammengesetzten medizinischen Ausschuss — unter ihnen auch Frau Doktor Scharkowa, Verfasserin der ersten medizinischen Mitteilung — kam zu dem Ergebnis, daß „der Gesundheitszustand des Patienten zum gegenwärtigen Zeitpunkt vollständig zufriedenstellend sei.“ ... (Folgt eine Übersetzung der medizinischen Ausführungen, d. Übers.)

7. Präsident Jelzin, der inzwischen die soeben erfolgte Mitteilung erhalten hatte, antwortete im Laufe des Tages auf das Schreiben von Präsident Aylwin, wobei er mit ihm in der Beurteilung der Situation als schwierig übereinstimmte und „die Absicht“ betonte, „weiterhin eine gerechte Lösung des Problems zu suchen ausgehend von den eingegangenen Verpflichtungen, den Normen des geltenden internationalen Rechts ebenso wie den humanitären Grundsätzen.“ Präsident Jelzin fügte in dem besagten Schreiben hinzu, daß Rußland Kontakte mit der Bundesrepublik Deutschland unterhalte „insbesondere was die medizinische Versorgung von Herrn Honecker in Moskau anbelangt, der — nach dem, was in den objektiven medizinischen Untersuchungen festgestellt worden war — an einer ziemlich schweren Krankheit leidet“, und er schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, eine Übereinkunft zwischen den Beteiligten zu finden, die gleichzeitig für alle akzeptabel sei.

Es wurde bereits ausgeführt, daß der Staatschef der untergegangenen (wörtl. „verschwundenen“, d. Übers.) Deutschen Demokratischen Republik chilenisches diplomatisches Gebiet betrat, und daß sein besonderer Status als vorübergehender Gast durch das chilenische Außenministerium autorisiert worden war. Bis zu diesem Zeitpunkt stand Herr Honecker unter dem Schutz der sowjetischen Behörden, eine Bedingung, die ihm durch die russischen Behörden entzogen worden war, die seine Ausweisung anordneten, ohne ihm — dessen

ungeachtet — die legalen Mittel hierzu auszufertigen, die in der Ausreisewilligung zum Verlassen des russischen Territoriums bestehen.

In dieser Übergangssituation, in der Auflösung der Sowjetischen Union und dem graduellen Übergang ihrer Funktionen an die Institutionen der Russischen Föderation, beschloß die Regierung von Chile — begründet in der Abwägung aller Umstände, den Normen der Konvention von Wien über diplomatische Beziehungen von 1961 und unter Berücksichtigung der allgemein anerkannten Praxis, nach der diplomatische Missionen der ganzen Welt Personen aufnehmen können, die bei ihnen Zuflucht suchen — Herrn Honecker den Status eines vorübergehenden Gastes zu zuerkennen. Es ist bekannt, daß die Praxis aller Staaten ohne Ausnahme die juristische Form eines vorübergehenden Schutzes („refugio temporal“) anerkennt. Sie erlaubt, einen vorübergehenden Schutz zu gewähren und die entsprechenden Garantien für die Person, die Gesundheit und die Unversehrtheit des Gastes zu übernehmen, der damit über eine besondere Art diplomatischen Schutzes „sui generis“ (im Orig. unterstrichen) verfügt.

Die gleiche universelle Praxis, die diese juristische Form anerkennt, begründet auch, daß mit der Änderung der Bedingungen, die den vorübergehenden Schutz begründen — mit dem Schwinden der Risiken oder der Bedrohungen der Gesundheit oder der Unversehrtheit und unter der Annahme absehbarer gerechter und regulärer Gerichtsverfahren — die Motive für die Gewährung dieses Schutzes bei einer Verlängerung über vernünftige Grenzen hinaus auch zu einer Übertretung und zu einem Mißbrauch des diplomatischen Status führen können. ...

Die sorgfältige Abwägung der Umstände führt zu der Schlußfolgerung, daß, sowohl was die juristischen Bedingungen der Aufnahme von Herrn Honecker in die Botschaft wie die Bedingungen seines Gesundheitszustandes betrifft — den die erfolgten medizinischen Untersuchungen, wenngleich sie den prekären Zustand von Herrn Honecker hervorheben, doch als nicht unmittelbar gefährdet oder risikofähig bezeichnen — eine Änderung der Faktoren eingetreten sein könnte, die die chilenische Regierung dazu geführt haben, Herrn Honecker den Status eines vorübergehenden Gastes in unserer diplomatischen Mission in Rußland zuzuerkennen. ...

Inzwischen wartet Botschafter Amleyda weiterhin in Santiago auf die Anweisungen, wegen derer er nach Chile zurückgerufen wurde.

Santiago, den 10. März 1992

Quelle: eigene, nicht autorisierte Übersetzung des in spanischer Sprache formulierten chilenischen Dokuments

Gemeindeordnungs-Reform für mehr Einwohnerrechte

Die Mitglieder des BWK in NRW verwenden einen großen Teil ihrer für Politik zur Verfügung stehenden Zeit für die örtliche Arbeit ... Dies ist ... strategisch begründet: In der örtlichen Politik wirken die politischen Widerstände unmittelbar, hier gelingt es am ehesten, eine an den Interessen der Lohnarbeit orientierte Politik zu entwickeln. Vor allem an den Orten entwickelt sich deshalb die Vernetzung verschiedener Kräfte, hier findet eine Frontbildung „von unten“ statt. ...

Den oppositionellen Kräften muß es zunächst darum gehen, die verschiedenen Möglichkeiten der Einwirkung auf kommunale Körper zu kennen und zu nutzen. Dabei sind für alle sozialistischen Kräfte auf längere Sicht vor allem die Einwirkungsmöglichkeiten interessant, die unterhalb der Ebene der Ratsmitgliedschaft liegen. Hier kann man immer etwas machen kann, und sozialistische Kandidaturen wird es zu den Kommunalwahlen 1994 wahrscheinlich nicht mehr geben, auch wenn dies sehr wünschenswert wäre. ...

Einwirkungsmöglichkeiten unterhalb der Ebene einer Ratsmitgliedschaft sind in NRW die Beteiligung an Bürgerversammlungen, Bürgeranträge und Einwendungen gegen den Haushalt (Gemeindeordnung NRW, §§ 6b, 6c und 66)

Einwohnerrechte stärken

Die Diskussion um die Gemeindeordnung ist vor mehr als vier Jahren vor allem von der Riege der Oberstadtdirektoren in NRW begonnen worden. Ihnen ging es um die „mangelnde Effizienz“ der Verwaltung, wobei sie sich gerade hier mit Kritik aus den Reihen der Kapitalisten trafen. Angriffspunkte waren die „Doppelspitze“ von (Ober-)Bürgermeister als Vorsitzendem des Rates und (Ober-)Stadtdirektor als Chef der Verwaltung, mehr aber noch das in NRW einmalige Recht des Rates, alle Verwaltungsvorgänge an sich zu ziehen. Beides, die Zweigleisigkeit von Politik und Verwaltung und die Allzuständigkeit des Rates, bedingte angeblich Reibungsverluste der Städte. Schlußfolgerung waren Forderungen nach Stärkung der Verwaltung.

Darum ging es auch Landesinnenminister Schnoor, der vor einem Jahr einen umfangreichen Bericht zu der Diskussion vorlegte und damit in zwölf Thesen eigene Reformvorschläge begründete. Vorschläge zur Einführung eines Bürgerbegehrens, d.h. des Rechtes, bei einer bestimmten Anzahl von Unterstützern die Behandlung eines Themas in öffentlicher Sitzung im Rat zu erzwingen, und unter Umständen eines Bürgerentscheids, d.h. praktisch einer in direkter Demokratie gefällten Entscheidung, hatte er allerdings schon in die Thesen aufgenommen.

Schnoor ging damit auf Forderungen ein, wie sie von den Grünen seit längerem erhoben werden und inzwischen von allen Landtagsparteien vertreten werden. Gleichzeitig trieb ihn vermutlich die Sorge, daß die Personalbasis für kommunale Politik zu schmal wird, wofür z.B. die gerade in den Großstädten stark gesunkene Wahlbeteiligung ein Anzeichen ist. Die Schlußfolgerung: Die „Identifikation“ der Bürger mit der Gemeinde muß gesteigert werden.

Spätestens in der Landtagsdebatte am 22.1.1992, in der in erster Lesung ein Antrag der Grünen zur Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid debattiert wurde, wurde jedoch deutlich, daß sich in punkto Einwohnerrechte nichts ernsthaft ändern soll. CDU, FDP und SPD waren sich vielmehr einig, daß die Themen, über die Bürgerbegehren und erst recht Bürgerentscheide — wenn überhaupt — möglich sind, stark eingegrenzt werden sollen. Die von den Grünen vorgeschlagenen Quoren — 2,5 % der wahlberechtigten Bevölkerung für ein erfolgreiches Bürgerbegehren, 10 % für die Einleitung eines Bürgerentscheides — halten sie für zu niedrig. Den bürgerlichen „Reformern“ geht es anscheinend um ein Konzept von Volksgemeinschaft, bei dem vielleicht noch die Straßennamen demokratisch festgelegt werden können.

Ebenfalls zum Komplex der Einwohnerrechte gehören die Rechte der Ausländerbeiräte. Schnoor hatte in seinen Thesen nichts vorgesehen, ein Antrag des SPD-Landesvorstandes zur Reform der Gemeindeordnung an den SPD-Landesparteiitag am 14./15.12.1991 sah immerhin das Antragsrecht im Rat und das Recht zur Entsendung sachkundiger Einwohner in die Ratsausschüsse vor. In dem schließlich verabschiedeten Beschluß des SPD-Landesparteiitages heißt

es lediglich: „Solange das Grundgesetz noch kein kommunales Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer vorsieht, soll eine landesweite rechtliche Grundlage für die Arbeit der Ausländerbeiräte geschaffen werden.“

Gerade in der gegenwärtigen Situation sollte alles unterstützt werden, was auf eine Ausweitung der Rechte der Ausländerbeiräte zielt. Dies ist umso nötiger, als auch die Grünen in einem Beschluß zur Reform der Gemeindeordnung, der bei der letzten Landesdelegiertenkonferenz im Oktober 1991 verabschiedet wurde, lediglich auf der Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht beharren. Diese wichtige Forderung sollte jedoch nicht in einen Gegensatz zu den Rechten der Ausländerbeiräte gesetzt werden. Im übrigen: Wäre es nicht sinnvoll und möglich, wenigstens bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden die ausländische Bevölkerung einzubeziehen, das Recht also nicht auf die Wahlberechtigten, sondern auf die Einwohner zu beziehen?

Allzuständigkeit des Rates, Rechte für Abgeordnete

Auch wenn uns zunächst die Einwirkungsmöglichkeiten unterhalb der Ebene des Rates interessierten, ging und geht es bei den Vorschlägen zur Reform oder Novellierung der Gemeindeordnung im Kern — wie zu Beginn der Debatte — um den Rat und sein Verhältnis zur Verwaltung. Schnoor hatte bei seinen Vorschlägen die Allzuständigkeit des Rates zwar nicht frontal angegriffen, indirekt jedoch schon. U.a. setzte er an dem tatsächlichen Problem an, daß die Ratstätigkeit in Großstädten kaum noch ehrenamtlich möglich ist. Da die gesetzlichen Freistellungsmöglichkeiten jedoch ausgeschöpft sind, ist die Erhaltung der Ehrenamtlichkeit nur durch Beschneidung der Aufgaben möglich, oder?

Dies war ein Argument für den Vorschlag, in Zukunft einen Gemeindevorstand einzurichten. Der Gemeindevorstand sollte ein Bindeglied zwischen Rat und Verwaltung werden und Kompetenzen des Rates übernehmen. Dieser Vorstoß ist gescheitert — ebenso wie die von Schnoor vorgesehene Abschaffung der Doppelspitze und die Direktwahl des (Ober-)Bürgermeisters — weil gerade in der SPD viele Ratsmitglieder rebellierten. Allerdings will die SPD jetzt den Hauptausschuß zum Stadtausschuß entwickeln, zum „politischen Steuerungsinstrument für den Rat“. Diese Formulierung im Beschluß des Landesparteiitages am 14./15.12.1992 macht nach wie vor Einschränkungen der Rechte des Rates und seiner Mitglieder im Gesetzentwurf möglich.

Schnoor ist jedoch nicht nur am Widerstand gegen die Beschneidung von Rechten des Rates gescheitert. Der Gemeindevorstand sowie die Abschaffung der Doppelspitze und die Direktwahl des (Ober-)Bürgermeisters stießen in der SPD gerade dort auf Kritik, wo diese Partei seit Jahrzehnten über absolute Mehrheiten verfügt, vor allem im Ruhrgebiet, und sich um Verfassungsfragen sowieso nicht viel schert. In Orten, wo seit langem CDU und FDP das Sagen haben, fanden Schnoors Vorschläge meist Zustimmung. Hinter der Kritik steckten offensichtlich auch Befürchtungen, daß die in den Städten mit großen SPD-Mehrheiten eingespielten Formen der Kungelei so nicht mehr möglich wären.

Gegenüber den verschiedenen Bestrebungen wäre festzuhalten: Die Allzuständigkeit des Rates muß auf jeden Fall verteidigt werden. Das gleiche gilt für den Erhalt der Doppelspitze, deren Einführung nach 1945 auf Erfahrungen aus dem Faschismus beruhte: Die Nazis hatten auch in den Kommunen das Führerprinzip durchgesetzt. Oft genug entwickelten sich Widersprüche zwischen Politik und Verwaltung, gerade in den Großstädten vertreten die Verwaltungen durchaus eigene Interessen. Dem kann durch die Doppelspitze von (Ober-)Bürgermeister als Vorsitzendem des Rates und (Ober-)Stadtdirektor als Chef der Verwaltung Rechnung getragen werden.

Erörtert werden müßte aber, ob eine Direktwahl des (Ober-)Bürgermeisters bei Erhalt der Doppelspitze nicht durchaus positive Seiten hätte; Sie würde die

Stellung des (Ober-)Bürgermeisters gegenüber den im Rat vertretenen Parteien stärken, der (Ober-)Bürgermeister wäre praktisch ein Vertreter „aller“ Bürger bzw. Einwohner. Er hinge nicht völlig von der Fraktion ab, der er angehört, könnte sich leichter aus Kungeleien heraushalten und wahrscheinlich leichter auf Interessen verpflichtet werden, so oder so. Eine solche Position setzt eine deutliche Abgrenzung von den Volksgemeinschaftsvorstellungen voraus, mit denen insbesondere die nordrhein-westfälische CDU für die Direktwahl des (Ober-)Bürgermeisters eintritt.

Sicher ist, daß gegenüber dem gerade in den Großstädten vorhandenen Klüngel alles unterstützenswert ist, was in Richtung Stärkung der Rechte der einzelnen Ratsmitglieder geht. Gleichzeitig ist alles zu begrüßen, was den Einfluß der Parteien relativiert. Die Ratsmitglieder sind heute so stark von den Parteien und Fraktionen abhängig, daß oft genug Entscheidungen per Fraktionszwang durchgesetzt werden, hinter denen die Mehrheit der Ratsmitglieder nicht steht.

Die Stellung der Ratsmitglieder kann übrigens auch durch Wahlrechtsänderungen wie die Einführung der in Süddeutschland üblichen Methoden des Kumulierens und Panaschierens gestärkt werden, wie es die Grünen in einer im Landtag eingebrachten Änderung des Kommunalwahlgesetzes fordern. Dadurch können die Wähler Einfluß auf die Zusammensetzung der Listen der Parteien für den Rat nehmen, indem sie einzel-

nen Kandidaten mehrere Stimmen geben können und zusätzlich zu einer von ihnen gewählten Partei-Liste Personen von anderen Listen wählen können.

Bedenklich ist es, wenn der Innenminister den Status der Fraktionen in der Gemeindeordnung verankern will. Nicht zuletzt wird so wahrscheinlich auch die Benachteiligung der kleinen Fraktionen festgeschrieben.

Weitere Befassung mit der Novellierung der GO

Es wäre sicherlich nützlich, wenn sich die oppositionellen und die sozialistischen Kräfte in NRW stärker mit den Vorschlägen zur Novellierung der Gemeindeordnung befassen, auch mit denen von CDU und FDP, die hier weitgehend ausgeklammert wurden. Neben den angerissenen Themen kommen vor allem zwei hinzu: 1. Die Kommunalfinanzen; ausgerechnet unter Stichworten wie „Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Gemeinden“ plant Schnoor z.B. die Verpflichtung der Gemeinden zu Haushaltssicherungskonzepten, wie sie in den letzten Jahren von den Regierungspräsidenten diktiert wurden. 2. Die Kommunalwirtschaft; nach einem im ersten Entwurf vorliegenden Gesetzestext soll offensichtlich die Praxis der Ausgliederung städtischer Aufgaben in Eigengesellschaften bis hin zur Privatisierung gesetzlich erleichtert werden.

Die Befassung mit der Gemeindeordnung ist auch in Hinblick auf die Kom-

munalwahl 1994 wichtig, die wahrscheinlich gleichzeitig mit den Bundestagswahlen stattfinden wird. Die Situation zwingt — wie ausgeführt — zu einer Zusammenarbeit aller oppositionellen Kräfte, einschließlich der Grünen. Eine solche Zusammenarbeit ist aber auch möglich. Auch wenn die örtlichen Verhältnisse sehr unterschiedlich sind, zeigt unsere praktische Erfahrung, daß es gerade auf der kommunalen Ebene viele Berührungsfelder mit den Grünen gibt. Die Unterschiede liegen in einer unterschiedlichen Wertung und Gewichtung politischer Ziele, liegen in Herrschaftsansprüchen und in der Behandlung emanzipatorischer Interessen, weniger jedoch im Konkreten.

Wenn sich ein konkurrenzfreies Verhältnis zu den Grünen entwickeln soll — bis hin zu Listenverbindungen oder Kandidaturen sozialistischer Kräfte auf offenen Listen der Grünen — müßten sich die Grünen in punkto kommunale Rechte jedoch deutlicher für die Abschaffung der 5 %-Klausel aussprechen. In ihrem Programm zur Landtagswahl war diese Forderung enthalten, in den Forderungen zur Gemeindeordnung bzw. zum Kommunalwahlgesetz taucht nur noch die Forderung nach der Einführung von Kumulieren und Panaschieren auf.

Vermutlich steht dahinter der gleiche Grund, warum die SPD nicht an die 5 %-Klausel heran will: Die Absicht, Entwicklungen links entweder zu schlucken oder nicht zuzulassen. Dies ist sehr kurzfristig, auch für die eigene Entwicklung der Grünen. Zusammenarbeit ist ja nur dann möglich, wenn man die Daseinsberechtigung des Anderen akzeptiert.

Vortrag auf der Landesmitgliederversammlung des BWK NRW am 22. Februar 1992, aus Platzgründen gekürzt — (wof)

1992: Spendet für den GNN-Verlag!

Aufruf zur Unterstützung antifaschistischer Verlagstätigkeit

Seit einer Reihe von Jahren wird öffentlich zu Spenden für den GNN-Verlag aufgerufen. So auch jetzt wieder. Wir rufen dazu auf, in diesem Jahr

230 000 DM

für die Verlagstätigkeit zu spenden. Zunächst eine knappe Übersicht über die Verlagswerte und über die Tätigkeit des GNN-Verlages.

Was ist der GNN-Verlag?

Die GNN (Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung) hat sich zu folgenden Verlagsgrundsätzen verpflichtet:

- Sie fördert die Veröffentlichungstätigkeit besonders jener Bevölkerungsteile, die im gängigen Mediensystem nur passiv vorkommen. Die von ihr bereitgestellten Leistungen sind an diesem Anspruch zu messen.
- Sie fördert bei ihrer Beratungs- und Ausbildungstätigkeit die kritische, auf Verarbeitung der zur Sache gehörigen Tatsachen bedachte Publikationstätigkeit.

— Sie verlegt Produkte, die:

- * im Konflikt zwischen Eigentum und Arbeit vom Standpunkt der Arbeit ausgehen,
- * im Konflikt zwischen Repression und Widerstand vom Standpunkt des Widerstandes ausgehen,
- * im Konflikt zwischen imperialistischer Bevormundung und Unterdrückung und Unabhängigkeitsstreben vom Standpunkt des Unabhängigkeitsstrebens ausgehen,
- * im Konflikt zwischen Militarismus und Völkerverständigung vom Standpunkt der Völkerverständigung ausgehen,
- * im Konflikt zwischen faschistischer, rassistischer, diskriminierender Politik und emanzipatorischer Politik vom Standpunkt der Emanzipation ausgehen.

Die GNN stellt Mittel zur Nachrichtenerfassung bzw. -verbreitung her und stellt dementsprechende Dienste einschließlich des Verlags und Vertriebs von Veröffentlichungen zur Verfügung. Sie verkauft, vermietet bzw. bietet an:

- Geräte und deren Wartung,
- Programme,
- Ausbildungs- und Beratungsdienste,
- Vertriebsleistungen,
- Verlagsleistungen.

Die Verlagsgrundsätze sind im GmbH-Vertrag verankert und sollen ein gleich-

berechtigtes Nebeneinander unterschiedlicher Benutzer unterstützen.

Die Benutzer des GNN-Verlages

Mit Mitteln des GNN-Verlages werden eine Reihe von Periodika hergestellt: die Politischen Berichte, die Antifaschistischen Nachrichten, verschiedene Nachrichtenhefte, das Volksecho, das Angehörigen-Info, der Kurdistan-Rundbrief, die Azania-Nachrichten, die Reihe „texte“, die Zeitschrift „Freidenker“, das „Informationsblatt“ des Kommunalpolitischen Forums der PDS, der Informationsdienst der PDS Sachsen u.a. In ca. 30 Städten erscheinen regelmäßig lokale Zeitungen, die meist von örtlichen oder regionalen Bündnissen getragen werden. Die Dienstleistungen des GNN-Verlages für diese Zeitungen sind unterschiedlich: Sie reichen vom Verlegen über das Belichten bis hin zur Vervielfältigung und zum Postversand an die Abonnenten.

Ferner wird eine große Zahl von Einzelveröffentlichungen beim Verlag hergestellt, unterstützt und vertrieben. In der letzten Zeit waren das z.B.:

- AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: § 218. Staatsziel: bevormunden, beaufsichtigen, bestrafen. (Köln, Januar 1991)
- Roter Tisch: Soziale Folgen des Anschlusses der DDR und Widerstandspositionen. (Köln, Februar 1991)
- Kurdistan-Report: Kurdistan vor und nach dem Golfkrieg. (Köln, Mai 1991)
- Kurdistan-Komitees in Europa: Türkischer Staatsterror in Kurdistan. Bericht zur Vorlage an die 47. Menschenrechtskommission der UNO in Genf u. a. Dokumente. (Köln, August 1991)
- Werner Thümmel: Der Zerfall des „realen“ Sozialismus — das Werk von Marx und Engels? (Köln, August 1991)
- IG Arbeit, Gesundheit und Soziales: Für eine Sozialpolitik im Interesse der Menschen in Ost und West, Sozialpolitische Positionen der PDS (Berlin, 1991)
- Berliner Vorbereitungsgruppe: Antifaschistischer Ratschlag 1.-3. November 1991 — Reader (Köln, März 1992)

Damit sind im wesentlichen die Benutzer des GNN-Verlages benannt: Die Herausgeber und die Leserschaft der o.g. Publizistik.

Der Einfluß der Benutzer auf den GNN-Verlag

Auf der Grundlage der oben aufgeführten Verlagsgrundsätze haben sich verschiedene politische Richtungen am

GNN-Verlag beteiligt. Als Forum zur Verständigung über die verschiedenen Interessen haben wir einen Beirat gebildet. In diesem Beirat sind Delegierte der Anteilseigner vertreten. Zweimal im Jahr tagt die GNN-Versammlung (Beirat, Beschäftigte, Geschäftsführung). Sie beschließt einvernehmlich über alle wesentlichen Angelegenheiten des GNN-Verlages. Hieran können auch Benutzergruppen teilnehmen und so Einflußnahme ausüben. Darüberhinaus berichtet der Verlag regelmäßig über seine Geschäftstätigkeit und Finanzlage.

Die Möglichkeit der Mitwirkung von Benutzergruppen soll in Zukunft noch verstärkt werden. Dies soll insbesondere durch ihre Beteiligung an den regionalen Verlagen geschehen. Hierzu beginnen gegenwärtig auf regionaler Ebene bzw. auf Ebene von Bundesländern Gespräche mit interessierten Benutzergruppen und/oder befreundeten Organisationen. Die erwünschte Beteiligung soll einhergehen mit einem technischen Ausbau der regionalen Einrichtungen.

Wozu die Spenden?

Die Verlagsgrundsätze und die Arbeitsweise des Verlages bedeuten, daß viel Beratungs- und Ausbildungstätigkeit für Leute, die — oft zum ersten Mal — eigene Flugblätter, Broschüren oder eine Zeitung herstellen wollen, anfallt und daß publizistische Möglichkeiten für Veröffentlichungen auch in kleiner Auflage angeboten werden. Die Produkte werden sodann zu einem Preis verkauft, den auch Leute mit wenig Geld bezahlen können. Der GNN-Verlag ist kein zentraler Apparat, sondern ein Verbund, der aus regionalen Verlagen und Büros in Kiel, Hamburg, Berlin (West), Hannover, Köln, Stuttgart, München und Schkeuditz (bei Leipzig) besteht. Diese Verlage und Büros fördern die Zusammenarbeit politisch verschiedener Kräfte auf regionaler und örtlicher Ebene. In ihnen arbeiten derzeit insgesamt 16 Beschäftigte, Umschüler und Auszubildende. Der Unterhalt dieser Büros sowie deren Ausstattung mit der erforderlichen Technik kostet Geld. Um die Verlagsgrundsätze und die Arbeitsweise des Verlages — wie beschrieben — umsetzen zu können, sind wir auf Spenden angewiesen.

Wir rufen dazu auf:

- rasch zu spenden,
- durchaus auch kleine Beträge zu spenden,
- ebenso — wo möglich — auch größere Beträge zu spenden.

Spendenkonto des GNN-Verlages

Postgiroamt Köln, Kontonummer 46 54 30 - 509, BLZ: 370 100 50

Kommentiert

Obwohl zweifellos immer mehr Reichtum produziert wird, werden die sozialen Probleme nicht kleiner. Die Computer killen die Arbeitsplätze. Das Tempo der Zentralisation und Konzentration des Kapitals nimmt ständig zu, immer weniger besitzen immer mehr. Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit nehmen zu, das Gesundheits- und Bildungswesen ist nicht mehr zu bezahlen, so hört man. Die Staatsverschuldung hat eine ungeheure Dimension erreicht. Die Umwelt ist weitgehend kaputt. Alles in allem, es sieht nicht rosig aus in Gegenwart und Zukunft.

Aber wo liegt der Ausweg? Alle Welt behauptet, in der Marktwirtschaft, im Rechtsstaat, im Pluralismus. Aber sind nicht gerade mit diesen Begriffen auch die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Ursachen der nicht rosig erscheinenden Zukunft verbunden?

Die Problemfelder sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Entwicklung haben einen inneren logischen Verbund, der zuerst durch die Interessen der Menschheit entsteht und bestimmt wird. Die Menschen bestimmen, welche Richtung und welchen Inhalt die kommende Entwicklung nimmt, aber welche sind das, die bestimmen?

In der Vergangenheit war es oft so, daß erst fühlbar verheerende Verhältnisse eintreten mußten, bevor soziale Kräfte frei wurden, die eine Änderung bestehender sozialer Verhältnisse erzwingen. Veränderungen auf solche Weise erfordern immer Opfer, sowohl bei denen, die das Sagen behalten wollen, als auch bei denen, die etwas ändern wollen. Besser wäre eine solche Konstruktion der Gesellschaft, die das Austragen von Gegensätzen grundsätzlich mit Argumenten ermöglicht. Bedingung, um Konflikte in der Gesellschaft mit Argumenten auszutragen, ist, daß niemand in der Gesellschaft in eine sozial aussichtslose Lage gebracht wird, die ihn praktisch zur Gewalt greifen läßt.

Eine Art Indikator für soziale Ausweglosigkeit ist die Arbeitslosigkeit und die Obdachlosigkeit.

Heute über Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit nachzudenken und zu schreiben, läßt nur zwei Wege offen. Entweder einzustimmen in das allgemeine Gezeter bürgerlicher Politik und Wirtschaft, das vor allem darin besteht, sich gegenseitig die Fälschung (Schönung) der Statistiken vorzuhalten und wortgewaltig den Eindruck zu erwecken, als ob etwas geändert werden soll, oder den Versuch zu machen, an die wirklichen Ursachen heranzukommen, deren Beseitigung das Problem vom Grundsatz lösen kann.

Bis heute trifft die Binsenweisheit zu, daß eine politische Bewegung nur dann wirklichen Einfluß gewinnen kann, wenn sie über ein Gesellschaftskonzept verfügt, dessen Wirklichkeit im Interesse der Mehrheit ist. Zur Zeit haben weder Arbeitslosigkeit noch Obdachlosigkeit in den Industriestaaten einen solchen Umfang erreicht, daß sie Regierungen und ihre Politik in Frage stellen. Interessant wäre schon der Gedanke, ob dies so bleibt?

Von ähnlichem Interesse ist eine Antwort auf die Frage, ob Beseitigung der Arbeitslosigkeit überhaupt im Gesamtinteresse der Gesellschaft ist? Anders gesagt, liegt es daran, daß die Regierenden nicht fähig sind, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, oder wollen sie nur nicht?

Die Beantwortung dieser und anderer Fragen ist eng damit verbunden, über gesellschaftliche Regelungen nachzudenken, die die Gesellschaft in die Lage versetzen könnten, mit ihren selbstgemachten Problemen fertig zu werden. Eine Diskussion im Rahmen der *Politischen Berichte*, in deren Zentrum die Arbeitslosigkeit und Wege zu ihrer Überwindung stehen, müßte deshalb zweifellos auch alle anderen Fragen eines solchen Mechanismus berühren, der gebraucht wird, um den Willen der Mehrheit durchzusetzen. Vielleicht wäre es auch zweckmäßig, zuerst nur die zu behandelnden Faktoren und Fragen zusammenzutragen. — (W.T.)

Interessante Artikel erscheinen in den gleichgeschalteten Zeitungen Berlins. Geht man nach dem Leitartikel der *Berliner Zeitung* vom 29. 2. / 1. 3. 92, so waren die „ersten demokratischen Wahlen“ seit Urgedenken in Ostdeutschland „nur Momentaufnahmen“. Sie „waren hektisch“, „von kurzlebigen Hoffnungen, Illusionen und Versprechungen“. Aber — so tönt es aus den schwarzen Zeilen — „jetzt wird die Macht an vielen Stellen neu verteilt, aber die Wähler haben dabei nichts zu sagen“. Eben. Wann auch und wie?

Aber es geht weiter! Nämlich: „Die jetzt das Sagen haben, standen im Oktober 1990 nicht auf den Plakaten.“

Nanu, da schlägt's dreizehn! Hört man doch noch den vor Selbstzufriedenheit platzenden, angepöbelten Herrn Krause in der ehemaligen Volkskammer der DDR lauthals verkünden: „Wir haben das Vertrauen des Volkes erworben. Die Mehrheit hat für uns, die CDU, gestimmt!“ Stand er etwa auch nicht auf dem Plakat? Denn — so unser Leitartikel weiter: „Mindestens in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen wären den Meinungsumfragen zufolge die Mehrheiten heute anders als im Oktober 1990.“ Die Mehrheiten „regieren aus einer gesellschaftlichen Minderheit heraus“. Hört, hört! „Diese Koalitionen (gemeint sind die gewählten Regierungen der ostdeutschen Länder!) entsprechen nicht mehr der gesellschaftlichen Realität und sind darum vielerorts in der Krise.“

Und jetzt kommt's: „Wir sollten über Neuwahlen nachdenken.“ Etwas weiter: „Sie hätten aber eine andere Qualität.“ (Das ist ja fast marxistische Dialektik!)

Also konstatieren wir: Machtneuerteilung, Wähler ohne Stimme, Krise.

Soweit unser Leitartikel der *Berliner Zeitung* vom Wochenende Ende Februar / Anfang März 1992.

Es hat den Anschein, als ob die Herren in ihren Redaktions- und Politikbüchern etwas von dem mitbekommen hätten, was sich im Osten Deutschlands real vollzieht. Macht, Wähler, Krise usw. Beim genaueren Nachsehen ergibt sich aber ein anderer Schluß: Es geht ihnen nur um die Sicherung der Macht, d. h. der Macht der Konservativen, denn die

Abschwung Ost

„Momentaufnahmen“ Duchac, Gomolka, Stolpe — und wie sie alle heißen — können offenbar die Macht nicht mehr langfristig absichern. Die Westimporte Fink, Vogel und schon länger ansässige „Vögel“ wie der „Wiedehopf“ u. a. haben es offenbar nicht geschafft, den „Abschwung Ost“ zu verhindern. Und so überhört man nicht das Rumoren in den Tiefen des Vulkans, das noch überdeckt wird von Volkswagen, Fords und anderem „Trabant-Ersatz“. Aber es rumort, und es rumort in den eigenen Reihen. Viele Leute erkennen, daß Politiker wie Stolpe, Hildebrand (brandenburgische Arbeits- und Sozialministerin — Red.) und Plazcek (brandenburgischer Umweltminister — Red.) in Bonn ungeliebte Namen sind.

Für jeden politisch denkenden Menschen ergibt sich eine einfache Logik, die die Realität in Ostdeutschland jedem tagtäglich zeigt:

Die Landwirtschaft als Standort in Ostdeutschland wird liquidiert. Im Lande Brandenburg verblieben von 180 000 Beschäftigten bisher rund 50 000. Bisher! Es werden noch weniger! Wohin mit den vielen arbeitslosen Landarbeitern, Agronomen und Landtechnikern? In der Industrie verschleppt die Treuhänder alle sinnvollen Regelungen: Gewartet wird auf den vollständigen Ruin der ehemaligen DDR-Betriebe, bis sie zu einem „Hungergeld“ an potente Kapitalinhaber verschleudert werden können.

Selbst noch funktionierende Unternehmen werden aufgefordert, weiter aufzusplitten, d. h. größere Unternehmen sollen immer kleiner gemacht werden. Selbst Genossenschaften, in denen mehrere Mitglieder sind, werden blockiert (z. B. mit Eigentums- und Immobilienfragen), um sie in einzelne Teile aufzuspalten.

Besonders prekär ist jedoch nach wie vor die Lage auf dem Lande, besonders im Lande Brandenburg.

Die Kommunen stehen ohne Mittel. „Monopolisten“ diktieren ihnen z. B. die Preise für die Müllabfuhr: Bis zu

6,— und 8,— DM per Abfalltonne wird gefordert. Was soll der Bürgermeister einer Gemeinde seinen Abgeordneten sagen, wie er die Umwelt entlasten will, wenn klar ist, daß dieser Müllpreis die wilden Müllablagerungen in der Landschaft „bereichert“. Noch vor einem Jahr von der Marktwirtschaft begeisterte Leute sehen heute klarer: „Die Marktwirtschaft ist ein einziger Betrug, sie ist zutiefst korrupt.“ Menschen, die in der ersten Euphorie hohe Kredite genommen hatten, um z. B. am Bauboom zu partizipieren, sind heute zutiefst enttäuscht und raten jedem ab, sich mit Krediten zu belasten. In den ländlichen Gegenden fehlen — auch im Baugewerbe — die Aufträge, und die ersten Konkurse werden angemeldet.

Nach wie vor bleibt der Bauer gegenüber Versprechungen von Seiten der Landkäufer und Investoren reserviert: Er will sein Land nicht verkaufen, weil er auf steigende Immobilienpreise hofft.

Es fehlt Geld, überall wo man hinkommt fehlt Geld. Zudem wurde eine Administration errichtet, die sich so langsam wie eine Schnecke bewegt. Sie entscheidet nichts bzw. lehnt ab. Gut gemeinte Projekte stagnieren. Es bewegt sich nichts oder zu wenig. Es gibt einzelne Lösungsideen. Z. B. soll für das Land Brandenburg der „sanfte Tourismus“ entdeckt werden. Überall redet man von „Ferien auf dem Bauernhof“, Agrartourismus und neuem Erwerbszweig. Gut und schön, aber es fehlen viele Voraussetzungen. Das Dominierende im preußischen Brandenburg war das Gut, vielmehr das Rittergut. Die Ritter sind weg, aber ihre Erben jagen nach ihren Erbstücken. Der „sanfte Tourismus“ wird ein hartes Eintreibgeschäft, wenn man sich das Vorgehen der „Besitzer“ anschaut.

Der Kampf um den Besitz, der längst vergessen, aufgegeben oder verloren war (doch halt! Selbst die Entscheidungen der ehemaligen sowjetischen Militäradministration in Ostdeutschland sind ja hinlänglich, denn diesen Staat *Sowjetunion* gibt es ja nicht mehr!), wird mit aller

Härte und Energie geführt. Fehlende Immobilienentscheidungen verhindern wirtschaftliches Wachstum — wie die Marktwirtschaft sagt.

Aber das ist ja nicht die ganze Wahrheit: Es geht schlechthin um das Niederwalzen ganzer Landstriche, ganzer Regionen, vielleicht sogar eines ganzen Volksteils. Wenn man den Indianer weghaben will, beseitigt man zuerst den Bison! Im gegenwärtigen Falle heißt das: Der Bauer verliert sein wichtigstes Gut — den Boden. Die Kolonisierung läuft. Die Besitzverhältnisse des Mittelalters kehren zurück!

Der Leitartikel der *Berliner Zeitung* hat deshalb recht. Es ist eine Krise, aber nicht schlechthin eine Krise der „Momentaufnahmen“, sondern des übergestülpten Systems. Stasi, Mielke und Honecker und andere Geschichten müssen erhalten, um von diesem Fakt abzulenken: Die CDU erwies sich als unfähig, die Probleme im Osten Deutschlands zu lösen. Sie hatte kein Konzept.

Doch halt, kein Konzept? Das stimmt sicher, muß aber eingeschränkt werden, wenn man die Aktivitäten des Kapitals betrachtet (nicht immer ist seine direkte Einnischung in die Dinge so offensichtlich wie durch Mercedes Benz im Zusammenhang mit den Dopingfragen!). Das Kapital agiert zielsicher. Es will alles und möglichst preiswert. Es will im eigenen Lande keine Konkurrenz.

Wen stört es, wenn Ostdeutschland das Sizilien Deutschlands wird? Die EG-Normen werden rigoros durch Herrn Kiechle erfüllt. Wen stört es, wenn der ostdeutsche Bauer verarmt, ganze Dörfer ohne Erwerb sind. Der Reichtum des Kapitals hat sich erhöht. Es sitzt fest im Sattel.

Sitzt es fest im Sattel? Es scheint so, denn die Forderung des Herrn Leitartiklers der *Berliner Zeitung* verdeutlicht, daß Neuwahlen her sollen, um die „Westimporte“ in Ostdeutschland legitimieren zu lassen. Die Macht soll gefestigt werden. Irgendwem schwant, daß die Krise erst am Anfang steht!

Der Abschwung ist im Gange. Wo wird er enden? Die Enttäuschung der Ostdeutschen ist groß. Niemand will die CDU gewählt haben! Eigenartig, aber es war ja nur eine „Momentaufnahme“. — (Achim Berger)

Über den Umgang von Politik und Medien mit Hans Modrow

(Express, 25. 10. 89). Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine erinnerte sich in seinem Glückwunschschreiben anlässlich der Wahl von Hans Modrow zum Ministerpräsidenten der DDR „gerne ... an unsere Begegnungen in den zurückliegenden Jahren“ und hat sich „deshalb“ über dessen Wahl „auch besonders gefreut“. Der heutige SPD-Vorsitzende Björn Engholm bekundete in einem Gastkommentar in der *Bild am Sonntag* (19. 11. 89), daß er seit 1984 „jede Weihnacht Kaffee mit Hans Modrow“ getrunken und ihn „dabei als einen nachdenklichen, leisen und bescheidenen Menschen kennengelernt (habe) — sympathisch, unkompliziert und unkonventionell“.

Damals ging es allerdings auch noch um etwas anderes: Niemand wußte, daß es die DDR bald nicht mehr geben würde, und alle hofierten sich selbst damit, welch guten Durchblick sie bewiesen hätten, wer denn wohl bei einer reformerischen Wende in der DDR an die Regierungsspitze geraten würde — und vor allem: wie gut sie sich mit ihm standen. In Mißkredit geriet Hans Modrow dann nicht, weil sich sein zuvor gelobter Charakter oder seine politischen Überzeugungen änderten, sondern einzig und allein, weil er nach dem Anschluß der DDR als Abgeordneter der PDS nicht mehr sein durfte, was er war und wozu er zum Teil auch gemacht wurde: eine Symbolfigur für einen demokratischen Sozialismus.

Zum Kontrast zu der heute versuchten Demontage von Hans Modrow zitieren wir einige westdeutsche Presseberichte aus den Jahren 1988 und 1989. Sie bestätigen vor allem eines: Der heutige Umgang mit Hans Modrow in der westdeutschen Politik- und Medienlandschaft ist von großer Verlogenheit geprägt.

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 20. 1. 89 (Walter Barthel): „Hans Modrow — Beliebt und Belesen ... Warum ihn die alten Männer um Erich Honecker heute so stiefmütterlich behandeln,

bleibt unklar: Erscheint er dem Standard-Funktionär unheimlich, weil er gegen den Strich zu denken versteht? Weil er zu basisnah geblieben ist und sich beispielsweise lange sträubte, seine einfache Jedermann-Wohnung zu verlassen und in die vorgesehene Dienstvilla zu ziehen? Ein Insider berichtete einmal im privaten Gespräch, daß Modrow den „Tick“ habe, in seinen Berichten an das Politbüro, nicht zu schreiben, was dort gern gehört wird, sondern die meist rauhere Wahrheit. Deshalb habe sich in der Umgebung Honeckers der Eindruck verfestigt, in Modrows Dresdener Läden funktioniere nie etwas hundertprozentig wie anderswo.“

FAZ, 26. 6. 89 (Peter Jochen Winters): „Der 61 Jahre alte, aus Vorpommern stammende Wirtschaftswissenschaftler gilt als ungewöhnlich intelligenter Funktionär, der sich durch persönliche Bescheidenheit, Aufgeschlossenheit gegenüber Reformen und Ablehnung stalinistischer Methoden im Umgang mit Andersdenkenden weit über Dresden hinaus in der DDR Sympathien erworben hat ... Im Gegensatz zu anderen Bezirksparteichefs ... wurde er nicht Mitglied des Politbüros, ja nicht einmal ... Kandidat des Politbüros ... Nach dem Amtsantritt Gorbatschows in der Sowjetunion 1985 und nachdem in der DDR von sowjetischen und westdeutschen Diplomaten und Journalisten immer häufiger der Name Modrow genannt wurde, wenn es um die Frage nach dem Nachfolger Honeckers ging, muß die Aversion gegen den Dresdener Parteisekretär im Führungszirkel der SED ... noch größer geworden sein. Jetzt hat die Parteiführung zum entscheidenden Schlag gegen Modrow ausgeholt. Im veröffentlichten Teil des Berichts des Politbüros an die 8. Tagung des Zentralkomitees, der vom Politbüromitglied Herrmann erstattet wurde, wird die Führungstätigkeit der SED-Bezirksleitung Dresden — ohne daß der Name Modrow genannt wird — massiver Kritik unter-

zogen.“ *Augsburger Allg. / Badische Neueste Nachrichten*, 9. 11. 89 (K. v. Elmp): „Das Etikett ‚Hoffnungsträger‘ trägt er nicht erst seit den aufwühlenden Entwicklungen in der DDR. Hans Modrow, SED-Bezirkssekretär in Dresden, ist für viele DDR-Bürger noch mehr: Fast so etwas wie ein Garant, daß es tatsächlich zu einschneidenden Reformen im zweiten deutschen Staat kommen könnte.“

Süddeutsche Zeitung, 17. 11. 89 (Olaf Ihlau): „Immens, vielleicht allzu hoch sind die Erwartungen, die in ihn gesetzt werden. Modrow gilt als der Mann Michail Gorbatschows, als Verfechter eines Kurses nach dem Vorbild der Perestrojka. Vor allem die Medien im Westen haben den SED-Funktionär zu einem reformerischen Messias hochstilisiert, was Modrow unterdessen als Belastung empfindet, wie er intern erkennen läßt. Unstrittig ist in der DDR bei Anhängern wie Gegnern der SED, daß Hans Modrow für sich in Anspruch nehmen darf, eine ‚ehrliche Haut‘ zu sein.“

Kurz nach seinem Amtsantritt als Ministerpräsident begannen die Versuche der öffentlichen Demontage von Hans Modrow — mit Blick auf die Übernahme der DDR durch die Filialen der alten BRD-Parteien in den bevorstehenden Wahlen. Noch Mitte Dezember 1989 ergab eine von ZDF und Spiegel in Auftrag gegebene Meinungsumfrage: „Ost-Berlin: Modrow populärster Politiker“ — auf einer Skala von minus fünf bis plus fünf habe Modrow ganz vorne 3,8 Punkte erhalten (*Die Welt*, 18. 12. 89). Das dürfte natürlich nicht so bleiben. Das politische und publizistische Sperrfeuer wurde Anfang Januar 1990 durch den FDP-Chef Graf Lambsdorff und die SPD eröffnet, den DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow von seinem Besuch in Bonn wieder auszulaufen, da jetzt Wahlkampf „gegen die SED-PDS“ angesagt sei. Der dauert seitdem unvermindert an.

— (sta. von der Redaktion gekürzt)

Die Lage der Landfrauen in den neuen Bundesländern

Die PDS/Linke Liste im Bundestag hat kürzlich eine Dokumentation über die „Lage der Landfrauen in den neuen Bundesländern“ herausgegeben. Im Vorwort schreibt die Abgeordnete Petra Bläss: „Die Strukturveränderungen in der Landwirtschaft durch Privatisierungsbestrebungen oder die Wiedereinrichtung bäuerlicher Familienbetriebe gehen überwiegend zu Lasten der Beschäftigungschancen von Frauen. Alle Prognosen machen deutlich, daß nur noch ein Bruchteil der heute auf dem Lande Arbeitenden dort künftig Beschäftigung finden wird. ... Wir fürchten, daß ... in den ländlichen Regionen ein Prozeß eingeleitet wird, der insbesondere den Frauen die existentielle Grundlage entzieht, zu materieller Not und schließlich zu Armut, die schon im Westen weiblich ist, führt. Dies alles hat uns veranlaßt, uns mit dem Schicksal der Landfrauen in den neuen Ländern intensiver zu befassen.“ Die folgenden Ausführungen stützen sich vollständig auf die Dokumentation.

Hunderttausende Landfrauen verlieren ihre Existenz

Die Umstrukturierung der ostdeutschen Landwirtschaft, die Vernichtungskonkurrenz, in die die landwirtschaftlichen Produzenten gestürzt wurden, und die damit einhergehende Zerschlagung der LPG hat bis heute fast zwei Drittel der ehemals 800 000 in der Landwirtschaft Beschäftigten außer Lohn und Brot gesetzt. Offizielle Schätzungen zufolge werden auf dem Land 700 000 Arbeitsplätze verlorengehen, zu 75 % Arbeitsplätze von Frauen. (S. 36)

Eine ganze Generation wird an den Rand gedrückt

Es ist mit allem Ernst darauf aufmerksam zu machen, daß auf dem Land eine ganze Generation von Frauen in eine nahezu ausweglose Lage gedrückt wird: die Frauen über 45.

Ende 1989 war fast die Hälfte der berufstätigen Frauen in der DDR-Land- und Forstwirtschaft (44 %) älter als 45. (S. 122) Das gilt für die Bäuerinnen ebenso wie für die Beschäftigten in den sozialen und kulturellen Einrichtungen auf dem Land oder in der Verwaltung der LPGs. Sofern sie nicht mit 55 in den Vorruhestand gehen konnten, sind sie, einmal arbeitslos, praktisch nicht wieder vermittelbar; Langzeitarbeitslosigkeit und soziale Not drohen ihnen als unausweichliches Schicksal.

Und hier fällt ein weiterer Tatbestand schwer ins Gewicht. Zur Berechnung sowohl des Arbeitslosengeldes als auch des Altersübergangsgeldes werden die Einnahmen aus der individuellen Kleinproduktion, die für die ländliche Bevölkerung bis 1989 eine wichtige Einnahmequelle war (20 % bis 30 % des Einkommens) nicht berücksichtigt. Die Bundesregierung hat alle diesbezüglichen Forderungen und Initiativen abgelehnt. Um so härter schlägt das im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen niedrigere Nettoeinkommen zu Buche. Nach einer im Mai 1990 durchgeführten Befragung betrugen die monatlichen Nettoeinkommen weiblicher Beschäftigter in der Landwirtschaft 776 Mark, männlicher Beschäftigter 799 Mark. Jede Vierte und knapp jeder Fünfte lebte

beitslosigkeit entgegen. Lediglich 8 % aller ABM-Maßnahmen wird in die Landwirtschaft vergeben. (S. 37) Und von den Umschulungsmaßnahmen sind, gerade Frauen betreffend, viele nur sechswöchige 41 a-Maßnahmen. (S. 39)

Das Dorf verarmt

„Da die ländliche Infrastruktur vom Staat nur wenig entwickelt worden war, spielten die kulturellen und sozialen Leistungen der LPG für die Frauen auf dem Land eine Rolle. Diese stellten in gewissem Umfang materielle und finanzielle Mittel zur Verfügung, wie zum Beispiel für die Schaffung oder Erweiterung von Kindereinrichtungen.“

Besonders für Dörfer mit mehreren Ortsstellen, in denen es keine Kinderkrippe gab, war das ein Gewinn. ... Eine Reihe LPGen hatten zur Erleichterung des Alltags der Frauen eigene Wäschereien zum Waschen der Arbeitskleidung geschaffen, teils verbunden mit einer Näh- und Ausbesserungstube. Andere LPGen schlossen vertragliche Vereinbarungen mit Wäschereien der bäuerlichen Handelsgenossenschaften und organisierten Abnahme und Abgabe der Arbeitskleidung. Die veränderten Arbeitsbedingungen auf dem Lande brachten mehr Freizeit für die Bäuerinnen und für die gesamte Familie. Und so wuchsen neue Ansprüche, neue Interessen an Kunst und Kultur, an eigener kultureller Betätigung und Geselligkeit. In der zurückliegenden Zeit waren die Dorfküben die Zentren der Kulturarbeit. ... Zur eigenen künstlerischen Betätigung hatten sie (die Dorfbewohner) vielerorts Bauerntheater, Kabarets, Amateurfilmgruppen und anderes gebildet.“ (S. 130)

Mit den LPGs werden auch die sozialen und kulturellen Einrichtungen vernichtet. Auch dadurch sind die Lebensbedingungen und Lebenspläne der ländlichen Bevölkerung und insbesondere der Frauen einschneidend berührt. ... in Hagenow war es typisch, daß mehrere Dörfer gemeinsam Kindergärten betrieben, die LPG den Transport der Kinder durchführte und das Essen aus LPG-Küchen kam. Jetzt ist bereits vielerorts der Transport weggefallen. Kinder von arbeitslosen Müttern bleiben zu Hause, und viele Kindergärten werden wegen Unterbelegung geschlossen. Das ist gleichzeitig auch das „Aus“ für die Mütter, die noch Arbeit haben.“ (S. 128) Alleinerziehende Frauen oder Frauen mit mehreren Kindern können, wenn sie noch Arbeit haben, dieser Arbeit nur unter äußerst schwierigen Umständen nachgehen, wenn überhaupt. Die Kommunen können die Lücken, die die Zerschlagung der LPGs reißt, nicht schließen. Die Frauen sind in ihrer Mobilität eingeschränkt, was auch ihre Möglichkeiten zu ABM- und Umschulungsmaßnahmen einengt.

Eine Vertreterin des Arbeitslosenreffs Pasewalk berichtete auf dem PDS-Hearing: Sie habe 18 Jahre in der Pflanzenproduktion gearbeitet und heute neun Kinder. „Derzeit gibt es einen harten Kampf um den Kindergarten. Von Seiten der Gemeinde besteht kein Verständnis, der Bürgermeister ist selbst Unternehmer, braucht so etwas wie Kinderbetreuungseinrichtungen nicht. Trotzdem mußte er nach einer großen Versammlung schließlich nachgeben. Im Kindergarten sind 38 Kinder, in der Krippe 21, allerdings auch schon aus Nachbarorten, in denen es schon keine Krippen mehr gibt. ... Sie selbst hat ein Krippen- und zwei Kindergartenkinder, das bedeutet einen monatlichen Beitrag von 400,— DM. In der LPG hat sie zuletzt 700,— brutto verdient, das heißt, in der letzten Zeit brauchte sie ihr ganzes Einkommen für die Krippe, sie lebte vom Kindergeld.“ (S. 40)

In Umfragen, die die Identifikation der ländlichen Bevölkerung mit den LPGs erforschen, kam deutlich zum Ausdruck, daß Landfrauen mehr noch als ihre männlichen Mitbürger genossenschaftlichen Formen des Wirtschaftens eng verbunden sind. Tatsächlich bietet ihnen die Marktwirtschaft, deren Folgen sie so hart tragen, keine Perspektive. — (scc)

Dokumentation: Die Lage der Landfrauen in den neuen Bundesländern. Wer sich die Dokumentation beschaffen will, kann sie bestellen bei: PDS/Linke Liste im Bundestag, AK Feminisierung der Gesellschaft, Bundeshaus — Bonn Center, W — 5300 Bonn 1

Kurz berichtet

Geburten in Ostdeutschland nehmen drastisch ab

Die Deutsche Presseagentur hat bei einer Umfrage bei Behörden und Frauenkliniken in den neuen Bundesländern einen drastischen Geburtenrückgang festgestellt. 1989 kamen in der damaligen DDR noch 198 922 Kinder zur Welt, und jetzt sind es höchstens halb so viel. In Mecklenburg-Vorpommern sind im letzten Quartal 1989 6 193 Kinder geboren, im dritten Quartal 1991 waren es 3 349 Geburten. In einer Gemeinde in Südhthüringen ist im ganzen letzten Jahr kein einziges Kind zur Welt gekommen, berichtet Dr. Schmidt, Oberarzt an der Frauenklinik am Suhler Klinikum. An der Frauenklinik an der Medizinischen Akademie in Magdeburg kamen nur 700 Kinder im Jahr 1991 zur Welt, 1980 waren es im Jahr 1989. Die Abwanderung vor allem jüngerer Leute sei ein Grund. Der Hauptgrund aber liege in der anhaltenden sozialen Unsicherheit. „Die goldenen DDR-Zeiten des Kinderkriegs sind absolut vorbei. Jetzt wird's wie im Westen: Das Kind ist Luxus, den ich mir nicht leisten kann“, soll eine 25jährige Frau aus Ost-Berlin gesagt haben, man müsse alles selbst bezahlen — ob Kindergartenplatz, Krankheit und später obendrein die Ausbildung. „Vielleicht verzichte ich ganz.“ An den meisten Frauenkliniken ist gleichzeitig ein sprunghafter Anstieg von Sterilisationen zu verzeichnen. In Rostock ist die Zahl von Sterilisationen von praktisch null auf rund 300 pro Jahr angestiegen. In Magdeburg waren es früher zwei bis drei pro Jahr und jetzt täglich drei bis vier Frauen. Gegenüber früher ist das Genehmigungsverfahren sehr vereinfacht. Die Frauen würden sich jetzt lieber sterilisieren lassen, als alle sechs Monate 80 DM für Pillen zu bezahlen. Gleichzeit geht die Zahl von Schwangerschaftsunterbrechungen zurück. — (sul)

BVG: Akademie-Auflösung war rechtens

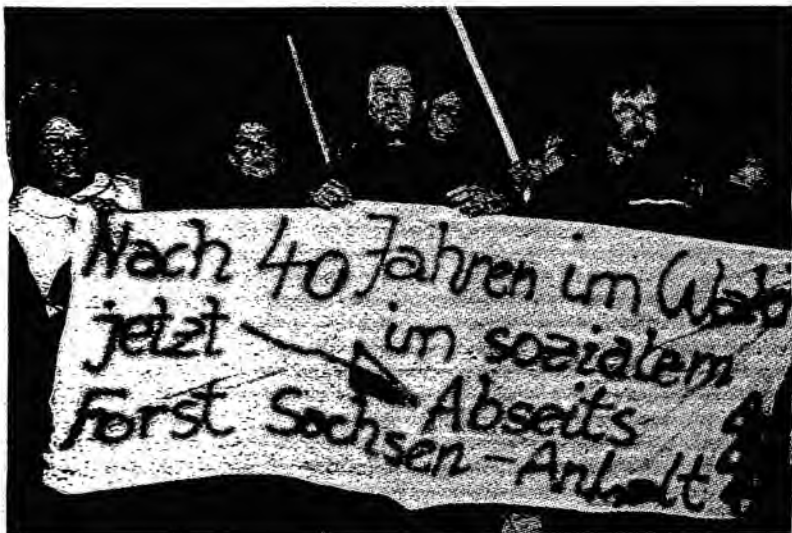
In seinem endgültigen Urteil über die Rechtmäßigkeit der Auflösung der DDR-Akademien gemäß Artikel 38 Einigungsvertrag ging das Bundesverfassungsgericht nicht wesentlich über seine Grundsätze hinaus, die es bereits Anfang Dezember vergangenen Jahres in einer einstweiligen Anordnung festgelegt hatte (vgl. Politische Berichte 1/92, S. 2). Lediglich der vor sozialen Benachteiligungen besonders zu schützende Personenkreis wurde erweitert und umfaßt jetzt den schon im „Warteschleifenurteil“ definierten. Damit ist die Auflösung der DDR-Akademien zum 31. 12. 91 rechtmäßig erfolgt. Alle Klagen, die darin eine Einengung der Wissenschaftsfreiheit oder der freien Wahl des Arbeitsplatzes sahen, wurden zurückgewiesen. Im Gegenteil begrüßte das Gericht ausdrücklich die Festlegungen des Artikels 38. Die Befristung der Arbeitsverträge zum 31. 12. 91 wurden für „ein geeignetes Mittel“ befunden, um „über die personelle Zusammensetzung der neuen Einrichtungen“ zur raschen „Neuordnung und Verbesserung der Forschung in den neuen Bundesländern“ zu kommen und damit die „Einpassung der Einrichtungen in die verfassungsrechtlich vorgegebene föderale Ordnung der Bundesrepublik“ zu erreichen.“

chen“. Hinter diesem als „überragend wichtigem Gemeinschaftsgut“ festgelegten Ziel der Neuordnung haben dann die individuellen Rechte der Betroffenen zurückzustehen. Insofern ist dieses Urteil auch für Wissenschaftler aus den alten Bundesländern wichtig. Denn: „Die Freiheit von Forschung und Lehre schützt den einzelnen nicht vor einer Auflösung der öffentlichen Einrichtung, bei der er arbeitet“, und Einrichtungen, „die Zwecken der Wissenschaft dienen, (können) für ihren eigenen Fortbestand grundsätzlich keinen Grundrechtsschutz in Anspruch nehmen“. Alles in allem können nach Auffassung des Gerichts die Betroffenen eigentlich zufrieden sein, denn ohne die Festlegungen des Einigungsvertrages würde es weitaus schlechter aussehen um die Arbeitsplätze: „... daß schon nach der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik diese Arbeitsplätze nicht mehr langfristig gesichert waren und daß ohne die angegriffene Regelung die Aussichten für eine Fortführung von Forschungen in den neuen Bundesländern weitaus schlechter gewesen wären“. Bleibt noch zu ergänzen, daß von ursprünglich etwa 24 000 Beschäftigten (am 31. 12. 91 noch 17 000) bisher etwa 7 000 in eine ordentliche, aber auch meist befristete Stelle übernommen worden sind, etwa 4 000 haben für zwei Jahre eine ABM-Stelle oder eine andere „Parklösung“ gefunden. (Az.: 1 BvR 454/91, zitiert nach Tagesspiegel v. 11. u. 14. 3. 92 — har)

Tarifabschlüsse in Ostdeutschland und -berlin

Im Vorfeld der mit dem 30. April endenden Laufzeit der Einkommenstarifverträge für den öffentlichen Dienst in Ostdeutschland gibt es insbesondere in Ostberlin mehrere Tarifabschlüsse, die „Fakten“ schaffen. Im wesentlichen liegen sie unter den — angeblich schon im Berliner Haushalt berücksichtigten — 80 %. Im Gegensatz zum westlichen Tarifgebiet spielt der öffentliche Dienst hier eine Vorreiterrolle, weil er zum einen eine kürzere Laufzeit als viele Industrie-Tarifverträge hat und weil das von ihm durchgesetzte Niveau sich immer auf das effektive Einkommen bezieht. Bereits vor einigen Wochen hatten sich die ÖTV und Ebag (Energieversorgung Berlin) auf 71 % ab Januar 92 und 76 % ab Juli 92 geeinigt. Weitere Abschlüsse bringen für die Beschäftigten bei der Ostberliner Erdgas AG ab Januar 92 ca. 77 % und ab September 92 ca. 81 % des vergleichbaren westlichen Einkommens. Übernommen wurden Erholungs- und Schichturlaub. Die Laufzeit des Tarifvertrages hängt vom Zeitpunkt der Fusion mit der Westberliner Gasag ab, längstens jedoch bis zum 28. 2. 93. Darüber hinaus erhalten die Beschäftigten einen Zuschuß zur Umweltkarte in Höhe von 66 %. Etwas mehr Prozente, nämlich 79 % ab März 92 und 90 % ab Januar 93 erhalten Ostberliner Beschäftigte im Bewachungsgewerbe. Spätestens 1994 sollen sie das Westniveau erreicht haben. 100 Beschäftigte der Ersatzkrankenkassen Ostberlins demonstrierten am 12. 3. für die Erhöhung ihrer Einkommen auf 80 % des Westniveaus.

Die Gewerkschaft NGG hat für die etwa 20 000 Beschäftigten in der ostdeutschen Fleisch- und Geflügelindustrie tarifvertraglich 70 % vereinbart. Die Tarifverhandlungen in der Textilindustrie wurden auf den 27. März vertagt. Die Gewerkschaft GTB fordert hier 70 % ab 1. 4. 92. — (har)



Die gewaltsame Umwälzung der Produktionsverhältnisse trifft auf folgende Ausgangslage:

In den nach dem Raumordnungsgesetz von 1965 als „ländlich“ bezeichneten Räumen, die überwiegend land- und forstwirtschaftlich genutzt werden und nur eine geringe Bevölkerungsdichte aufweisen, lebt fast die Hälfte der weiblichen Wohnbevölkerung der östlichen Bundesländer, davon ein knappes Viertel (23 %) in Landgemeinden bis unter 2 000 Einwohnern und weitere 11 % in Landstädten bis unter 5 000 Einwohnern. (S. 108) Besonders einschneidende Auswirkungen spüren die Menschen in den ländlichen Gebieten von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, die ganz überwiegend von der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung geprägt sind. Hier war vor dem Anschluß die siebte bis neunte Berufstätige in diesem Bereich beschäftigt. Insgesamt arbeiteten bis 1989 knapp 350 000 Frauen in der DDR-Land- und Forstwirtschaft, d. h. im Durchschnitt jede zwölfte erwerbstätige Frau. (S. 108)

Der größte Teil von ihnen arbeitete — und das oft sehr hart — in der materiellen Produktion, nämlich 71 % der Genossenschaftsbäuerinnen und -gärtnerinnen; rund 10 % waren in der Verwaltung tätig und rund 8 % im sozialen und kulturellen Bereich. Obwohl schlechter als bei den Männern, war und ist ihre Ausbildung im Vergleich zu der in Westdeutschland gut: Jede zehnte hat eine Hoch- oder Fachschule absolviert, knapp 3 % eine Meisterprüfung abgelegt, 76,9 % eine Facharbeiterausbildung, nur 10 % haben keinen Berufsabschluß. (S. 100) Mit der erzwungenen Arbeitslosigkeit werden große menschliche Produktivkräfte an der Betätigung und Entwicklung gehindert.

jedoch von einem Nettoeinkommen von weniger als 500 Mark, vor allem waren dies ältere Menschen. (S. 90f.) Um wieviel niedriger sind Arbeitslosengeld und Altersübergangsgeld!

In einer Befragung von Mitgliedern des Bauernverbandes gaben zwei Drittel der älteren Menschen an, daß sich seit dem Anschluß ihr monatliches Einkommen verschlechtert hat. (S. 134)

Auf einem Hearing der PDS/Linke Liste berichtete die stellvertretende Vorsitzende des Landfrauenverbandes Mecklenburg-Vorpommern: „Die Landbevölkerung hatte in der DDR schon ein niedriges Einkommen, das allerdings häufig durch Einkünfte aus individueller Wirtschaft aufgebessert werden konnte. Dieses Einkommen wird aber bei der Berechnung vom Arbeitslosengeld nicht berücksichtigt. Folge: Es gibt Armut auf dem Lande! Ausgeschiedene haben oft nur 600,— bis 800,— im Monat, Frauen sogar häufiger noch weniger, weil sie nicht bei der Technik waren, sondern vorwiegend Handarbeit geleistet haben. Ein solches Einkommen ist nicht ausreichend, davon können die Häuser nicht erhalten werden. Es ist nicht übertrieben, von einem sozialen Notstand auf dem Land zu sprechen. Besonders schlimm ist es für die Arbeitslosen über 50, für die es keine Hoffnung auf Vermittlung gibt, die auf Dauer von diesem Einkommen leben müssen. Sie bekommen zwar einen Zuschlag von 120,—, im Vergleich zum entsprechenden Westzuschlag (500,—) ist das allerdings sehr wenig — überhaupt sind die Einkommen in der Landwirtschaft noch lange nicht bei 60 % des Westniveaus.“ (Seite 38)

Nur schwach und ohnehin nur vorübergehend wirken ABM- oder Umschulungsmaßnahmen der akuten Ar-



Am 16. März hat die IG Medien die Tarifverhandlungen für Redakteurinnen und Redakteure an ostdeutschen Zeitungen für gescheitert erklärt. Die Gewerkschaft fordert u. a. die sofortige Anhebung der Gehälter auf 80 % der West-Tarife, die Verleger wollten lediglich die Anhebung von jetzt 54 auf 69 %. Auch sonst zeigten sie sich außerordentlich hart: Über die Altersversorgung und Tarifverhandlungen bei der Einführung neuer Techniken wollten sie zunächst nicht einmal verhandeln. Zahlreiche Redakteure beteiligten sich in den letzten Wochen an Warn- und Solidaritätsstreiks. Auch die Drucker führten Warnstreiks durch; die IG Medien fordert hier ebenfalls 80 %. — (scc)

Im März führte das Deutsch-Griechische Theater im Kölner Urania-Schauspiel das Drama „Philoktet“ des in der DDR geborenen und ausgebildeten Heiner Müller auf. Der Stoff ist der griechischen Mythologie entnommen. Heiner Müller läßt drei Personen auftreten: Odysseus, Achills Sohn Neoptolemos und den auf der Insel Lemnos ausgesetzten Heerführer Philoktet. In der Bearbeitung des Deutsch-Griechischen Theaters übernehmen zwei Geier die Rolle des antiken Chors. Weitere Auführungen folgen im April.

1. Heiner Müller, Philoktet (Inhalt)

Odysseus und Neoptolemos, der Sohn des Helden Achill, betreten die Insel Lemnos vor der Küste Kleinasien. Dort hat Odysseus vor zehn Jahren auf Befehl der griechischen Könige, die Troja erobern wollten, den Heerführer Philoktet ausgesetzt. Dieser war durch einen Schlangenbiß am Fuß unheilbar verwundet worden und hielt den Kriegszug auf. Nachdem es den griechischen Kriegsführern zehn Jahre lang nicht gelungen ist, Troja einzunehmen, greifen sie auf Philoktet zurück, einmal, um die Truppen, die auf ihn eingeschwohren sind, in die Schlacht zu treiben, zum zweiten wegen seines unfehlbaren Bogens, den er von seinem Freund, dem zu den Göttern aufgestiegenen Herakles, geerbt hat.

Odysseus wagt nicht, sich zu zeigen, da er mit dem Haß Philoktets rechnet. Um Philoktet zu fangen und an den Kriegsschauplatz zu bringen, stiftet er Neoptolemos an, dem Ausgesetzten vorzulügen, er habe Troja im Zorn verlassen und fahre nach Hause, weil Odysseus ihn um die Waffen seines getöteten Vaters Achill gebracht habe. Das hat Odysseus zwar getan, aber Achills Sohn brennt darauf, bei der Eroberung Trojas eine glänzende Rolle zu spielen und denkt nicht daran, auf diesen Ruhm zu verzichten.

Durch seine Lügen bringt er Philoktet dazu, ihm den berühmten Bogen zu übergeben. Statt ihn aber mitzunehmen zum Schiff, bringt er ihn um, weil er Odysseus und ihn bedroht und damit den verheißenen Sieg über Troja gefährdet. Odysseus erfindet eine neue Lüge, daß die Troer Philoktet ermordet und sie beide ihm wegen des Seegangs nicht hätten helfen können. Philoktet soll auch noch als toter Mann benutzt werden, um den Kampfegeist seiner Truppen zu beleben. Odysseus nimmt den Bogen an sich, läßt Neoptolemos die Leiche tragen und treibt ihn zum Schiff.

2. Sophokles, Philoktet (Unterschiede)

Der griechische Tragödiendichter Sophokles, der das erste uns überlieferte Drama über Philoktet schrieb, führte die Handlung bis zu dem Punkt, an dem Philoktet, durch die Lügen des Neoptolemos überredet, diesem den Bogen übergibt. Neoptolemos aber verläßt ihn nicht, als er in einem Anfall seiner Schmerzen,

Heiner Müllers Drama „Philoktet“: Wofür ein Mythos alles herhält

verursacht durch die unheilbare Wunde, getötet werden will. Neoptolemos fühlt sich durch die Lüge entehrt und gesteht. Philoktet, zum zweiten Mal verraten, weigert sich, ihm nach Troja zu folgen. Troja kann ohne ihn nicht fallen, und mit seiner Wunde bleibt er von der Heerführung ausgeschlossen. Das Dilemma ist von Menschen nicht lösbar. An dieser Stelle läßt Sophokles einen Gott auftreten, der die nötige Autorität hat, Philoktet zur Teilnahme am Trojanischen Krieg zu bewegen. Herakles erscheint auf einer Wolke und erklärt ihm, daß er ihm den göttlichen Arzt Asklepios nach Troja schicken werde, um die Wunde zu heilen. Dann sollen sie alle gemeinsam Troja erobern.

Die Aussetzung des Philoktet auf der Insel Lemnos wird von dem griechischen Dichter Homer in der „Ilias“ berichtet. Homer schrieb sein Werk über den Krieg um Troja zwischen 750 und 720 v. Chr. Er stärkte damit die Kriegsziele der griechischen Sklavhalter, die 780 mit der Kolonisierung der kleinasiatischen Küste begonnen hatten.

3. Die vielfältigen Möglichkeiten, den Philoktet-Mythos zu interpretieren

Heiner Müller stützt sich auf den Mythos, durch den das Schicksal und die Handlungen der Menschen durch Ratschluß der Götter bestimmt sind. Die Menschen können zwar falsch handeln und auch dafür bestraft werden, aber ändern können sie nichts an dem vorbestimmten Ablauf der Geschichte.

Heiner Müller schrieb „Philoktet“ zwischen 1958 und 1964. In drei Punkten äußerte er sich 1968 zu seinem Stück. In Punkt 1 heißt es: „Die Handlung ist Modell, nicht Historie. Haltungen zu zeigen, nicht Bedeutungen. Jeder Vorgang zitiert andere, gleiche, ähnliche Vorgänge in der Geschichte, soweit sie nach dem Philoktet-Modell gemacht wurde und wird.“ Damit behauptet Müller, daß die Geschichte sich wiederholt, daß sie aus bestimmten Modellen zusammengesetzt ist, die immer wieder vorkommen können. In Punkt 2 führt er aus, wie das Philoktet-Modell aussieht: „Das Philoktet-Modell wird bestimmt von der Klassenstruktur der abgebildeten Gesellschaft (die Armee als Funktion des Feldherrn, eine Beziehung, die aus der Dialektik nur ideologisch herausgehalten werden kann: sie ist, durch Umkehrung, aufhebbar) und von der Eigentumsform (die Waffen, als Privatbesitz, sind Handlungselemente, keine Requisiten)“. Müller geht von einer Klassengesellschaft aus. Aber seine nähere Erläuterung zeigt, daß es nicht um Menschengruppen mit Interessen geht, sondern um Abhängigkeitsverhältnisse, die nicht als konkret gesellschaftliche Verhältnisse

ausgewiesen sind. Die Aussage „die Armee als Funktion des Feldherrn“ heißt weiter nichts, als daß die Armee vom Feldherrn bestimmt ist und dieser eben Feldherr ist, weil er über eine Armee verfügt. Seine Behauptung ist, daß dieses Verhältnis in der Geschichte jederzeit vorkommen kann. Welchen Zwecken dieses Verhältnis dient, welche Absichten mit so einer Konstellation verfolgt werden können, ob diese zu begrüßen oder zu verwerfen sind, wird nicht bestimmt. Daher ist auch durch die Aufhebung durch

im Sinne seiner These von der Wiederholung von Modellen: „Der Kessel von Stalingrad zitiert Etzels Saal ... Die deutschen Soldaten haben im Kessel von Stalingrad die Lektion der Nibelungen nicht gelernt. ... Erst wenn das Modell geändert wird, kann aus der Geschichte gelernt werden.“ Die Nibelungen sind in Etzels Saal geschlachtet worden. Die deutschen Soldaten hätten das wissen können und das Modell ändern müssen. Dann wären sie nicht wie die Nibelungen umgekommen, sondern hätten geschlach-

Preis vernichten wollten. Die Beliebtheit, mit der der Mythos auf historisch unterschiedliche Lagen angewendet wird, ohne die konkreten Verhältnisse darzulegen, zeigt, daß der Mythos wohl kein geeignetes Mittel ist, eine Lösung für ganz bestimmte Konflikte zu zeigen.

Konsequenzen für die Darstellung des Stücks liefert Müller in Punkt 3: „Der Ablauf ist zwangsläufig nur, wenn das System nicht in Frage gestellt wird. Komik in der Darstellung provoziert die Diskussion seiner Voraussetzungen. Nur der Clown stellt den Zirkus in Frage. Philoktet, Odysseus, Neoptolemos: drei Clowns und Gladiatoren ihrer Weltanschauung.“

Hiermit distanziert sich Müller von allen drei Gestalten. Das Mittel dazu ist die Komik. Alles ist offen. Offen sind aber nicht nur die Überlegungen, die das Publikum anstellen soll, sondern offen ist auch, welche Kritik eigentlich geführt wird, wenn alle zu komischen Figuren werden, deren Weltanschauung nicht geteilt und deren Handlungen nicht bejaht werden können.

1983, also fünfzehn Jahre später, nimmt Heiner Müller die Aufführung des Stücks am Dramatischen Theater Sofia zum Anlaß, eine neue Interpretation des Mythos zu liefern.

In einem Brief an den bulgarischen Regisseur Gotscheff schreibt er: „Die totale Zerreiße, der die menschlichen Kollektive in unserem vielleicht ... letzten Jahrhundert ausgesetzt sind, wird die Menschheit nur als ein Kollektiv überdauern. Der kommunistische Grundsatz KEINER ODER ALLE erfährt auf dem Hintergrund des möglichen Selbstmords der Gattung seinen endgültigen Sinn. Aber der erste Schritt zur Aufhebung des Individuums in diesem Kollektiv ist seine Zerreiße, Tod oder Kaiserschnitt die Alternative des NEUEN MENSCHEN ... In diesem Sinn ist PHILOKET, gegen die modisch kurz schließende Interpretation als Drama der Ent-Täuschung, das Negativ eines kommunistischen Stücks.“ Heiner Müller hat etwas entdeckt, womit er seine unhistorische Behandlung von Klassengegensätzen und die Verneinung ihres Inhalts rechtfertigen kann: die atomare Bedrohung der Menschheit. Daß der Grundsatz „Keiner oder alle“ kommunistisch sei, ist seine Entdeckung. Er spricht damit seine Überzeugung aus, daß an die Stelle der Klassengegensätze nicht die im kommunistischen Manifest beschriebene Assoziation treten soll, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Das Kollektiv ist nicht dazu da, dem einzelnen Menschen die Entfaltung seiner Kräfte zu ermöglichen, sondern der einzelne Mensch soll Teile von sich selber aufgeben, um sich den Anforderungen des Kol-

lektivs zu unterwerfen. Damit stimmt überein, daß er innerhalb der Nationen keine Klassengegensätze sieht, sondern sie als in sich gleichförmig behandelt: „Es gibt tragische Rassen und Völker ... Die Fortsetzung der Kolonialpolitik per Entwicklungshilfe sammelt das Potential für den Umsturz des Systems. Die Spirale der Geschichte ruiniert die Zentren, indem sie sich durch die Randzonen mahlt.“ Müller spricht den vom Imperialismus unterdrückten gehaltenen Nationen die Möglichkeit ab, sich von kolonialer Unterwerfung zu befreien, denn er faßt den Imperialismus nicht als Herrschaft und Politik einer Klasse. Der Gang der Geschichte ist nicht zu begreifen: „In dieser Gangart, die sich aus dem Blickpunkt einer Generation der Sinngebung entzieht, liegt der Zweifel am Fortschritt begründet. Er ist existentiell, solange die Menschheit Gattungsbewußtsein, dessen Voraussetzung die Möglichkeit von Universalgeschichte, nicht neu entwickelt hat.“ Müller behauptet, daß die Menschen sich zunächst von den Tieren unterscheiden hätten, indem sie ihr Gattungsbewußtsein aufgaben: „Sein Verlust war der Preis, der für den Auszug aus der Tierwelt gezahlt werden mußte.“ Damit ging einher die Entwicklung des Individuums. Aber heute, angesichts der Bedrohung aller durch atomare Zerstörung des Planeten, dürfe der einzelne nicht wieder zum Tier werden. Als solch „politisches Tier“ kennzeichnet er Odysseus, der zynisch von der „Unersetzlichkeit des lebenden zur Verwertung des toten Philoktet“ übergeht. Das neue Gattungsbewußtsein entsteht durch Selbstaufgabe der Individuen zugunsten eines weltweiten Kollektivs, dem sie sich zwecks Erhaltung des Planeten unterwerfen. Die Krone der Schöpfung mausert sich zur Weltgesellschaft mit undemokratischen Zügen.

Im Januar 1992 fügte der Dramaturg des Deutsch-Griechischen Theaters eine neue Interpretation hinzu. Er schreibt im Programmheft: „Müller schrieb das Stück zwischen 1958 und 1964, also in den finsternen Zeiten des Kalten Krieges. Heute müssen die Akzente anders liegen, und so finde ich es folgerichtig, das Philoktet-Problem als Problem der Integration aufzufassen, das sich an der ‚Maske‘ der Gesellschaft reibt, in der Haß zur Pose geworden ist und Naivität und tönende Selbstgerechtigkeit tödlich sein können.“

Der Mythos wird wieder einmal passend zu den eigenen Vorstellungen interpretiert, um neue Probleme der Gesellschaft zu beleuchten. Während Odysseus und Neoptolemos als Vertreter der „Totalität des Krieges“ erscheinen, wirkt Philoktet wie ein Opfer, das sich dem Maskenspiel des Odysseus verweigert. Er fällt, weil der Drahtzieher Odysseus den Dünkel des jungen Neoptolemos für den Krieg instrumentalisiert und tödlich wirken läßt.

Quellenhinweis: Heiner Müller, Philoktet, in: Mauser, Rotbuch 184; Heiner Müller Material, Reclam Leipzig 1275 — (anl)



Philoktet (Programmheft)

„Umkehrung“ nichts an Aufklärung gewonnen. Was haben wir davon, wenn wir „den Feldherrn als Funktion der Armee“ haben? Wir haben nach wie vor einen Feldherrn und eine Armee, nur daß die Armee bestimmt. Diese plumpe Umdrehung spiegelt keine wirkliche Bewegung, da es keine erkennbaren Beweggründe gibt. Ob die Umkehrung besser ist, entzieht sich der Beurteilung. Wenn Heiner Müller dann konkret wird, sieht man, daß seine Indifferenz den Klasseninteressen gegenüber zu angreifbaren Vergleichen führt. Er behauptet

und besiegt. Will Heiner Müller eine solche Lehre aus der Geschichte ziehen? Der Vergleich ist falsch. Bei Etzel war der Adel unter sich. Die Nibelungen waren eingeladen, wenn auch nur, damit Kriemhild sich an Hagen, dem Mörder ihres Gatten Siegfried, rächen konnte. Die „deutschen Soldaten“ waren keine Gäste vor Stalingrad. Vielmehr hatten sie in einem Angriffskrieg die Sowjetunion überfallen. Sie starben nicht wegen ihrer Nibelungentreue, sondern weil die deutschen Faschisten die sozialistische Sowjetunion um jeden

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/Jahresabo (26,- bzw. 52,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo)
- ☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

.....

(Bank Unterschrift)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Korides (über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochter (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: Kommunistisches Forum Sachsen, c/o GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümmeler (über: GNN, Czernikowstr. 5, 1000 Westberlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/246915, Telefax: 0221/215373. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto. Nr. 1144393600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonne-

ment Politische Berichte 52,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland und Osteuropa: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrich-

ten der Volksfront: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikowstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 0822, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Holzstr. 2, 8000 München 5

für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

7/92